

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikel 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 17. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Einblick der Herrschenden.

Aus Wien wird uns vom 15. Jänner geschrieben:

In einem Lande, in dem drei Regierungen im heftigsten Bemühen wetteiferten, dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht Eingang zu verschaffen, mußte die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten natürlich aus äußerster Überraschung. Von Verbesserungen der „Vorurteile“ des preussischen Wahlrechtes spricht Fürst Bülow — als ob das Wahlsystem, das die breiten Massen von der Vertretung im Haus der Gesetzgebung geradezu automatisch ausschließt, nicht einer Änderung von Grund auf bedürftig wäre! Vielleicht ist es diesem von keinem Gefühlshand geübten, hochmütig fühlen und übermütig lakonischem Tone gegenüber erlaubt, der deutschen Öffentlichkeit einmal von der Auffassung der Herrschenden in Oesterreich zu berichten; nicht bloß die Arbeiter, auch die Herrschenden können aus dieser Darstellung manches lernen.

Der preussische Landtag gleicht in seinem Schlusseffekt, der Ausschließung der heillosen Massen von der Vertretung im Parlamente, dem österreichischen Reichsrat, wie dieser vor der ersten (Badenischen) Wahlreform gestaltet war. Breshke legte in die Privilegienverfassung bekanntlich Graf Eduard Taaffe, der Minister der Sozialistenverfolgungen, der in Oesterreich nach der kurzen liberalen Epoche das konservative Regime begründete. Mit Zustimmung des Kaisers (Gesetzesvorlagen der Regierung bedürfen in Oesterreich einer Voranfrage) legte er dem Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 1893 eine Wahlreform vor, welche die Kurien der Großgrundbesitzer und Handelskammern wohl aufrecht halten, in den Wahlbezirken der Städte und Landgemeinden aber den Zensus aufheben, und das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen wollte. Das begründete der in ganz Europa als reaktionär verrufene Taaffe folgendermaßen:

Nach den eingehendsten Erwägungen und Beratungen ist die Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß es nötig sei, die Erörterung der Frage der Wahlrechtsreform nicht weiter aufzuschieben. Es entspricht der Stellung der Regierung in dieser wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. Ihr Begehr bringt den Gedanken zum Ausdruck, allen denjenigen, welche ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen, die Teilnahme am politischen Leben durch Ausübung des Wahlrechtes einzuräumen. Bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Frage beehrt sich die Regierung, an das Haus das Ersuchen zu stellen, in die meritatorische Beratung der Wahlrechtsvorlagen unmittelbar einzutreten zu wollen.

Und 14 Tage später verstärkte Taaffe diese Begründung mit folgenden ersten Worten:

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung pflichtgemäß erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. Der Grundgedanke ihres Entwurfes, welcher die möglichste Erweiterung des Wahlrechtes bezweckt, erscheint der L. L. Regierung als Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung seitens bisher politisch rechtloser Volkselemente drohen.

Der deutsche Reichstanzler, als Herold der modernen Ideen gepriesen, sieht diese Gefahren nicht und um „keines Haars Breite“ lenken sie ihn von dem Wege ab, den ihm die osteilischen Junter weisen! Zwischen Taaffe und Bülow liegen 15 Jahre, aber Fürst Bülow spricht im preussischen Landtage heute wie kaum ein österreichischer Ministerpräsident im Vormärz gesprochen hat!

Im Jahre 1905, als die Wahlreform wieder an die Tür des österreichischen Reichsrates pochte, gleich keinswegs etwa das österreichische dem preussischen Abgeordnetenhaus. Mittlerweile war in Oesterreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht wenigstens in einer Kurie eingeführt worden und unter den 72 Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechtes saßen elf Sozialdemokraten. Trotzdem verschloß sich Gautsch der Notwendigkeit einer Erweiterung des Rechtes der Wähler nicht, und erklärte schon in der ersten Debatte am 26. September folgendes:

Ich bin durchaus kein grundsätzlicher Gegner der Erweiterung des Wahlrechtes auf breiterer Grundlage; ich war es in meiner Vergangenheit nicht, ich bin wiederholt für die Erweiterung des Wahlrechtes eingetreten, und anlässlich der bevorstehenden Wahlreform in Böhmen wird sich ja Gelegenheit geben, zu beweisen, daß ich bereit bin, mich für die Teilnahme weiterer Klassen an den politischen Rechten einzusetzen. Die ganze europäische Entwicklung weist ja übrigens einen deutlich erkennbaren Zug auf in der Richtung der allmählichen Erweiterung des Wahlrechtes. Diese allgemeine Entwicklungstendenz war schon bisher bei uns wirksam, und sie wird es zweifellos auch in Zukunft sein. Einer dem Organismus des Staates sich anknüpfenden Heranziehung neuer Volksschichten zur Beteiligung an der Bildung

des Staatswillens kann eine grundsätzliche Berechtigung nicht abgesprochen werden. Aber gerade einer so weittragenden Reform stehen in Oesterreich Schwierigkeiten entgegen, da das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wenn es die Gewähr seines Bestandes in sich tragen soll, nur auf der festen und dauernden Unterlage einer Ordnung unserer nationalen Verhältnisse ruhen kann.

Das ist die Rede, die in der Geschichte des österreichischen Wahlreformkampfes als Gautschs Ablehnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ihre Stelle gefunden hat! Wie aber steht selbst sie von dem oberflächlichen Gerede des preussischen Ministerpräsidenten ab! Und nun wollen wir, zur Erbauung der Öffentlichkeit, eine Stelle aus der geschichtlichen Rede zitieren, mit der Gautsch an jenem 28. November des Schicksalsjahres 1905, als die Hunderttausende vor dem Parlamente vorüberzogen, seine Wahlreform ankündigte:

Die Regierung ist von der Erkenntnis durchdrungen, daß eine Regierung, die in einer grundlegenden Frage nicht führend vorangeht, auf den Namen einer Regierung keinen Anspruch hätte. . . . Nie habe ich mich der Erkenntnis verschlossen, daß die gesamte Bewegung der Zeit und auch der Entwicklung unserer Verfassung einer Ausdehnung des Wahlrechtes und einer Aufhebung aller besonderen Wahlvorrechte zurecht, eine Forderung, die mit der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht an innerer Stärke stets zunahm. Von dem Augenblicke an, wo ein selbständiges Wahlrecht zum Reichsrat geschaffen war, befindet sich das österreichische Reichsratswahlrecht in steter Fortbewegung gegen das Endziel: das allgemeine und gleiche Stimmrecht. Das ist auch der Grund, warum die Regierung ohne Verzug an das große Werk des endgültigen Ausbaues unseres Wahlrechtes herantritt. Dies wird nur ein solches Wahlrecht sein, das dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Entwicklung am besten entspricht, und das jene Schichten, die vermöge des großen industriellen Aufschwunges unserer Epoche zu wichtigen Mitarbeitern an der nationalen Vortreibung und an der Erzielung des nationalen Einkommens geworden sind, bei der Ausübung ihrer politischen Rechte den übrigen Klassen gleichstellt. . . . Entschlossen, eine Frage zu Ende zu bringen, die nicht mehr ohne Lösung gelassen werden kann, wird die Regierung alles anbieten, um die Vorlage spätestens im Monat Februar auf den Tisch des Hauses zu legen. . . . Reformen dieser Art mühen so manche und schwere Opfer zu und lassen sich darum auch nicht durchsetzen, ohne viele Mühen des Widerstandes zu überwinden. Die Regierung wird darum auch nicht bloß die Strömung richtig zu erfassen und zu lenken trachten, sondern auch auf die Gegenströmungen ein wachsameres Auge richten. Diese Regierung ist entschlossen, die Wahlreform bis ans Ende zu führen und es leitet sie dabei die Ueberzeugung, daß es eine staatsverhaltende Maßregel ist, wenn durch eine Wahlreform möglichst weite Schichten der Bevölkerung im erhöhten Maße am staatlichen Regiment interessiert werden. Man hat eine Reform der Art, wie wir sie planen, vielfach einen Sprung ins Dunkle genannt; ich aber glaube, daß in der Schaffung rechtzeitiger Uebergänge das Geheimnis der Staatskunst liegt, und darum lassen Sie mich hoffen, daß wir mit dem neuen Wahlrecht einen Schritt in eine hellere Zukunft unseres Parlamentarismus machen werden.

Die Entwicklung hängt nicht von Menschen ab; aber ihre Formen bestimmen sich in nicht geringem Maße von der Einsicht der herrschenden Klasse. Die herrschende Klasse in Oesterreich hat die Notwendigkeit des gleichen Rechtes begriffen. Und im Deutschen Reich soll die weitverbreitete, in ihrer glatten Inhaltslosigkeit geradezu abstoßende Erklärung Bülows, die Summe der Einsicht der Herrschenden darstellen? Die ganze Geschichte der Wahlreform in Oesterreich, von Taaffe bis Bed, kennzeichnet Bülows Erklärung als eine Einsichtslosigkeit, die alles schuldig bleibt, was der Geist der Zeit gebieterisch heischt.

Die Blockkrise im Freisinn.

Es kriselt heftig im Freisinn. Es scheint denn doch noch eine Anzahl Freisinniger zu geben, die die Fußtritte des Fürsten Bülow nicht als Kompliment hinzunehmen geneigt sind, trotz der Bemühungen der Fischbed und Pachnide, durch ein verbindliches „Danke schön“ diese Fußtritte vor der Öffentlichkeit als freundschaftliche Zärtlichkeiten auszugeben.

Es kriselt innerhalb der freisinnigen Fraktionen des Freisinn, die sich zu der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft zusammengesetzt haben. Und die Bedenken der nicht ganz vertieften Parlamentarier werden verstärkt durch die Bestürmungen freisinniger Wähler, die zum Austritt aus dem Block — diesem schmachtvollen Werkzeug der Reaktion! — aufrufen. Wir haben bereits eine Reihe von freisinnigen Versammlungs-Resolutionen dieses Inhalts wiedergegeben. Eine Reihe weiterer freisinniger Versammlungen hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. So der Liberale Wahlverein für den Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen, so der Liberale Verein für Steglitz und Umgegend und andere mehr.

Die Tatsache der Krise wird denn auch von der „Voss. Ztg.“ heute offen zugestanden. Das Blatt schreibt:

„Ja, sie müssen, aber sie tun es nicht. Es läßt sich leider nicht verkennen noch verhehlen, daß es innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft an jener Ueberzeugung der Meinungen fehlt, die für ein ersprießliches Zusammenwirken auf die Dauer unerlässlich ist. Mancherlei unerquickliche Auseinandersetzungen sind auch nach den Frankfurter Beschlüssen nicht ausgeblieben. Während die gesamte freisinnige Fraktionsgemeinschaft, ohne jede Ausnahme, die Blockpolitik unbeschadet der Treue gegen ihre Grundzüge als nützlich und notwendig anerkannte, konnten einzelne Mitglieder der bürgerlichen Linken nicht Hohn und Spott genug über den Block ausschütten und sich stolz genug rühmen, ihre Aufgabe sei es, den Block zu sprengen. Das ist nicht etwa erst geschehen, seit Fürst Bülow seine Erklärung über die Wahlreform abgegeben hat, sondern schon zu einer Zeit, wo seine Stellungnahme zu dieser Frage alles eher als durchsichtig war.“

Seit sie es ist, haben sich die Differenzen allerdings noch verschärft. Nicht als ob es sich dabei um Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen, etwa zwischen der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung handelte. Ganz und gar nicht. Der Abgeordnete Fischbed von der einen, der Abgeordnete Pachnide von der anderen Fraktion, beide beobachteten die gleiche Haltung zur Wahlreform und zu der Erklärung des Staatsministeriums. Aber sie sind nicht gleicher Meinung mit manchen Politikern, die eine Rolle in der freisinnigen Vereinigung spielen, vielleicht auch nicht mit dem einen oder dem anderen, der sich einer anderen Gruppe der bürgerlichen Linken zurechnet. Man verrät kein Geheimnis, wenn man auf diese unlegbaren Tatsachen hinweist. Was doch dieser Tage schon in einzelnen Blättern zu lesen, daß Mitglieder der freisinnigen Vereinigung den Plan erwägen, aus ihrer Partei auszutreten. Und hat doch, während der liberale Einigungsaufruf und die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sich über Kundgebungen und Maßregeln in der Wahlrechtsfrage schlüssig geworden sind, die freisinnige Vereinigung auf Sonntag eine Vorstandssitzung anberaumt, um eine außerordentliche Delegiertenversammlung einzuberufen, über die durch die Erklärung des Fürsten Bülow geschaffene Lage beraten soll.

Vermutlich ist die Beratung erforderlich geworden, weil die Geister innerhalb dieser Parteigruppe immer heftiger auseinanderplayen. Schon am Montag war das Gerücht verbreitet, die auf jenen Abend einberufene Versammlung der Leiter des „Liberalen Wahlvereins“, der Organisation der freisinnigen Vereinigung, werde zu einer „reinen Scheidung“ führen. Die Meldung war unrichtig oder doch verfrüht, da die dem Vorstand nicht angehörenden Abgeordneten der Fraktion zu der Sitzung nicht eingeladen und keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt wurden. Allein was nicht ist, kann werden. Möglich, daß die Würfel in der Delegiertenversammlung fallen. Für die freisinnige Vereinigung hat die Erklärung des Fürsten Bülow kaum eine neue Lage geschaffen. Sie hat höchstens dazu beigetragen, die längst vorhandenen, nicht immer notdürftig verschleierten Gegensätze deutlicher erkennbar zu machen. Schon seit geraumer Zeit bestehen viel bessere politische Beziehungen zwischen einem Teil, anscheinend der Mehrheit der freisinnigen Vereinigung einerseits und der freisinnigen Volkspartei andererseits als zwischen den verschiedenen Teilen der freisinnigen Vereinigung untereinander.“

Was die „Voss. Ztg.“ sagt, ist richtig. Es sind weniger einzelne Fraktionen, die gegen die anderen auftreten — es ist ein häßlicher Krieg innerhalb der freisinnigen Fraktionen oder Fraktionen des Blocks. Fischbed und Pachnide sind eines Herzens, obwohl der eine der „männlichen“, der andere der „weiblichen“ Richtung angehört. Dagegen rebellieren die Gothein, Schrader usw. gegen die Pachnide und Konforten. Cher schon scheint die Süddeutsche Volkspartei nunmehr entschlossen zu sein, das dem Untergang geweihte Blockwort zu verlassen, bevor sie von dem Strudel des Unterganges verschlungen wird.

Charakteristisch aber ist es, daß gerade der „männliche“ Freisinn am hoffnungslosesten durch die Kopfschütteln und Fischbed forumpiert ist. Während bei der freisinnigen Vereinigung eine Minderheit gegen die fernere Prostitution liberaler Grundzüge protestiert, ist es bei der freisinnigen Volkspartei nur der einzige Albert Träger, der sich noch politische Intelligenz und moralische Empfindlichkeit gerettet hat.

Mit tausend Wästen schiffte der Freisinn in das Meer der Blockillusionen hinaus; auf gebohrter Platte sucht er den Hafen wieder zu erreichen!

Das Reichvereinsgesetz in der Kommission.

Die Kommission zur Vorberatung des Reichvereinsgesetzes feierte gestern die Debatte über den § 1 des Entwurfes fort. Zu Beginn der Beratung gab der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg über das Verhältnis des Entwurfes zu dem Polizeirechte der Einzelstaaten folgende Erklärung ab, die von der Kommission zur Ausklärung der Frage gestern gewünscht worden war, zu Protokoll:

„Indem der Entwurf allen Reichsangehörigen das Recht gewährt zu Zwecken, die dem Strafgesetze nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu veranlassen, spricht er aus, daß eine Personenzahl oder einzelne Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereins- oder Versammlungsrechte Gebrauch machen, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werden dürfen, welche der Entwurf selbst vorsieht. Abgesehen hiervon dürfen Maßregeln gegenüber der Gefahr, die nur darin gefunden werden

kann, daß eine Mehrheit von Personen zu Vereinen oder Versammlungen zusammentritt, nicht getroffen werden.

Andererseits wird aber die Staatsgewalt durch den Entwurf nur auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts beschränkt. Niemand, sei es ein Einzelner oder eine Mehrheit von Personen, kann sich dadurch, daß er von dem Vereins- oder Versammlungsrecht Gebrauch macht, in anderer Richtung eine bevorzugte Stellung schaffen. Es sollen nicht etwa für Vereine oder Versammlungen Vorrechte in dem Sinne geschaffen werden, daß die vom Versammlungsrechte Gebrauch machenden Staatsbürger den allgemeinen Gesetzen nicht mehr unterworfen wären. Strafbarer Handlungen bleiben strafbare Handlungen, auch wenn sie in Vereinen oder in Versammlungen begangen werden. Ist ferner beispielsweise das Betreten bestimmter Orte, sei es an sich, sei es wegen Bauartigkeit oder weil sie von ansteckender Krankheit infiziert sind, verboten, so bleibt dieses Verbot Unbefugten gegenüber auch dann bestehen, wenn diese dort etwa ihr Vereins- und Versammlungsrecht ausüben wollen. Ein solches Verbot richtet sich nicht gegen den Verein oder die Versammlung als solche, sondern gegen den Einzelnen ohne Rücksicht auf seine Teilnahme an Vereinen und Versammlungen.

Diese Absicht des Entwurfs entspricht dem gegenwärtigen preussischen Rechtszustand, der in der Rechtsprechung dahin zusammengefaßt ist, daß

a) die Polizei ihr Einschreiten gegen eine Personenmehrheit, falls es lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil diese von ihrem Vereins- oder Versammlungsrecht Gebrauch macht, nur auf das Vereinsgesetz stützen kann, während andererseits

b) das aus anderen gesetzlichen Vorschriften zulässige oder gebotene Einschreiten gegen eine Mehrheit von Personen oder gegen einzelne Personen nicht lediglich um bedingten rechtswidrigen Zweck, weil diese ihr Vereins- oder Versammlungsrecht ausüben.

Diese Erklärung des Staatssekretärs belagert also, daß die Polizei alle ihre hauptpolizeilichen, gesundheitspolizeilichen und allgemeinen sicherheitspolizeilichen Schranken gegen das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter ruhig fortschicken kann! Genosse Legien bezeichnete denn auch die Erklärungen des Staatssekretärs als gänzlich unzureichend, insbesondere bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechts der Ausländer.

Das Recht der Ausländer

müsse im Gesetz festgelegt werden, weil sonst die Polizeivollmacht der untergeordneten Behörden sich doch über alle Erklärungen hinwegsetze. Der Antrag der Konservativen, eine Altersgrenze von zwanzig Jahren für die Teilnahme an politischen Vereinen festzusetzen, wurde damit begründet, daß die Sozialdemokratie für die Gewährung des Wahlrechts dieselbe Altersgrenze vorschläge. Es sei jedoch ein Unterschied zwischen der Erziehung zu politischer Tätigkeit und der Ausübung des Rechts, aktiv auf die Gesetzgebung durch die Stimmabgabe oder als Abgeordneter einzuwirken. Die Annahme, daß durch eine solche Bestimmung die jungen Leute, die zum Militär kommen, vor politischer Aufklärung bewahrt werden könnten, sei irrig; denn diese Aufklärung erfolge nicht nur in Vereinen und Versammlungen, sondern auch im Heim des Arbeiters und in der Fabrik. Politisch aufgeklärte Rekruten seien Mißhandlungen viel weniger ausgelegt als die aus Ostpreußen kommenden Rekruten, die durch das Junkertum gewaltsam an der geistigen Fortbildung gehindert werden. Was

das Vereinsrecht der Frauen

angehe, so bestritten die Konservativen aus deren Teilnahme an Wahlvereinen eine Verletzung des weiblichen Gemüts. Danach schienen die Herren ja mit ihren Wahlvereinen schlechte Erfahrungen gemacht zu haben. Die Arbeitervereine könnten auf die Frauen nur einen günstigen Einfluß ausüben. Der Abgeordnete Kretsch konnte unmöglich verlangen, daß man die Wünsche der Bauern über das Versammlungsrecht der Frauen nur nach ostpreussischen Vorstellungen beurteile. In West- und Süddeutschland läßt die Bauern schon jetzt die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen sehr gern. Daß die Teilnahme der Frauen an Wahlvereinen und Versammlungen

eine Vorstufe zum Frauenstimmrecht

sei, sei richtig. Auf die Dauer werde man aber dem größten Teile der Staatsbürger das Recht, auf die Gesetzgebung einzuwirken, doch auf keine Weise vorenthalten können. Trotz der Erklärung des Staatssekretärs müsse versucht werden, die Staatsbürger vor dem Mißbrauch zu schützen, der gegen das Vereinsrecht von den Behörden getrieben wird. Die Verhinderung der Staatsverwaltung, den Beamten und Staatsarbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht zu nehmen, seien trotz aller Neben des Staatssekretärs unzulässig; denn dabei werde die Rolle ausgenutzt, um jemand die Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte unmöglich zu machen. In das Vereinsgesetz müßten also auch Bestimmungen aufgenommen werden, die seine Ausübung vor mißbräuchlichen Eingriffen schützten.

Das Koalitionsrecht

stehe mit dem Vereinsrecht in enger Beziehung und der Reichstag solle die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, das Recht wieder gut zu machen, das den Landarbeitern mit den bisherigen Koalitionsverböten zugefügt worden sei. Schon 1866 habe sich die preussische Regierung und der norddeutsche Reichstag für Aufhebung dieser Verbote ausgesprochen. Jetzt habe man endlich eine Gelegenheit, die Regierung zu zwingen, mit der Vereinfachung des alten Unrechts Ernst zu machen. Der Abgeordnete Kretsch habe es als eine Auszeichnung angesehen, daß die Denkweise der sozialdemokratischen Partei sich gegen eine Verneinung und Verschärfung des Koalitionsrechts wende. Es sei ein eigentümlicher Gesichtspunkt, sich dadurch ausgezeichnet zu fühlen, daß man sich vor der vernünftig denkenden Bevölkerung des In- und Auslandes lächerlich mache.

Nach unierem Fraktionsredner begründeten die Zentrumsabgeordneten Trindhorn und Dr. Benderscheer ihre Anträge über das Vereinsrecht der Ausländer und die Polizeibefugnisse gegenüber Versammlungen, die dazu bestimmt sind, uniere weitergehenden Vorschläge zu verwirklichen. Der Antrag Trindhorns lautet: „Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts durch polizeiliche Verfügungen auf Grund von Landesgesetzen sind nur zulässig, soweit sie zur Abwendung von gegenwärtigen Gefahren für Leben und Gesundheit erforderlich sind. Die Verfügung ist durch Angabe der Tatsache schriftlich zu begründen.“

Dr. Benderscheer schlägt zu dem § 1 als Absatz 2 vor: „Ausländer können Mitglieder von Vereinen werden und an Versammlungen teilnehmen.“

Darauf nahm wieder Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg das Wort, um seine früheren Erklärungen zu verteidigen: Er habe nicht nur den gegenwärtigen Stand der Judikatur dargestellt, sondern auch das Gebiet abgegrenzt, das begrifflich durch ein Koalitionsverbot geregelt werden könne. Um nachzuweisen, daß es unmöglich sei, eine Form zu finden, die den schärfsten Maßnahmen der Polizei ein Ende mache, kontrümierte er die sinnlichsten Beispiele. Schließlich erklärte er sich gegen die Anträge des Zentrums, Abg. Gräß (wirtsch. Gg.) sprach sich für den Antrag Trindhorn aus, der der bisherigen Polizeivollmacht in Sachsen-Weimar ein Ende machen könne. Die Ausländer soll er nur in beschränktem Umfang zum Genuße des Vereinsrechts zulassen, die Jugendlichen von den Versammlungen möglichst ausschließen und eine Regelung des Koalitionsrechts bei dieser Gelegenheit nicht herbeiführen. Der Ausschluß der Frauen von den Wahlvereinen ging selbst diesem Reaktionsär zu weit.

Der Zentrumsabgeordnete Schiffer, der Zentralvorsitzende der christlichen Gewerkschaften, trat lebhaft für das Versammlungsrecht der Ausländer und der Jugendlichen ein: Durch den Ausschluß der Jugend vom Vereinsrecht würden die Gewerkschaften schwer geschädigt werden, und was sollten die armen Arbeiterorganisationen gar erst tun, wenn sie die Zehntausende ausländischer Arbeiter nicht zu sich heranziehen könnten? Weiter trat Schiffer für eine umfassende Regelung des Koalitionsrechts ein. — Auch der Pole Prejzli verteidigte lebhaft das Recht der Ausländer auf Vereins- und Versammlungsfreiheit. Auf eine Bemerkung,

daß ihr Ausschluß selbst für Preußen ein Rückschritt wäre, erwiderte Unterstaatssekretär Vermuth, daß es der Regierung bis heute noch nicht klar sei, wie die Rechtslage für die Ausländer in bezug auf das Versammlungsrecht in Preußen sei! — Genosse Heine ergänzte seine gestrigen Ausführungen durch zahlreiche Beispiele und Urteile aus der Praxis und zeigte an ihrer Hand die Irrtümer in den Erklärungen des Staatssekretärs, die dieser aber nicht zugeben wollte.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar 1908.

Ostmärkisches.

Zur selben Stunde, da Preußens Dreiklassenkammer sich mit der Votenrolle beschäftigte, fuhr der deutsche Reichstag in der Beipredung der polnischen Interpellation über die baltische Ostmarkenvorlage fort. Herr Dr. Sedwicz, seines Zeichens Hamburger Rechtsanwalt und Hospitant der freisinnigen Vereinigung, tabelte zwar den Entwurf der preussischen Regierung, konnte sich aber nicht enthalten, seiner jugendlich gestimmten Seele ein paar schöne Hoffnungen zu entlocken: die Hoffnung, daß Preußens — Herrenhaus die Vorlage ablehnen werde, und die Hoffnung auf den „liberalen, freiheitlichen, modernen Geist“ des — Fürsten Bülow! Es versteht sich von selbst, daß diese Expektoration des unblutigen Optimisten von den Sozialdemokraten und vom Zentrum mit redner Sedwicz's Nativitäten gebührend beleuchtete. Tragikomisch aber wurde die Episode dadurch, daß auch Herr Sedwicz's Fraktionsgenosse, Dr. Potthoff, dem Kollegen aus Hamburg in einem längeren Vortrag seine politische Hypernauivität nachdrücklich bescheinigte. Potthoff wies darauf hin, daß im selben Augenblick, in welchem Sedwicz den Eid auf Bülow schwur, der „liberale“ Kanzler des Reiches in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident im Dreiklassenhaus alle, alle Illusionen in der Richtung auf „Liberalismus“, „Freiheitlichkeit“, „Modernität“ vernichtet, zertrümmert hatte! Mit bitterer Schärfe gab Potthoff die Erklärung ab, daß der „entchiedene“ Liberalismus der Politik des Reichskanzlers das „entschiedene“ Mißtrauen entgegenbringt. Der „entchiedene“ Liberalismus! Von dem unentschiedenen sprach Herr Potthoff nicht. . . .

Redner aus allen Fraktionen ergriffen das Wort, für die sozialdemokratische Genosse Ledebour, der die staatsrechtliche Seite der Frage behandelte und treffende Parallelen aus der dunklen politischen Vergangenheit Deutschlands vorführte: das Sozialistengesetz, die Zeit der Schilfnerung der Katholiken.

An den Schluß seiner Ausführungen stellte Ledebour den polemischen Teil: eine witzig-spöttische Abfertigung des Nationalliberalen Sieg, der gestern den Schwänen eines deutsch-russischen Krieges nebst Injurierung der Polen an die Wand gemalt hatte, und eine Vorlesung über Sozialismus und „Zukunftsaussicht“ an die Adresse des Zentrumsgrafen Hompeich. Der Herr Dr. Böhme von der wirtschaftlichen Vereinigung zwang unseren Genossen Ledebour, im Laufe der Verhandlungen noch einmal das Wort zu ergreifen. Dr. Böhme hatte nämlich die Dreiklassigkeit, dem Reichstag die schale Lüge von den beiden sozialdemokratischen Hamburger „Terroristen“ wieder vorzuführen, die ihren armen alten „christlichen“ Vater verprügelt haben sollen. Diesen ewig jungen alten Schwindel tat Ledebour endgültig ab; er benutzte die günstige Gelegenheit, um gleich noch einen zweiten Sozialistenfresser zur Strecke zu bringen: den famosen Brandenburger Oberlehrer Dr. Görde, der trotz seiner 44 Jährchen sich noch das kindliche Veranügen geleistet hat, unter seine für Kürschners kleines Handbuch bestimmten Lebensdaten als „Motto“ die Worte zu setzen: „Kampf gegen die Sozialdemokratie!“ („M. Kürschner“ S. 44.) —

Wegen die Vorlage sprachen noch die Abgeordneten Fürst Radziwill, der Elässer Dessor, der Pole Senda. Dem Schluß dieser Debatte folgte eine Reihe persönlicher Bemerkungen, in denen Dr. Böhme durch ein paar verlegene Redensarten seine klägliche Situation nicht gerade verbesserte, und Dr. Görde, der an seiner ersten Blamage noch nicht genug hatte, sich selber eine zweite applizierte. Als Ledebour diesem „guten“ Brandenburger Mangel an Takt vorwarf, entbrannte Poasche in glühender Entrüstung, der er nicht anders als durch einen Ordnungsruf Luft zu machen wußte. Der unmittelbar vor Poasche vizepräsidentierende Kampf hatte dieselbe Keuchung des selben Redners ruhig durchgehen lassen. — Ob er jenes Zusammenstoßes mit Ledebour im Jahre 1907 gedachte, jenes Zusammenstoßes, der ihm, dem biederen Kampf, um ein Haar die Vizepräsidentenschaft gekostet hätte? —

Eine zweite auf der Tagesordnung stehende Interpellation (reichsgesetzliche Regelung des Knappheitswesens) wurde nur kurz angeschnitten. Alsdann trat Vertagung der Verhandlungen auf morgen ein.

Der Staatsfremd des Dreiklassenhauses.

Im Reichstage hat Fürst Bülow die Antwort auf seine unerbittliche Behauptung erhalten, daß in Sachen der Enteisungsvorlage die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihm stehe. Im Dreiklassenhaus hat das monströse Geschöpf seiner Gesetzgebungskunst — freilich erst, nachdem die Konservativen es mit einigen Pfälzertönen verziert haben, die in ihren Augen gewiß Schönheitspfaster sind — die Mehrheit gefunden. Vom Hause der Dreiklassenämmer war nichts anderes zu erwarten, da man es in der schwierigen Kunst, Feigen von Vornbüschen zu ernten, noch nicht weiter gebracht hat als in den Tagen des neuen Testaments.

Fast zur selben Stunde, da der freisinnige Sedwicz im Reichstage vom „liberalen“ Reichskanzler fasselte, setzte der preussische Ministerpräsident im Abgeordnetenhause seine Unterschrift unter die Kontordienstformel, die Junkertum und Regierung zu neuem, aber nicht löblichem Tun vereinigt.

Die Junker wissen, was sie an dem Fürsten Bülow haben, der selbst seine Leichenschmuck nach ihren Wünschen einrichtet und ihren Overtrompeter Oldenburg aus Jamschau als seinen Freund proklamiert. Dem Ranne, der sich mit Cherubimene vor das Klassenwahlrecht stellt, können sie das Geschenk der Enteisungsvorlage nicht versagen. Der Junkersprecher Heydebrandt sprach von dem „schweren Herzen“, mit dem das Geschenk gewährt wird. Wir glauben in diesem Falle sogar an das nasse Auge der Junker; besonders wohl ist ihnen bei der Enteisung nicht. Man spielt nicht gern mit dem Feuer, und Enteisiger haben stets Grund, die Enteisung zu fürchten. Zudem sind die Junker, dank dem politischen Inkant einer herrschenden Klasse, klüger als nationalliberale Faselanten und Hüchse vom Verein der deutschen Studenten nach Art des famosen Böhme. Sie wissen, daß die ganze Vorlage ein Schlag ins Wasser, oder —

um ein noch besseres Bild zu wählen — eine Tonne Oel ist, die man in die Feuerbrunst schüttet. Wenn sie trotzdem Ja sagen, so geschieht das ersichtlich deshalb, weil sie in diesen Tagen des Wahlrechtskampfes auch nicht einen Augenblick etwas wie Disharmonie zwischen der Junkerschaft und ihrem Vollziehungs-ausschuss, der Regierung, aufkommen lassen wollen.

Die Heydebrandtsche Erklärung und die darauf folgende Dankrede Bülows an die Junkerschaft erschöpften so ziemlich die Bedeutung des „großen“ Tages. Nur noch die polnische Fraktion trug dem Moment einigermaßen Rechnung, indem sie sich in der richtigen Erkenntnis, daß Protestreden im Dreiklassenhaus überflüssig sind, auf eine kurze Erklärung beschränkte. Die Reden, die die Lufsenh, Glahel, Vierck für die Vorlage und die Graf Prashma, Keruth, Wolff-Lissa gegen die Vorlage hielten, bewegten sich auf, wenn nicht unter dem Durchschnittsniveau dieser vortrefflichen Körperschaft, Ebenfalls blieb das Abgeordnetenhaus ganz im Rahmen seiner Tradition und seiner Arbeitsmethode, als es im Laufe seiner mäßig langen Sitzung die ganze Vorlage erledigte. Ueber den entscheidenden Paragraphe wurde namentlich abgestimmt. Das Resultat stand von vornherein fest. Zimmerlin war es nicht uninteressant, daß der Präsident v. Kröcher und der berühmte Kampfer zerlegbarer Vorherrscher, Herr v. Brandenstein, sich von ihren konservativen Fraktionsgenossen trennten. Ein Versuch des alten Vobelschwings, an irgend einer Stelle eine patriarchalische Verzickung anzubringen, schlug fehl, da die Mehrheit augenscheinlich so schnell wie möglich fertig werden wollte.

Am Freitag ruhen sich die Erforenen des Wahlrechts von ihren Taten aus, um am Sonnabend die dritte Lesung vorzunehmen.

Liberaler und Herkaler Wahlrechtsfeinde.

Die Herkale „Alln. Volksz.“ verhöhnt die Freisinnigen wegen ihrer Haltung gegenüber der Bülowschen Ablehnung des freisinnigen Wahlrechtsantrages und behauptet, daß dem größten Teil der freisinnigen Anhängerschaft die Zurückweisung des Antrages ganz erwünscht gekommen sei:

„Daß die freisinnigen Führer“, schreibt das Kölner Blatt, „über den Ausgang sogar ganz vergnügt sind, unterliegt keinem Zweifel. Heute haben sie Berlin noch in den Fingern, aber sobald das allgemeine Wahlrecht kommt, wählt Preußens Haupt- und Residenzstadt sozialdemokratisch. Keulich so ist aber die Lage in manchen anderen großen Städten. Wenn trotzdem manche freisinnige Politiker anlässlich der Bülowschen Rede den wütenden Ejaz mimen, so entspricht das der Rücksichtnahme auf jene freisinnigen Wähler: kreise, in deren Brust wirklich noch demokratische Empfindung wohnt. Es gibt eben zwei Gattungen von Freisinnigen. Die einen — und das sind bekanntlich die maßgebenden — wohnen im Tiergartenviertel, heißen Geheimere Kommerzienrat, auch zuweilen schon „von“, sie haben Diener mit und ohne Dreieck, Nachen, Automobile und pendeln zwischen Berlin und der Riviera hin und her. Diesen Herrschaften liegt natürlich nichts an der Schaffung eines demokratischen Wahlrechts. Es gibt aber auch Freisinnige mit schwierigen häuten und kleinem Einkommen, die sich selbst dadurch politisch entrechtet fühlen, daß Preußens Wahlrecht sie in die dritte Klasse hinabstößt, wo sie gegen die erste und zweite Klasse keinen Einfluß ausüben können, und auf diese Kreise müssen Krüchbed, Kopych und Biemer, Schrader und Poasche doch ebenfalls gebührende Rücksicht nehmen, denn wenn die freisinnigen Wähler selbst allein auf die Hochfinanzleute am Kurfürstendamm, in der Bendler-, Regenten- und Bellevuestraße angewiesen wäre, so wäre die Partei „aufgeschmissen“. Aber diese freisinnigen „Sandschulotten“, wenn man so sagen kann, sind wirklich außerordentlich erbittert über die Bülowsche Erklärung.“

Es ist richtig, die Freisinnigen teilen sich in „zwei Gattungen“; aber die Zentrumsanhänger in mindestens vier, nämlich in die oberen „geistlichen Hirten“ mit fetten Pfünden, die katholischen Junker und Großbauern, die behäbigen katholischen Wahlbürger und die von dem katholischen Klerus am zeitlich geführte Arbeiterschaft, die sich noch immer als Entschädigung für ihre erbliche Kollage auf das bessere Jenseits verteidigen läßt. Die beiden ersten Kategorien sind nicht weniger Feinde des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Landtagswahlrechts, als die freisinnigen Kommerzienräte des Tiergartenviertels — nur mit dem Unterschiede, daß diese mit einer gewissen konventionellen Rücksicht auf die ärmeren Schichten des Freisinn ihre Feindschaft gegen dieses Wahlrecht offen bekennen, während die Zentrums-Adeligen von der Qualität eines Grafen Strachwitz, Prashma, Spec o tatti quanti in Nichtachtung der unteren Zentrumschichten offen ihren aristokratischen Widerwillen gegen das Reichstagswahlrecht und dessen Uebertragung auf Preußen bekunden. Auch die dritte Kategorie der Zentrumsanhängerschaft will von einem demokratischen Wahlrecht in Preußen vielfach nichts wissen, und die vierte „Gattung“, die Arbeiterschaft, ist ohne jeden Einfluß auf die Zentrumspolitik und wird von den oberen beiden Kategorien lediglich als Stimmvieh betrachtet. Den Beweis dafür liefert aufs neue die Abstimmungsparce der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses am 10. Januar und die verlogene Verdächtigung der Wahlrechtsdemonstration durch die Herkale Kolotte „Germania“.

Offizielle konservativer Hysterie.

Die „Konkord. Korresp.“ sucht in anerkanntem Eifer die preussische Justiz zu veranlassen, sich eine Blamage zu holen. Schon sofort nach der Wahlrechtsdemonstration am letzten Sonntag warf sie die Frage auf: „Soll denn aber dieser Aufreizung mit aller Gemütsruhe noch weiter zugehört werden, will sich die Staatsgewalt darauf beschränken, den Zug des Proletariats auf der Straße nur ein wenig einzudämmen, bis auch das vielleicht nicht mehr möglich ist?“ Sie beantwortete diese Frage damit, daß sie an die Justiz die Forderung stellte, sie müsse unbedingt gegen „die Veranlasser der Freitag- und Sonntag-„Demonstrationen“ wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen bestehende Gesetze und Verordnungen (§ 110 des Strafgesetzbuchs) vorgehen.

Wir haben auf diese hysterischen Rufe nicht geantwortet, schon deshalb nicht, weil uns die Hysterie des dritten Geschlechts noch weit widerlicher ist als die des weiblichen Geschlechts; da aber heute die „Konkord. Korresp.“, obgleich die „Deutsche Tagesz.“ abgewinkt hat, ihr Gekreische wiederholt, so können wir ihr offen gestehen, daß wir gegen eine solche große Justizaktion nicht das geringste einzuwenden haben. Die preussische bezw. die deutsche Justiz hat ohnehin in letzter Zeit so manche Aktionen unternommen, die sie im In- und im Auslande diskreditiert haben, daß wir durchaus nichts dagegen haben, wenn sie ihren Aufmeckranz um eine neue Palme bereichern und uns zu gleicher Zeit Gelegenheit bieten will, im Gerichtssaal manches zu sagen, was wir leider im Dreiklassenparlament und auch in der Presse aus gewissen Gründen nicht sagen können. Also, bitte! —

Der Liberalismus der Schloßbarone.

Die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ macht in einem Leitartikel wieder neue Vorschläge über das Landtagswahlrecht, u. a. über neue Einteilung der Wahlkreise, und kommt selbst zu dem Schluß, daß wir das jetzige Wahlrecht

war nicht für vollkommen halten, wie es überhaupt vollkommene Wahlrechte und vollkommene Steuern nicht gibt, daß aber, falls zweckdienliche Reform nicht gefunden und beschlossen werde, sie das preussische Wahlrecht für besser halte in der jetzigen Form, als das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Reichstagswahlrecht!

Protestbewegung gegen den Reichsvereinsgesetz-Entwurf.

In dreizehn imposanten Massenversammlungen haben am Dienstag die Arbeiter Leipzigs gegen den Reichsvereinsgesetz-Entwurf protestiert, der selbst noch gegen das miserabile sächsische Vereinsrecht Berücksichtigungen bringt. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten protestieren entschieden gegen den Versuch, das für Sachsen geltende Recht, Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, in das Ermessen der Polizei zu stellen.

Sie protestieren weiter gegen das Verbot, die Muttersprache in Versammlungen zu gebrauchen.

Sie erblicken darin eine Vergewaltigung der fremdsprachigen Reichsangehörigen und einen schweren Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Der Erfolg des Verbots würde sein, daß es den Gewerkschaften verwehrt wird, die als Lohnbrüder und Arbeitswillige von den Unternehmern herbeigeholten ausländischen Arbeiter über die wirtschaftliche Situation und die Lohnkämpfe aufzuklären und sie für die Organisation zu gewinnen. Es besteht darum bei Aufrechterhaltung des Verbots die Gefahr, daß die durch die Organisation erzielten Vorteile wieder vernichtet werden.

Die Versammelten protestieren ferner dagegen, daß neben dem Reichsrecht alle sonstigen politischen Bestimmungen bestehen bleiben sollen, die insbesondere in Sachsen dazu geführt haben, den Arbeitern das Versammlungsrecht teilweise illusorisch zu machen.

Sie protestieren endlich dagegen, daß die bestehenden Koalitionsverbote für Landarbeiter und Dienstdiener ausdehnend aufrecht erhalten werden sollen.

Die Versammelten fordern ein völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts und der Sprache, Schutz gegen Polizeimahnahmen zur Schmälerung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechts.

Das Agitationskomitee wird beauftragt, diese Resolution dem Reichstage zu übermitteln.

Die reichsländische Demokratie, der Liberalismus und der Block.

Aus einer ganzen Reihe von Städten kommen Meldungen, daß die wirklich christlichen Liberalen und Demokraten die Blockpolitik nach den neuesten Erklärungen Bülow's in der Wahlrechtsfrage grundsätzlich ablehnen, daß sie erkannt haben, daß die Regierung mit ihnen ein solches Spiel getrieben hat.

Die reichsländischen Liberal-Demokraten, wie sich die geeinigten Liberalen in Elbstadt-Vöhringen gern nennen, gehören nicht zu den ehrlichen Elementen der Demokratie, aber auch nicht zu den politisch weitsichtigen. War es gerade für sie politisch unglücklich, mit der Blockpolitik sich einzufangen zu lassen zur Stärkung der persönlichen Herrschaft und des jülicherischen Regiments in Deutschland, so zeugt es geradezu von politischer Vorniertheit und Verständnislosigkeit, jetzt noch an der Blockpolitik festzuhalten! Aber auch die Unehrlichkeit der Liberal-Demokraten zeigt sich in der gegenwärtigen Situation, und am meisten tut sich dabei hervor der frühere Reichstagsabgeordnete Blumenthal. In einer öffentlichen Versammlung am Sonnabend in Strohburg erklärte er, er sei, das betonte er ausdrücklich, niemals ein Blockbruder gewesen, er habe auch in seiner Rede im vorigen Jahre in Frankfurt seine Bedenken gegen die Blockpolitik geäußert und er betrachte diese auch heute nicht als günstig. Man sollte nun meinen, ein Politiker müßte nun nach einer solchen Verurteilung der Blockpolitik, nach der Erklärung, er sei niemals ein Blockbruder gewesen, die einzig richtige Konsequenz ziehen und sich von der Blockpolitik abwenden. Wer eine solche politische Konsequenz aber den reichsländischen Liberal-Demokraten zugetraut hat, der kennt sie schlecht. Am Sonntag, also einen Tag später, erklärt derselbe Blumenthal in einer liberalen Versammlung in Drumath: Man mag der Blockidee noch so skeptisch gegenüber stehen, die Fraktionen im Reichstag haben einmal die Pflicht, die gebotene Hand anzusetzen und unter Wahrung ihrer Prinzipien (!) die Blockpolitik zu versuchen. Hier handele es sich lediglich um eine Frage der Taktik, über deren Zweckmäßigkeit der Erfolg, der sich noch nicht übersehen läßt, entscheide.

Und der Führer der Liberalen, Epstator Wolf, stellt mit Freuden die Einheit des elbassischen Liberalismus und der elbassischen Demokratie in der Beurteilung der Blockpolitik fest. Weiter geht die politische Korruption wohl nicht und dabei hilft der — „große“ Demokrat Blumenthal kräftig mit.

Ein Zentrumsblatt gegen das gleiche Wahlrecht!

Der „Rheinische Merkur“ in Köln schreibt in einem Artikel über die Verhandlung des freisinnigen Wahlrechtsantrages.

„Es läßt sich ja nicht ohne weiteres behaupten, daß es völlig unlogisch sei, wenn bei den preussischen Staatswahlen dem erfahrenen sechzigjährigen Greise eine Wahlstimme mehr zugestanden wird, wie dem zwanzigjährigen Dienstmädchen (!), wenn der gelehrte Staatsrechtsprofessor eine Stimme mehr in die Waagschale legen darf als irgend ein pommerischer Knecht, dem noch nicht einmal genügend sozialpolitisches Verständnis beizubringen ist, um ihn zu bewegen, sich seiner Standesorganisation anzuschließen, wenn der Mann, der von seinem erarbeiteten Einkommen hohe Steuerabgaben an den Staat zu zahlen hat, eine Stimme mehr erhalte wie irgend ein Arbeitshauer, der, statt zu zahlen, sich aus öffentlichen Mitteln unterhalten läßt. Das sind Dinge, über die sich wenigstens diskutieren läßt.“

Das brave Zentrumsblatt, das übrigens anscheinend nicht weiß, daß Dienstmädchen überhaupt kein Wahlrecht haben, daß die pommerischen Knechte genau so wie alle landwirtschaftlichen Arbeiter immer noch auf das Recht der „Standesorganisation“ warten, und daß denjenigen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, ohnedies das Wahlrecht fehlt, findet also das Pluralwahlrecht weder unlogisch noch undiskutabel. Auch die Art der Vereinfachung: die Zitterung eines zwanzigjährigen Dienstmädchens, eines pommerischen Knechtes und eines Arbeitshauers, ist kennzeichnend für die Gefühle, die das Blatt für das gleiche Wahlrecht im Busen hegt. Daß das liberale Organ sich damit zugleich gegen das Reichstagswahlrecht ausspricht, scheint ihm auch keine Gewissensbeschwerden zu machen! Nebenbei kann der „Rheinische Merkur“ sich bei seiner Abneigung gegen das gleiche Wahlrecht nicht nur auf die zum Zentrum gehörenden sächsischen und rheinisch-westfälischen Agrarier berufen, sondern auch auf den „demokratisch“ gerichteten Zentrumsführer Dr. Karl Vahem, der die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen

wiederholt bekämpft hat, so am 23. Januar 1904, wo er im Abgeordnetenhaus erklärte, daß man an die Ersetzung des preussischen Wahlrechts durch das Reichstagswahlrecht auch deshalb nicht denken könne, weil doch das bestehende Reichstagswahlrecht auch als das reine Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie es sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann. Mißbräuche einen gewissen Raum gibt, von denen wir nicht wünschen können, daß sie ausgedehnt werden.“

Wenn nicht alle Zentrumsleute ihrer Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht so offen Ausdruck geben wie das Kölner Zentrumsblatt und Dr. Karl Vahem, so hindern sie daran lediglich agitatorische Gründe.

Ein entgangener Orden.

Jetzt weiß man es endlich, warum Herr Biemer, wie von Leuten berichtet wird, die in der Unterscheidung feinsten Nuancen gewandt sind, um einige Töne heftiger als Herr Fischbeck über die Regierungserklärung Bülow's im Abgeordnetenhaus gesprochen hat.

Die „Berliner Morgenpost“ erfährt aus unbedingt sicherer Quelle, daß eine Anzahl Abgeordneter der Freisinnigen Volkspartei, die Herren Biemer, Fischbeck, Dr. Rugdan, Ohlting und andere auf der Liste der beim Ordensfest am 18. Januar zu dekorierenden Herren stehen. Es heißt, daß diese freisinnigen Parlamentarier angesichts der veränderten politischen Situation Bedenken tragen, die ihnen zugeordneten Auszeichnungen, die wohl ihren Verdiensten um den Block gelten sollen, anzunehmen.

Jetzt versteht man, warum sich Herr Biemer über die Erklärung Bülow's geäußert hat. Es war allerdings weniger der Inhalt, als der Zeitpunkt der Erklärung, der ihn verschüpperte. Man kann es ja begreifen. Wie schön wird eine flache Freisinnigkeit durch solch Ordensband gehoben. Aber noch wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben. Denn so tapfer wie Stössel Port Arthur, so tapfer haben die genannten Herren das Wahlrecht auch verteidigt.

Der Fall Hohenau-Eynar und der Zeugniszwang gegen die Presse.

Ein Zwischenfall in der Untersuchungssache gegen den Generalleutnant z. D. Grafen v. Hohenau und den Major a. D. Grafen zu Eynar hat sich vor der Abteilung 22 des kgl. Amtsgerichts Berlin-Schöneberg abgespielt. Der Herausgeber der „Militärpolitischen Korrespondenz“, der Militärchriftsteller Otto v. Lohberg, war von dem untersuchungsführenden Kriegesgerichtsrat der I. Gardedivision als Zeuge in der Sache Hohenau-Eynar vorgeladen worden. Er sollte über gewisse Mitteilungen auslegen, die ihm von höheren Offizieren über homosexuelle Verfehlungen der beiden Grafen gemacht worden waren. Unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis lehnte v. Lohberg es ab, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, die ihrerseits anscheinend Wert darauf gelegt haben, im Hintergrund zu bleiben. Auf mehrfache Aufforderung des Kriegesgerichts beharrte v. Lohberg bei seiner Weigerung. Darauf wurden die Akten an das zuständige Amtsgericht abgegeben und durch Beschluß dieses Gerichts wurde v. Lohberg wegen Zeugnisverweigerung in eine Geldstrafe von 30 M. event. sechs Tagen Haft genommen.

Das Gericht muß danach dem bekannnten schönen Erlaß des Reichskanzlers bezüglich des Zeugniszwanges sehr wenig Gewicht beigemessen haben.

Fürst Knipphausen gestorben.

Der Präsident des Herrenhauses, Fürst zu Inn- und Knipphausen, Mitglied des Reichstages, ist heute früh im Alter von 81 Jahren gestorben. Seit 1904 war er Präsident des Herrenhauses, seit 1899 vertrat er den Wahlkreis Norden-Emden-Seez im Reichstag. Der Wahlkreis, in dem demnächst eine Ersatzwahl stattfinden muß, war von 1871 bis 1893 national-liberal vertreten. 1893 wurde er konservativ, 1898 wieder national-liberal. Bei der Ersatzwahl von 1899 wurde er von den Konservativen erobert und seitdem von ihnen behauptet. Das Resultat der Hauptwahl im vorigen Jahre war: Fürst Knipphausen (L.) 11 433, Gabels (fr. G.) 8127, Wagner (Soz.) 7711 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Fürst Knipphausen mit 12 341 Stimmen über seinen freisinnigen Gegner, der 12 151 Stimmen erhielt.

Unsere Genossen werden sicher die Agitation sofort mit aller Kraft aufnehmen.

Militärjustiz.

Ein Russtetter vom Infanteriebataillon in Gotha saß dem Rechts einigen seiner schlafenden Kameraden die Brustbeutel. Urteil: 4 Wochen strenger Arrest und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Ein Sergeant vom Infanterie-Regiment Nr. 94 in Jena verlegte einem Russtetter einige Fußtritte in den Rücken und gegen den Unterleib. Urteil: 10 Tage Mittelarrest.

Oesterreich-Ungarn.

Der kroatische Bülow.

Agram, 15. Januar. (W. L. V.) Der neuernannte Bonus Baron Rauch und die kroatischen Sektionschefs sind heute nachmittags hier eingetroffen und wurden am Bahnhof von den Spitzen der Behörden begrüßt. Während der Begrüßung brach der angekommene „Pöbel“ in Rufen und Weifen aus. Der Bonus und seine Begleitung bestiegen einen Wagen, um zum Banuspalais zu fahren. Der „Pöbel“ bewarf den Wagen mit Steinen. Die Polizei zerstreute die Menge, wobei mehrere Personen leicht verletzt und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Der Bonus erklärte, er fürchte sich nicht vor dem „Pöbel“ und werde, wenn nötig, mit eiserner Hand die Ordnung herstellen.

Belgien.

Brüssel, 15. Januar. (Fig. Ver.)

Einige Anspruchsteller haben gemeint, der neue Kabinettsleiter würde in der Regierungserklärung so etwas wie ein „Programm“ entwickeln, zumindest aber doch die Linie andeuten, die die Regierung in der Kongofrage einschlagen wird. Aber es ist nichts damit. Herr Schollaert genügt sich damit, zu versichern, daß sich nur das Schild geändert habe und daß die Regierung Schollaert dem „Programm“ der vorigen Regierung treu bleiben werde! Das heißt: auch sie wird — wie ihre Vorgängerin — von der Hand in den Mund leben.

Außer dem Programmlosigkeit verkündete die blaße Rede noch das Lob des Kongoverweres und seines „Schöpfers“, wobei Herr Schollaert die nicht ohne Widerspruch aufgenommene Meinung ausspricht, daß die große Mehrheit der belgischen Nation die Uebernahme wünsche. . . . Die einzig bemerkenswerte Stelle von politischer Bedeutung war der Hinweis auf die von „vorurteillosen“ Politikern, sogar von „Verwunderern“ des Kongoverweres, gemachten Einwände und Bedenken gegenüber einem Teil der Bestimmungen des Kongovertrages des Königs — will heißen, vor allem gegenüber der Einrichtung der Kronendomäne (deren Aufrechterhaltung nur die direkten Werkzeuge Leopolds zu verteidigen

wagen). Diese Stelle verrät immerhin, daß die Regierung, falls sie noch keine Konzessionen von Leopold hat, jedenfalls damit rechnet, welche zu erhalten; denn auch an einer weiteren Stelle ließ der Minister eine Nachgiebigkeit durchblicken, falls sich die erhobenen Einwände als berechtigt herausstellen würden.“

So ergab die Rede bei aller das „In-der-Luft-Hängen“ der Regierung beratenden Verschwommenheit doch eine positive Haltung als Resultat: daß die Regierung Schollaert sich bemüht ist, den Kongovertrag in seiner jetzigen Gestalt, ohne wesentliche Konzessionen und Umänderungen nicht zur Annahme bringen zu können.

Brüssel, 16. Januar. (Deputiertenkammer.) In Stelle Schollaert wurde der Deputierte Cooreman (Katholik) mit 74 gegen 45 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Rußland.

Revolutionäre Offiziere.

Warschau, 16. Januar. Infolge Entdeckung einer revolutionären Organisation im Offizierskorps haben in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen von Offizieren stattgefunden.

Marokko.

Der französische Minister des Aeußern Richon hat zu Paris einem Redakteur des „Matin“ eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen besagt, daß sich Frankreich nicht zum Schützer Abdul Afis gegen Muley Hafid aufwerfen werde. Im Widerspruch dazu steht eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Tanger, wonach dort Nachrichten zirkulieren, daß die Franzosen beabsichtigen, auf Fez zu marschieren.

Muley Hafids Sache scheint Fortschritte zu machen, noch in mehreren Städten, die in der Meldung nicht genannt, soll sich die Bevölkerung für den Gegenkandidat erklärt haben. In Rabat, der jetzigen Residenz Abdul Afis, ist in der Nacht zum 11. Januar auf das Gebäude des Maghzen geschossen worden. Die Soldaten sauhneten vergeblich nach den Angreifern.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Richelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. An der Vorlage betreffend die Neugestaltung der Bestimmungen über die Versorgung der nichtpensionsberechtigten städtischen Angestellten und Arbeiter hat der niedergesetzte Ausschuss, im wesentlichen sozialdemokratischen Antrags folgend, eine Reihe von Verbesserungen vorzunehmen vorgeschlagen. Referent des Ausschusses ist Stadtd. Goldschmidt (N. L.), der ausführt, daß man die Vorlage nach den Ausschussanträgen wohl als ein vollkommenes soziales Reformgesetz betrachten könne.

Stadtd. Goblenger (Soz.): Wir werden für die Ausschussanträge stimmen, denn wir meinen mit dem Referenten, daß man im Ausschuss bestrebt war, die Vorlage hinsichtlich zu verbessern. Man hat nicht alle unsere Anträge angenommen, so nicht denjenigen, den Arbeitern ein Magbares Recht auf Ruhegehalt einzuräumen, weil die Arbeiter nach unserer Meinung wie die Beamten zu behandeln sind, und das, was den Beamten recht ist, den Arbeitern der Stadt billig sein muß. Was dagegen eingewendet wurde, können wir nicht gelten lassen. Der Magistratsvertreter wies auf das Streikrecht der Arbeiter hin, aber dieses Recht ist doch sehr zweifelhaft und seine Extragnisse lassen sich doch gewiß nicht mit dem vergleichen, was den Beamten heute schon gewährleistet ist. Wir bringen den Antrag aber nicht wieder ein, weil er keine Aussicht auf Annahme hat, und weil wir nicht verkennen wollen, daß der Magistrat im ganzen in lokaler Weise bei der Handhabung des Status verfahren ist und sich Anlaß zur Klage nicht ergeben hat. Dennoch glauben wir, daß in absehbarer Zeit diesem Anspruch der Arbeiter wird Rechnung getragen werden müssen. Was den event. Abzug der Invalidentrente betrifft, so ist der Magistrat ja schon entgegengekommen, indem er diesen Abzug auf die Hälfte reduzierte; es sollte aber wirklich nun der ganze Schritt getan und der Abzug völlig unterlassen werden. Man muß doch anerkennen, daß der invalide Arbeiter auch als Ruhegeldempfänger immer noch in sehr schwieriger Lage sich befindet und nicht vor der Möglichkeit bewahrt ist, auch noch der Armenpflege anheim zu fallen. Darum bitten wir Sie, dem bezüglichen Ausschussantrag beizustimmen.

Eine weitere Debatte allgemeiner Art entsteht nicht. Dem Vorschlag des Ausschusses, daß der der Berechnung zugrunde liegende Arbeitsverdienst der höchste (Vorlage: der Durchschnitt) aus der Zeit der letzten fünf Kalenderjahre sein soll, steht Stadtd. Rommen (Fr. Fr.) „grundfäßlichen“ Widerspruch entgegen; man sei damit auch gegen die Arbeiter selbst ungerecht.

Stadtd. Fischbeck bekämpft ebenfalls lebhaft das „ungewöhnliche“ Verfahren, den Arbeiter aus den letzten fünf Jahren sich das Beste auszusuchen zu lassen. Bei Ueberstunden und Vergleichen könnten da sehr hohe Verdienste herauskommen, die dann der Pensionberechnung zugrunde gelegt werden müßten. Es könnten dadurch für die Arbeiter selbst die größten Ungleichheiten und Willkürlichkeiten sich ergeben; ein solches Moment der Unsicherheit dürfe man nicht in das Statut einführen.

Stadtd. Goblenger: Wir glauben nicht daran, daß die Arbeiter so während darauf sein werden, sich pensionieren zu lassen, weil in der betr. Periode ein besonders günstiges Jahr vorkam; sie sind im Gegenteil doch darauf angewiesen, möglichst lange zu arbeiten und den ganzen Lohn zu verdienen. Es das günstige Jahr angerechnet wird oder nicht, ein günstiges Jahr beeinflusst doch auch die Durchschnittsberechnung nicht unerheblich. So ganz gerecht auf Heller und Pfennig wird ja die Berechnung nie sein können. Mit zunehmendem Alter läßt doch die Arbeitskraft des Arbeiters nach, und es ist ihm nicht gegönnt, wie dem Beamten, bei dem das Gehalt mit dem Alter von selbst steigt.

Der Referent betont ebenfalls, daß man doch tatsächlich auf die steigende Gehaltsstala der Beamten bei dieser Bestimmung Rücksicht nehmen müsse, während der Arbeiter, je länger er arbeite, vielfach eine um so geringere Pension verdiene. Es werde schließlich nur durch feste Lohnstufen für alle städtischen Arbeiterkategorien durchgreifende Abhilfe zu schaffen sein. Materiel habe der Beschluß keine große Bedeutung, für die Verwaltung stelle es aber eine große Vereinfachung dar. Die Durchschnittsberechnung sei in der Arbeiterschaft immer einigem Mißtrauen begegnet.

Der Ausschussantrag wird abgelehnt, der Magistratsvorschlag angenommen. (Bewegung.)

In § 9 ist entgegen dem Magistratsantrage, der dem pensionierten Arbeiter die halbe Invalidentrente, die er event. bezieht, belassen will, bestimmt, daß die ganze Invalidentrente dem Arbeiter unverfälscht verbleiben soll.

Stadtd. Rommen beantragt auch hier, den Magistratsvorschlag anzunehmen. Herr Goblenger selbst habe die bisherige Handhabung der Bestimmungen durch den Magistrat als loyal anerkannt. Wenn solche Pension gemacht werde, dürften doch die anderen Bezüge nicht ganz außer Acht gelassen werden, man müsse sich in angemessenen Grenzen halten, denn die Stadt Berlin solle nach allen Richtungen müttergütig sein. Dem Wohlthätigkeitsdrang dürfe man nicht allzu sehr nachgeben.

Stadtd. Fischbeck bestürmte gleichfalls auf lebhafteste die Ablehnung des Ausschussantrages. Die vom Magistrat empfohlene

Aus der Partei.

Kochmals Davids „Referentenfänger“.

Der Protest, den David im „Vorwärts“ vom 15. Januar gegen seine Kritik löst, veranlaßt mich zu einer kurzen Bemerkung. David sucht dort unter anderem zu verteidigen, was er in seinem „Referentenfänger“ über das „Kapital“ von Marx gesagt. Er habe nicht vor dessen Studium gewarnt, sondern nur erklärt, es sei für den Anfänger „zu schwierig und zeitraubend“. Ich muß konstatieren, daß er den Beweis dafür erbracht hat.

Er gibt in seinem „Referentenfänger“ eine Inhaltsangabe des „Kapital“ und sagt darin unter anderem vom 2. Bande; er sei eine schwere Kost, die die wenigsten zu verdauen im Stande seien! „Marx untersucht darin die Funktionen des „Kapitals“ als Vermittlerin (!) der Güterverteilung, also das Wesen und Wirken des im Handels- und Banbetrieb arbeitenden Geldes.“

Sollte das in der Ausgabe des „Kapital“ zu finden sein, die David besitz? In der meinen steht nichts davon. Marx erklärt vielmehr im zweiten Bande ausdrücklich zu wiederholten Malen, daß er hier vom Handels- und Bankkapital gänzlich absteht und den Zirkulationsprozeß des Kapitals in seiner einfachsten Form untersucht:

„Geldkapital, Warenkapital, produktives Kapital bezeichnen hier also nicht selbständige Kapitalformen, deren Funktionen den Inhalt gleichfalls selbständiger und voneinander getrennter Geschäftszweige bilden. Sie bezeichnen hier nur besondere Produktionsformen des industriellen Kapitals, das sie alle drei nacheinander annimmt.“ (Kapital, 2. Bd. S. 27.)

Vom Handels- und Bankkapital handelt Marx nicht im 2. Bande, sondern im 4. und 5. Abschnitt des 3. Bandes, von dem David nur zu sagen weiß, daß er eine Ergänzung der beiden ersten Bände bildet.

Ich siehe daher nicht an, einfach zu erklären, daß David weder den zweiten noch den dritten Band des „Kapital“ je gelesen hat. Er ist also glänzend gerechtfertigt, wenn er in seinem Referentenfänger vom „Kapital“ nichts anderes zu sagen weiß, als daß es „für Anfänger doch zu schwierig und zeitraubend ist“.

Dringend notwendig wird aber nun ein Führer für den Referentenfänger. R. Kautsky.

Eine Wahlrechtsbrochure wird demnächst im Vorwärts-Verlage erscheinen. Sie wird den stenographischen Wortlaut der Wahlrechtsverhandlung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar enthalten. Außerdem werden die Reden an der Hand der politischen und wahlstatistischen Tatsachen einer entsprechenden Würdigung unterzogen werden. Die Brochure ist für die Genossen bestimmt, die die Wahlrechtsagitation zu leiten haben.

Ein Gemeindefest. Im Vergarwerkerdorf Ebing bei Dortmund war die Wahl eines Genossen für ungültig erklärt worden, weil er nicht Hausbesitzer war. Früher, als noch nicht Sozialdemokraten in Ebing gewählt wurden, hatte man es in dieser Beziehung nicht so genau genommen. Die Evinger Genossen haben die richtige Antwort gegeben. Sie stellten einen Kandidaten auf, dessen Hausbesitzerqualifikation nicht zu beanstanden ist und wählten ihn am Dienstag mit 525 gegen 186 bürgerliche Stimmen.

Unsere Toten. In Dresden starb die Genossin Anna Roa. Sie stammte aus Oesterreich, wo sie schon eifrig in der Arbeiterbewegung gearbeitet hatte. In ihrer neuen Heimat hat sie nicht minder eifrig gewirkt, namentlich unter den proletarischen Frauen, die sie mit mehreren Vertrauensposten bedachte. Die Proletarierkrankheit hat dem Leben der Waderen in verhältnismäßig jungen Jahren ein Ziel gesetzt.

Das Erwachen Orients. In Tokio, der Hauptstadt Japans, fand kürzlich eine sehr interessante sozialistische Versammlung statt. Bemerkenswert war sie weniger wegen ihres Umfangs (es nahmen nur circa 150 Personen daran teil), sondern vielmehr wegen ihrer Zusammensetzung. Es befanden sich unter den Anwesenden nämlich 10 Chinesen, 2 Indier, außerdem 15 Frauen, worunter eine Chinesin. Ansprachen wurden gehalten von Kotozu sowie vom chinesischen Genossen Chang Chi und dem indischen Sozialisten Duran Bose. Der letztere hat erst in Tokio den Sozialismus kennen gelernt, er geht jetzt nach Amerika und wird, wie er ausführte, bei seiner Rückkehr nach Indien die sozialistischen Lehren auch dort verbreiten. Japan, China und Indien, die drei großen Reiche des asiatischen Kontinents, haben beziehungsweise werden mit der abendlichen Kultur auch den Sozialismus, das neue Evangelium der unterdrückten Klassen, empfangen. — In Japan selbst hat der Sozialismus heute schon große Ausdehnung und er gewinnt immer mehr Anhänger. Allerdings ist er noch nicht zu einer Massenbewegung geworden, seine Anhänger sind vielmehr zum größten Teil Studenten, Journalisten, Lehrer und andere geistige Arbeiter. Auf den Schulen Japans werden alljährlich Tausende von Leuten ausgebildet, die dann keinerlei Erwerb finden und somit proletarisiert werden. Diese Leute geben die Führer und die Lehrer an für die arbeitende Bevölkerung, die ebenfalls mehr und mehr dem Sozialismus gewonnen wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zwei Heimgekehrte. Aus der Gefängnishaft ist Genosse Herze von der „Leipziger Volkszeitung“ in die „Freiheit“ zurückgekehrt. Er hat fünf Monate Freiheitsentzug durchgemacht wegen angeblicher Richterbeleidigung. — Zwei Monate Gefängnis hat Genosse Jörn vom „Vollblatt“ zu Saalfeld abgeessen. Willow hat ihn durch einen Strafantrag dazu verholten.

Strafskonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Lehrers, dem er vorgeworfen hatte, in der Schule Politik gegen die Sozialdemokratie zu treiben, wurde Genosse Taubadel von der „Sörliger Volkszeitung“ zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Opfer des Bergbaus.

Essen a. N., 16. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Oberhausen stürzte auf der Zeche Altsfaden ein Bauer 70 Meter tief in den Schacht hinab. Der Verunglückte hinterläßt Frau und acht Kinder. — Auf Schacht 4 der Zeche Konordia stürzte ein Bergmann in einen Aufbruchschacht. Der Abgestürzte war sofort tot.

Explosion.

Essen a. N., 16. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In dem Orte Freudenberg fand in einer Mühle eine Explosion statt. Eine Person wurde getötet, zwei schwer verletzt.

Auch ein Bergunfall.

Wiesbaden, 16. Januar. (B. N.) Die Zahl der Unfälle auf der Wiesbadener Kobelbahn hat erheblich zugenommen. Bis jetzt sind über 20 Unfälle, darunter schwere Arm- und Beinbrüche, Brustquetschungen und Gehirnerschütterungen vorgekommen.

Streik der Seeleute.

Spalato, 16. Januar. (B. N.) Die Kapitäne, Maschinisten und Matrosen der Schiffsahrtsgesellschaft Dalmatia sind in den Streik getreten, weil die Direktion die Regelung der Dienstverhältnisse verweigert.

Stadt. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.): Sind denn gar keine Gegner da? (Heiterkeit.) Wir hören von allen Seiten Zustimmung. Die Magistratsvorlage verdient allerdings diese Zustimmung, gerade deswegen ist mir der Mangel jedes Widerspruches doppelt unheimlich. Es wäre nicht das erste Mal, daß man bei den allerbesten Magistratsvorlagen zuerst keinen Widerspruch erhebt, nachher aber die Sache aus nicht recht greifbaren Gründen nicht vom Fleck kommt. Schon die Ausschussberatung könnte zu solchen Hindernissen führen. — Selten hat mir eine Vorlage so herzliche Freude bereitet wie diese. Nicht ein technischer Zweigverband, sondern ein privatrechtlicher Verein soll geschaffen werden. Schon vor vier Jahren habe ich, und damals unter dem Widerstand fast der ganzen Versammlung, ausgesprochen, was heute der Kollege Kommissen darlegte. Hoffentlich werden der Verleihung des Rechtes der juristischen Person an den Verband von den Staatsbehörden keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Ich bin freilich in dieser Beziehung von einem geradezu grenzenlosen Mißtrauen erfüllt. Ueber die Rechtslage im Jahre 1919 Klarheit zu schaffen, muß die erste Aufgabe sein. Hoffentlich wird der Ausschuss nicht zum Vater der Hindernisse werden, sondern der Vertrag glatt zur Annahme gelangen.

Stadt. Rosenow (R. L.): Auch bei uns sind keine Gegner des Planes vorhanden. Der Magistrat hat mit der Vorlage einen großen Wurf getan. Die Personalwechsel im Staatsministerium und im Polizeipräsidium kommen uns hoffentlich ebenfalls zuflatten.

Nach einer kurzen Verwahrung des Stadt. Gassel gegen die verstockten Institutionen des Kollegen Preuß geht die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: den Magistrat zu eruchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten, in welchem Umfange die gegenwärtig an Privatunternehmer vergebenen städtischen Arbeiten in eigener Regie der Gemeindeverwaltung ausgeführt werden können, hat der eingesezte Ausschuss mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Den Bericht erstattet Stadt. Jacobi (R. L.): Eine im Ausschuss veranstaltete Umschau über die etwa in Betracht kommenden Arbeiten habe ergeben, daß die Bauverwaltung teilweise in Frage käme, dann Straßenpflasterung, Asphaltierung und ähnliches. Die Unterpflasterbahn könne Berlin mit seinen Kräften nicht in eigener Regie bauen. Die Straßenreinigung lasse sich auch für jetzt noch nicht in höherem Grade auf die Stadt selbst übernehmen. Mit der Rechtsabfuhr werde man die Sache noch näher überlegen müssen. Auch im Hochbau habe sich keine Chance ergeben, da der städtische Betrieb teuer und langsamer arbeiten würde. Verstaatlichungen könnten nur aus dem Bedürfnis der einzelnen Deputationen herausgeleitet werden; einige Schritte in der Richtung würden ja einmal zu unternehmen sein. Die Stadt könnte die betreffenden Arbeiter und Handwerker gar nicht dauernd beschäftigen.

Stadt. Pfannkuch (Soz.): Wir haben also doch mit unserem Antrage nicht so ins Blaue hineingeschossen, sondern eine Materie berührt, welche nicht nur zur ersten Beratung gestellt werden muß, sondern auch den Ausschuss zur Anerkennung des Grundsatzes geführt hat, daß man nach und nach immer mehr Betriebe in städtische Regie nehmen könne und müsse. (Widerspruch.) Der Referent hält nur keine gemischte Deputation dafür für notwendig, sondern die Deputationen sollen aus sich heraus die nötigen Anregungen geben, wenn ein solches Vorgehen angezeigt erscheint. Die Straßenpflasterung, das hat man auch zugeben müssen, könnte heute schon unter Umständen in die städtische Regie übernommen werden. Wenn man sich noch dagegen sträubt, so ist uns das sehr verständlich. Ich würde mir auch heute kaum größere Mühe geben, für unseren Antrag noch eine Lanze zu brechen; aber wir haben doch nach außen hin das Deforum der Stadt Berlin zu wahren, nicht immer als die rückständigste Stadt zu gelten. Der Ausschuss ist uns eines, teils entgegengekommen, andere wieder wollten absolut nichts davon hören. Eine Gruppe wollte von Fall zu Fall prüfen; um das zu können, hätten wir es freilich gern gesehen, wenn die Deputationen beraten hätten, welche Arbeitsgebiete schon heute dafür reif sind, in Erträgung gezogen zu werden. Ich habe in achtjähriger Tätigkeit in Deputationen gefunden, daß solche Anregungen von da heraus zu geben, ungemein schwierig ist. Herr Jacobi wird mir das für die Straßenreinigungsdeputation bezeugen. Die Initiative geht viel besser von der Versammlung selbst aus. Im Ausschuss wurde uns dargelegt, wie weit wir in der Kommunalisierung der Arbeiten schon gediehen sind. Hoch- und Tiefbau sollen sich dafür nicht eignen, weil die verschiedenen Abteilungen der Bauausführung zu kompliziert seien. Daran hat auch niemand von uns von vornherein gedacht, daß jeder Bau fix und fertig in städtischer Regie hergestellt wird. Herr Goldschmidt meinte, wir haben in der städtischen Verwaltung nicht den Verus, zu experimentieren. Das ist nur sehr bedingt richtig. In der Submissions haben wir die trefflichsten Untersuchungen gehabt, die Ringe machen die größten Schwierigkeiten, die Firmen außerhalb des Ringes bleiben oft unglaublich hinter ihren Forderungen zurück. Bei der Vergabe an Unternehmer wird man also nicht immer besser fahren als in städtischer Regie. Herr Goldschmidt versprach sich alles von der freien Konkurrenz. Das stimmt ebensowenig, wie ein Fall aus der Lichterberger Gemeindeverwaltung, wo es sich um die Kanalisation handelte, besonders drastisch beweist. 400 000 Mark waren das Angebot; dabei waren 25 Proz. Unternehmergewinn in Rechnung gestellt! Bald nachher stellte die Firma eine andere Rechnung auf, die einen weiteren Preisausschlag von 132 000 Mark enthielt!! Solche Dinge passieren bei den Submissionen. Ist das noch ein zutreffendes Äquivalent für die intellektuellen Aufwendungen des Unternehmers? Da stelle man doch lieber städtische Beamte an und kontrolliere gründlich, dann kommt die Kommune doch viel günstiger weg. Daß die weitere Ausdehnung der städtischen Regie die Arbeiter in größere Abhängigkeit von der Stadt bringt, davon brauchen wir uns in Berlin nicht zu fürchten. Wir in der Versammlung würden doch wohl Manned genug sein, solchen Gesäften energisch entgegenzutreten. Auch die städtischen Betriebe sollten doch zu Musteranstalten ausgestaltet werden. Auch wir haben nicht sofort und nicht alles auf einmal alles verstaatlichen wollen; das ist Sache der Entwicklung. Im Hoch- und Tiefbau würden übrigens die Arbeiter das ganze Jahr Arbeitsgelegenheit haben. Daß man sich einig war, eine gemischte Deputation abzulehnen, ist traurig, denn die Anregungen, die aus den Deputationen kommen, bringen die Stadt auf dem sozialen Wege kaum vorwärts. Mit dem neuen Direktor der Straßenreinigung ist ein neuer frischer Zug in diese Verwaltung hineingekommen, und der Gedanke der Ausführung von Arbeiten in städtischer Regie hat bei ihm fruchtbareren Boden gefunden; aber besser wäre es doch, wenn man auf dem Wege unseres Antrages verfahren wäre. Wir bedauern, daß das diesmal nicht zu erreichen war.

Weiter wird aus der Versammlung das Wort nicht genommen. Der Referent sucht namentlich die Angaben Pfannkuchs in bezug auf das Submissionswesen zu widerlegen.

Der Antrag Azons wird abgelehnt. Der Antrag Barth betr. die Ueberwachung der Zahnpflege der Schulkinder wird von der Tagesordnung für heute abgelehnt.

Für die Neubefugung des Amtes des Stadtbaurats Dr. Hoffmann (Ablauf der Wahlzeit 1. Oktober 1908) wird ein Ausschuss niedergesetzt, dem auch die Vorbereitung der Neuwahl für den kürzlich verstorbenen Stadtrat Schäfer übertragen wird.

Die Vorlage betreffend Festsetzung einer neuen Bauflughlinie für die Nordseite der Invalidenstrasse zwischen dem Vorplatz des Stettiner Bahnhofs und der Chausseestrasse wird ohne Debatte angenommen.

Schluss 10 Uhr.

Regelung, die dem Arbeiter belasse, was durch seine eigenen Beiträge verdient sei, entspreche durchaus der Gerechtigkeit. Der Hinweis auf andere Kommunen verfolge nicht, weil diese zum Teil viel geringere Ruhegehälter gewährt. Ueber das Vorgelegene könne der Magistrat nicht hinausgehen.

Stadt. Ullstein (Soz. fortsch.): Der allerdings nur mit einer Zufallsmehrheit angenommenen Ausschussantrag hat mich sehr gereut; ich glaube auch nicht, daß er den geleisteten Widerstand verdient. Mit dem Ruhegehalt allein wird ein Arbeiter selten auskommen können. Der Hinweis, daß die Hälfte der Beiträge von der Stadt getragen wird, trifft ja nicht zu, weil die Arbeiter doch sehr vielfach sich in anderer Beschäftigung als bei der Stadt die Invalidenrente verdient haben. (Beifall.)

Stadt. Robleser: Mit großem Fleiß hat der Magistratsvertreter die Orte angeführt, wo weniger als in Berlin gezahlt wird. Ich wiederhole, es handelt sich hier nicht um ein hohes Ruhegehalt, sondern um ein solches, daß die Leute nicht gerade Not leiden müssen. In den meisten Fällen wird es unzureichend sein. Die Behauptung, daß die Stadt selbst die Hälfte der Invalidenbeiträge geleistet hat, ist ja eben schon als unhaltbar abgewiesen worden. Es ist ein komisches Spiel, wenn schließlich die Leute doch auf die Armenpflege angewiesen werden; es kommt doch alles aus demselben Topf.

Stadt. Sonnenfeld (R. L.) tritt für die Magistratsvorlage ein. Der Kostenpunkt dürfe nicht übersehen werden, man dürfe nicht sprungweise vorgehen; die Lage der städtischen Arbeiter sei von Jahr zu Jahr gebessert worden. Die Rechtsprechung über die Anrechnung der Renten habe sich ja wiederum geändert, aber deshalb brauche man von Stadtwegen nicht von den als richtig erkannten Grundätzen abzugehen.

Der Referent: Der Ausschuss hatte sich bemüht, ein möglichst vollkommenes Werk zu liefern. Ich würde es sehr schmerzlich empfinden, wenn Sie noch weitere Einzelheiten abschmähen sollten. Der Kostenpunkt kommt doch nur sehr nebensächlich in Frage.

Auch hier wird der Ausschussantrag von der Mehrheit verworfen, die Fassung des Magistratsentwurfs angenommen, ebenso ohne Diskussion der Rest der Vorlage, und schließlich diese einstimmig im ganzen.

Der Magistrat überreicht den Statutenentwurf eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden und erucht um die Ermächtigung, auf Grund des Entwurfs Verträge mit diesen Gemeinden abzuschließen. Die Spitze des Zweckverbandes richtet sich bekanntlich gegen die „Große“ und ihre Affilierten.

Ein Antrag Rosenow (R. L.) wünscht Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern; dasselbe beantragt Stadt. Stapp (R. L.).

Stadt. Gassel (R. L.): Aus der ausführlichen Darstellung der Geschichte der letzten zehn Jahre unseres Verhältnisses zu der „Großen“ geht unwiderleglich hervor, daß die Absicht war, 1919 das Unternehmen auf die Stadt zu übernehmen. Den Vorortgemeinden sollte jede Rücksicht dabei zuteil werden. Wie sich die Entwicklung auch gestalten wird, wir kommen zu einer befriedigenden Lösung der ganzen Frage nur durch einen Verkehrsverband mit den Vorortgemeinden. Bedenken über Einzelheiten sind aber nicht wenig vorhanden; und bei einer so bedeutsamen und neuartigen Materie ist Ausschussberatung wohl nicht zu umgehen, aber sehr wohlwollende Erwägung gleichfalls angezeigt. Wir müssen zeigen, daß wir trotz aller Differenzen im einzelnen einen gemeinsamen Interessensstandpunkt auf diesem Gebiete durchaus zur Geltung bringen wollen.

Stadt. Kommissen: Wir hätten lieber gesehen, wenn sofort die Annahme erfolgt wäre; wir widersprechen aber dem Antrage nicht. Auch wir wünschen möglichst wenig Änderungen, damit ein baldiges ersprießliches Zusammenarbeiten ermöglicht werde.

Stadt. Singer (Soz.): Wir erkliden in dieser Vorlage des Magistrats den ersten Schritt zu einer Maßnahme, die wir ja seit langen Jahren gegenüber der Ausschließlichkeit der Eingemeindung der Vororte als die einzig mögliche bezeichnen haben. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß dieser Ausschließlichkeit gegenüber die Notwendigkeit, bestimmte kommunale Gebiete gemeinsamer Arbeit zu erschließen, von Jahr zu Jahr steigt. Die Gründung dieses Zweckverbandes hätte sogar schon eher in Angriff genommen werden müssen. Der Zweckverband soll, das ergehen ja die Verhandlungen der letzten Jahre zur Evidenz, eine Vereinigung der Vorortgemeinden mit Berlin bilden, um den Anstrengungen der „Großen“ Berliner Straßenbahn, den Verkehr von Groß-Berlin zu monopolisieren, einen Damm entgegenzusetzen. Die nicht ungeachtete Politik der „Großen“, das divide et impera, muß durch ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen beseitigt werden. So sehr wir anerkennen, daß durch diesen Zweckverband auch die Vorortgemeinden in der Regelung ihres Verkehrswezens bedeutende Vorteile haben und Fortschritte machen werden, der Hauptvorteil fällt doch der Gemeinde Berlin zu. Nur das Verkehrsorgan dieses Zweckverbandes wird der „Großen“ nach Möglichkeit ein Paroli bieten. Natürlich können wir nicht eine Panneille um Berlin erreichen, wir könne keine Verkehrsanlagen in Berlin haben, die nicht in die Vororte hinausgehen; aber weil das so ist, muß ein Zustand geschaffen werden, wo die Gemeinsamkeit der Interessen das treibende Element ist. Da Berlin in diesen Fragen von der Aufsichtsbehörde behandelt worden ist, wie es eigentlich nicht für möglich hätte gehalten werden sollen, da die „Große“ die Unterstüfung der Behörden erhalten hat, um Berlin alle möglichen Schwierigkeiten zu machen, so müssen wir die Vorortgemeinden an unserem Verkehrswezen direkt und durchweg interessieren, weil wahrscheinlich dieses selbe kommunale Auftreten der Behörden auch den Vorortgemeinden gegenüber platzgreifen wird. Erfreulicherweise sind grundsätzliche Bedenken gegen den Zweckverband auf keiner Seite der Versammlung vorhanden. Gegen den Antrag auf Ausschuss kämpfte ich nicht, obgleich materiell aus der Ausschussverhandlung nichts herauskommen kann. Die Vorortgemeinden werden ihre Interessen natürlich in dem Zweckverbande auch wahrnehmen; die rauhe Wirklichkeit liegt doch so, daß zunächst gegenwärtige Interessen vorhanden sind. Bei der Gründung des Verbandes wird also abzuwägen sein, wo das Gemeinsame überwiegt ist, das Spezialinteresse im Einzelfall zurückgestellt werden kann. Die Vorlage ist in diesem Punkte sehr sorgfältig begründet und vorbereitet; der Ausschuss wird da schwerlich etwas ändern können. Die Bedenken gegen das Stimmverhältnis müssen zurücktreten; der Zweckverband soll doch nicht von vornherein Kampf bedeuten. Die Konsequenz, daß Berlin auch einmal überstimmt werden kann, braucht nicht graulich zu machen; in solchen Verbänden wird man überhaupt nicht Mehrheitsbeschlüsse mit 1 oder 2 Stimmen fassen, sondern die gegenseitigen Interessen werden eben gegen einander auszugleichen sein. Welches Chaos würde entstehen, wenn jede Gemeinde, die doch ihre Zustimmung geben muß, ihre Zustimmung von den und den Forderungen abhängig machen würde! Solche Statuten müssen vom Standpunkt des großen Ganzen betrachtet werden. Ich wünsche, daß der Ausschuss das Werk möglichst gut und möglichst schnell zum Wohle Berlins und der Vorortgemeinden fertigstellt. Je schneller wir zustimmen, desto schneller werden die Vororte nachkommen und die Sache selbst in Angriff genommen werden können. Das Polizeipräsidium ist ja, was unser Verhältnis zu den Staatsbehörden betrifft, fast immer nur der Briefträger höherer Instanzen, aber in diesem Falle sollte man doch endlich einmal ein Einsehen haben, den wiederholten Anstrengungen Berlins und seiner Verkehrsdeputation nicht mehr entgegenarbeiten und endlich einmal die Pläne Berlins auf dem Verkehrsgebiete zur Ausführung gelangen lassen. Wenn man z. B. an die städtischen Wärbahnen usw. denkt, wo die Pläne Monate und Monate in Bureau begraben liegen, dann kann uns ja ein Grauen ankommen, wenn wir an den Zeitpunkt der Fertigstellung denken. Je entschlossener Berlin an die Spitze der Bewegung tritt, desto mehr tritt die Gefahr zurück, daß die Verkehrsverhältnisse, statt gefördert, weiter gehemmt und künstlich zurückgehalten werden. (Beifall.)

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inscatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

81. Sitzung. Donnerstag, 16. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Schön.

Der Präsident teilt mit, daß der Abg. Fürst zu Inn- und Ruppshausen gestorben ist. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die Verträge zwischen Deutschland und Belgien sowie zwischen Deutschland und Italien betz. den Schutz an Verleumdung und Kunst und an Photographien werden in dritter Beratung debattiert angenommen. Ebenso die Handels- und Schiffsabereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und Montenegro.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Sedda und Genossen (Polen) betz. die preussische Enteignungsvorlage gegen die Polen.

Staatssekretär v. Schön verläßt den Saal.

Abg. Hecker (fr. Vg.): Der Entwurf der preussischen Regierung sündigt gegen den ehrernen Satz der Verfassung: Jeder Preuze ist vor dem Gesetze gleich. Ebenso verstößt er gegen Artikel 9 der preussischen Verfassung, wonach das Eigentum unverleßlich ist. Der preussische Ministerpräsident hat durch seine Behauptung im Abgeordnetenhaus, daß die Mehrheit der Deutschen hinter dem Entwurf stehe, selbst zugegeben, daß es sich um eine deutsche Frage handelt. In der Tat verleiht der Entwurf auch die Reichsverfassung, nach deren Artikel 4 alle Angehörigen der verschiedenen Bundesstaaten bei Erwerb, also doch wohl auch bei Verlust von Grundbesitz gleich behandelt werden sollen. Einen Gesetzesentwurf, der die ostpreussischen Großgrundbesitzer enteignen wollte, um das Land mit Bauern zu besiedeln, würde ich ebenso entschieden bekämpfen. Wollte man alle Polen enteignen, so wären dazu Milliarden nötig. Das tut man nicht, man macht also einen Versuch mit untauglichen Mitteln, der eine maßlose Erbitterung hervorruft, auch bei unseren österreichischen Bundesgenossen, die doch zur Hälfte Slaven sind. Ich hoffe, daß das preussische Herrenhaus sich als der ruhende Pol in der Erscheinung erweisen und die Vorlage ablehnen wird. Es wird dann eine große und wertvolle Mission für Preußen erfüllen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe auch auf den deutschen Reichstagsler. (Schallende Heiterkeit bei der äußersten Linken.) Er ist ein liberaler, freiheitlicher, moderner Geist. (Wiederholtes stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren! Ich spreche im Ernst. (Andauerndes wiederholtes Lachen.) Es kommt noch ein Relativsatz. Ich spreche von dem Geiste, der bei der Hland-Bismardrede hier einen so warmen bereiten Ausdruck gefunden hat. Ich möchte hoffen, daß dieser Geist sich mit dem preussischen Ministerpräsidenten paaren wird, (anhaltendes stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum) und daß die konservativ-liberale Paarung ihre segensreichen Wirkungen auch auf die Blockpolitik ausüben wird. Dann muß dieser Gesetzesentwurf fallen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Herr Abg. Hecker hatte es notwendig, dreimal zu wiederholen, daß er im Ernst spräche, als er sagte, er setze seine Hoffnung auf den Reichstagsler Wilow. Andere Leute in diesem Hause haben es nicht geglaubt, daß Fürst Wilow nach seinem Verhalten plötzlich in die Arme des Herrn Hecker sinken wird. (Heiterkeit.) Die Vertreter des Bundesrats haben gestern abermals das alte, nicht mehr schöne, aber sehr bequeme Verhalten eingeschlagen, bei Fragen, die das Reichsinteresse auf das tiefste berühren, sich durch ihren Weggang der Verantwortung zu entziehen. Die Gründe, welche der Herr Dr. Rieberding dafür anführte, daß die Enteignungsgesetze zur Zuständigkeit der Landtage gehören, zeigen zunächst nur die Auffassung der Herren von der Regierung. Aber selbst, wenn der Satz an sich richtig wäre, so wäre doch bei jedem Gesetz zu erwägen, ob nicht durch die spezielle Art seiner Anwendung andere Gesetze verletzt werden. Und da nicht bloß eine Partei dieses Hauses, sondern die Mehrheit offenbar der Ansicht ist, daß allerdings durch das Verfahren der preussischen Regierung die Reichsverfassung und Reichsgesetze verletzt werden, so war der Bundesrat verpflichtet, Auskunft zu geben, selbst wenn er seinen Standpunkt innehalten wollte. Das Verfahren der Reichsregierung durchbricht direkt das parlamentarische

System. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das parlamentarische System ist doch die Anwendung des kontradiktorischen Verfahrens auf die politischen Körperschaften. Die Reichsregierung hat uns aber einfach wie eine fremde Macht behandelt. Wie der Diplomat wohl zu dem Vertreter einer anderen Macht sagt: diese Angelegenheit geht dich nichts an, es handelt sich hier um meine eigene Angelegenheit, so verfährt der Bundesrat gegenüber dem Reichstag. (Zustimmung links, Lachen rechts.) Dieses Verfahren stört die Grundlage des parlamentarischen Systems überhaupt, und auch die Herren von der Rechten sollten mit uns darauf dringen, daß die Regierung Rede und Antwort steht.

Daß das Verfahren der preussischen Regierung der Reichsverfassung widerspricht, hat bereits Herr Sedda und zum Teil auch der Vordredner bewiesen. Ich möchte ergänzend noch auf ein aufmerksam machen: Die Anwendung des Enteignungsverfahrens bei dieser Gelegenheit führt ein staatsrechtliches Novum in unsere Gesetzgebung ein, das nämlich zum Objekt der Gesetzgebung Bestandteile der Staatswirtschaft in Preußen gemacht werden. Die in keiner fahbaren Weise als Objekt der Gesetzgebung abgegrenzt werden. Es wird das Enteignungsverfahren in bestimmten Provinzen gestattet, innerhalb dieser Provinzen soll es aber nicht all-gemein angewendet werden, sondern lediglich gegen die Polen! Es wird der Ausdruck „Vole“ gebraucht, und der Vole wird zum Objekt einer beliebigen Gesetzgebung gemacht. Es wird also der Verwaltung in Preußen Vollmacht zu schweren wirtschaftlichen Eingriffen in das Privatleben der Polen gegeben. Was nun ein Vole ist, ist im gewöhnlichen Leben jedem geläufig, aber staatsrechtlich, verfassungsrechtlich ist dieser Begriff noch niemals in die Gesetzgebung hineingetragen. Er hätte einer Definition bedurft. (Sehr richtig! links.) Dieser Definition, die sehr schwierig ist, hat die preussische Regierung sich entschlagen. Sie begnügt sich mit allgemeinen Sentimenten. Ich will nur auf ein Analogon auf einem anderen Gebiete der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung hinweisen, auf das Gewerbe-gesetz. Die Begriffe „Fabrik“ und „Handwerk“ sind im Wirtschaftsleben durchaus geläufige Begriffe. Sowie man aber daran ging, sie in die Gesetzgebung hineinzutragen, mußte man sie definieren, und das zeigte sich sehr schwierig. Man hat nur schematische Grenzen zwischen der Fabrik und dem Handwerk gezogen, aber man hat doch den Begriff Fabrik definiert. Hier jedoch wird der Begriff „Vole“ in die Gesetzgebung hineingetragen, ohne daß auch nur versucht wird, zu definieren und rechtlich festzustellen, was darunter zu verstehen ist. Als Vole wird einmal aufgefaßt, wer die polnische Sprache spricht. Aber selbst das ist in diesem Falle eine nicht scharf gezogene Grenze, bei manchen Familien bleibt das zweifelhaft. Es wird noch ein anderes hineingezogen: die Gesinnung. Die Rasuren, die nur ein polnischer Volkstamm sind, sollen nicht von dem Gesetz betroffen werden. Man will auch in Ostpreußen und Posen nicht alle polnisch Sprechenden in die Enteignung hineinziehen, sondern man hat die Gesinnung in das Gesetz hineingezogen. Aber bei dem Sozialistengesetz hat man wenigstens das Bekenntnis zu einer bestimmten Partei zum Objekt der Gesetzgebung gemacht, bei den Gesetzen gegen die Katholiken das Bekenntnis zu einer bestimmten Konfession. Hier dagegen wird einfach einem Teil der polnisch Sprechenden Leute eine bestimmte Gesinnung untergeschoben, noch dazu eine Gesinnung, gegen die sie sich ausdrücklich verwahren, und gegen diese richtet sich das Gesetz. Das ist das Novum der Gesetzgebung, welches direkt der Reichsverfassung widerspricht. (Sehr richtig! links.)

Die Reichsverfassung gestattet nicht, daß Angehörige des Reiches auf Grund ihrer Muttersprache oder auf Grund angeblicher Gesinnung zum Objekt eines Ausnahme-gesetzes gemacht werden. Das Deutsche Reich ist gegründet als ein „Bund zur Wohlfahrt des deutschen Volkes“. Dieser Satz, welcher die polnisch-sprechende Bevölkerung ebenso wie die dänisch-sprechende, französisch-sprechende usw. gegen jede Ausnahme-gesetzgebung schützen soll, ist gerade von den Vertretern der datschischen Auffassung benutzt worden, um die Polen zu Staatsbürgern zweiter Klasse und zum Objekt der Ausnahme-gesetzgebung zu machen. Man sagt, da die Polen polnisch sprechen, erstreckt sich der in jenem Satz verheißene Schutz nicht auf sie. Der Ausdruck „deutsches Volk“ an dieser Stelle und an anderen Stellen der Reichsverfassung hat aber nicht den Begriff, daß es sich um die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sprachgemeinschaft handelt, sondern es ist ein staatsrechtlicher Begriff, der sich auf die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich bezieht resp. auf die Staatszugehörigkeit zu einzelnen Bundesstaaten. (Sehr richtig! links.) In der preussischen Ver-

fassung wird in analoger Weise stets der Ausdruck „Preuze“ gebraucht. Es ist noch niemals jemand eingefallen, zu behaupten, daß dieser Ausdruck „Preuze“ nur anzuwenden sei auf die deutsch-sprechenden Preußen, vielmehr ist darunter jeder preussische Staatsangehörige verstanden. Nicht wie in dem früheren deutschen Bund stehen die Provinzen Preußen und Pommern außerhalb der Staatsgemeinschaft, niemals — weder bei der Gründung des Nord-deutschen Bundes noch bei der des Deutschen Reiches — ist davon die Rede gewesen, daß irgend welche Staatsangehörige Preußen nicht zugleich die Stellung vollberechtigter Reichsbürger einnehmen sollten. Die polnisch-sprechenden Preußen sind also genau so voll-berechtigte Reichsbürger wie alle anderen, und auch aus diesem Grunde verstößt die ganze Ausnahme-gesetzgebung der preussischen Regierung wider die Polen, solange nicht die preussische und die Reichsverfassung geändert sind, diese Ausnahme-gesetzgebung, die sie auf Grund ihrer Muttersprache verjagt, gegen den Sinn der Reichsverfassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dieser ganze Versuch der Verfolgung einer Sprachgemeinschaft hängt zusammen mit der ganzen ungesunden Auffassung des Nationalitätsgedankens durch Chauvinisten und Datschisten. Gerade in Ungarn versucht man gegen die siebenbürger Deutschen mit genau derselben Brutalität mit Enteignungen vorzugehen, nur nicht in demselben Umfange wie in Preußen gegen die Polen. Unsere Nationalisten werden es eines Tages erleben müssen, daß die magyarische Majorität sich gegenüber den versprengten Resten der Deutschen auf den „modernen Staatsmann“ Fürsten Wilow und die Antipolenpolitik der preussischen Regierung beruft, und dann werden unsere „Patrioten“ nichts einwenden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun gebe ich mich ja durchaus nicht der Hoffnung hin, daß die rechtlichen Ausführungen, die die Abgeordneten Sedda, Hecker und ich gemacht haben und Graf Kompeck wenigstens berlesen hat, irgend einen Eindruck auf die Nachhader und die herrschenden Klassen Deutschlands machen werden. Rechtlichen Erwägungen sind diese Herren stets unzugänglich, darüber lachen sie nur. Wir werden sie also durch unsere Ausführungen nicht überzeugen, aber wir machen diese, um an die öffentliche Meinung Deutschlands und an alle rechtlich denkenden und ehrenhaften Männer in der ganzen Welt zu appellieren, damit sie ihre Stimme erheben zum Protest gegen dieses vertrackte System. (Wrao! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Sachlage ist es vollkommen verständlich, daß die konservative Partei sich den Erörterungen über die Rechtsfrage überhaupt entziehen hat. Was bei solchen Erörterungen für sie herauskommen könnte, hat ihr ja der Versuch des Abg. Sieg gezeigt, die Ausnahme-gesetzgebung mit rechtlichen Gründen zu stützen. Der Abg. Sieg machte den Eindruck eines Mannes, der in den Mistkorn geraten ist und, vom Strubel fortgerissen, in seiner Verzweiflung nach jedem Strohhalm greift. (Heiterkeit.) Ich habe es in meiner parlamentarischen Erfahrung noch nicht erlebt, daß sich ein Abgeordneter in so ungeheuerliche Widersprüche verwickelt hätte wie gestern der Abg. Sieg. Einmal sprach er von seiner Liebe zur Scholle. Die hat ihm ja niemand bestritten; aber dann sollte er doch einen gewissen Respekt vor der Liebe anderer Leute zur Scholle haben. Herr Sieg prophezeite, daß die Polen mit größter Freude die Gelegenheit ergreifen würden, ihre Güter zu verkaufen und wegzuziehen. Das steht in ausdrücklichem Widerspruch zu der Begründung der Regierungsvorlage, die das Enteignungsverfahren gerade deshalb für notwendig erklärt, weil die polnische Bevölkerung in ihrem Heißhunger nach Land jeden Preis anlege, um nur ein Stückchen Boden zu erwerben! Schließlich stellte Herr Sieg hochpolitische Erwägungen an. Man hätte glauben können, Fürst Wilow und der Kriegsminister hätten ihm eigens beauftragt, die wichtigsten militärischen Geheimnisse in die Bagchale zu werfen, um eine verlorenere Sache zu retten. Um die Sieghafte Logik (Heiterkeit) völlig zu ergründen, mußte man wirklich längere Jahre in Siegburg gefesselt haben. (Große Heiterkeit.) Hätte Herr Sieg recht mit den Kriegsgefahren, die er sich vielfach von einem Siegfelddebel der Akerde hat einteden lassen (Heiterkeit), was für Wirkung könnte dann die Ansiedelungsabelle haben, die 70 000 Dektar polnischen Grundbesitzes in deutsche Hände überführen will? Könnte das etwas ändern an der Dynamik der Volkskräfte, die gegeneinander ausgespielt werden, oder an der Zusammensetzung der Bevölkerung der Provinzen? Ein paar tausend Polen kann man ja enteignen und dafür ein paar tausend Deutsche hinschicken. Aber man kann doch nicht alle Polen aus Westpreußen und

Kleines feuilleton.

„Wie ich fliegen lernte“, unter diesem Titel gibt jetzt Henry Farman selbst, der Gewinner des Deutsch-Archdeaconpreises, der am Montag als erster mit seiner Flugmaschine einen Kreis von einem Kilometer fliegend zurückgelegt und damit die Flugmaschinenteknik um einen großen Schritt vorwärts gebracht hat, in einem englischen Blatte eine fesselnde Schilderung der zahllosen Versuche, die ihn schließlich zu seinem Erfolge führen sollten. Erst als ich Santos Dumonts Experimente sah, begann ich mich ernsthaft mit Flugapparaten, die schwerer als die Luft sind, zu beschäftigen. Sofort begann ich mit der Konstruktion von kleinen Modellen, die ich in meiner Werkstatt fliegen ließ. Viele von ihnen arbeiteten im geschlossenen Raum ausgezeichnet, allein sobald ich sie ins Freie brachte, versagten sie. Ich wählte schließlich die besten Modelle und nach allerlei Änderungen und Ergänzungen stellte ich sie in größerem Maßstabe fertig. Mit diesen experimentierte ich dann und ließ sie von einem etwa 80 Meter hohen Hügel herabfliegen. Die Modelle hatten Ausmaße von 2-2 1/4 Meter. An allen möglichen Stellen befestigte ich an ihnen Gewichte, um das Gravitationszentrum zu ergründen. Endlich gelang es mir, einen meiner Modellapparate mit einem Ballast von 10 Pfund die 80 Meter herabfliegen zu lassen. Jetzt entschloß ich mich zur Konstruktion einer großen Maschine, die auch einen Motor tragen sollte. Die erwählte Form beruhte auf demselben Prinzip, mit dem Santos Dumont seine Erfolge erzielte, der einzige, der sich bisher aus eigener Kraft vom Boden zu heben mochte; es ist die Stabzylinderform. Die Maschine ward vollendet, der zwei Zentner schwere Motor eingelegt und ich brachte den Apparat ins Freie, um den ersten Versuch zu machen. Alles in allem wog er zehn Zentner; aber ich war voller Hoffnung. Doch ich sollte bald enttäuscht werden. Denn meine Maschine glitt zwar mit rasender Schnelligkeit über den Boden hin, aber sie weigerte sich hartnäckig, Mutter Erde zu verlassen. Es folgten drei Wochen der Umänderungen. Mehrere Male in dieser Zeit wagte ich neue Versuche; alle ergaben negative Resultate. Wieder ein Monat der Änderungen folgte. Schließlich unternahm ich eines Morgens einen neuen Versuch. Der Apparat erhob sich vom Boden und es gelang mir, in der Luft einige hundert Meter zurückzulegen. Ich vermochte eine ruhige fliegende Bewegung zu erreichen und mich dabei etwa zwei Meter über dem Erdboden zu halten. Nach zwei oder drei Flügen fühlte ich mich in der Luft so sicher wie auf einem Fahrrad. Aber nun harrten noch zwei entscheidende Fragen der Lösung. Ich konnte nun wohl aufsteigen und mich wieder lenken, allein ich konnte nur in gerader Linie fliegen; es galt das Wenden zu lernen und die Bewahrung des Gleichgewichts in den Lücken. Ich weih nicht mehr, wie ich zur Lösung kam, Tag für Tag mit dem Morgenrauen war ich in meinem Schuppen und zahllose Experimente mit dem Steuer und den Schrauben folgten einander. Die Schwierigkeit des Wendens wurde überwunden, aber noch lange hatte ich zu arbeiten, um die genaue Niederstellung zu erlernen. Aber es bleibt noch das schwierigste Problem ungelöst: das des Gleichgewichts. Die

Frage ist äußerst kompliziert. Der Radfahrer hat es nur mit rechts und links zu tun, auf dem Aeroplan aber gilt es noch Vorwärts-sprünge und das Rückwärts-gleiten zu meistern. Und das ist noch nicht alles; denn außer in diese vier Richtungen kann das Aeroplan einen plötzlichen Sprung machen oder einen scharfen Winkel beschreiben und der Fahrer muß mit scharfer Geistesgegenwart seine Bewegungen genau abwägen. Ich bin daher auch überzeugt, daß heute nur wenige imstande sein würden, eine Schwere-als-die-Luft-Maschine zu steuern. Der Aeroplan steht noch in seiner Kindheit und wird wohl noch einige Zeit eine Sport-bekämpfung bleiben, wenigleich ich die Zeit schon voraussehe, da Aeroplanomobile in fünf Stunden von Paris nach London reisen werden. Ich selbst hoffe innerhalb der nächsten zwei Jahre von Paris nach Nouen in sechzig Minuten fliegen zu können.

Musik.

Im Jahre 1900 erlebte zu Paris der „Musik-Roman“ von Gustave Charpentier: „Louise“ seine erste Aufführung. Es war ein Stück Leben und Weltanschauung des literarischen Eigenmerkmals, der „Vohhne“, was da auf die Opernbühne gedruckt wurde — eine der immer noch wenigen Opern, in denen Menschen unserer Zeit ihre ersten Schicksale abwickeln. Einige Jahre später kam das Werk auch zu uns und wurde im alten Opernhaus mit großem, doch ansehnend nicht nachhaltigem Erfolg aufgeführt. Nun hat sich des Wertes unsere „romische Oper“ bemächtigt und am Mittwoch unser Urteil von damals bestätigt.

Weit über der Handlung des Stückes (die Arbeiterkinder lebt einen Bohemien, brennt mit ihm durch, wird zurückgeholt und schließlich doch wieder hinasgeworfen) steht das sogenannte Milieu. Tausend Farbenfleckchen werden aufgeboten, um das halb nebelige und bald lichtstrahlende, alles verblüffende Paris zu schildern. Das gab wohl auch jetzt den besonderen Anlaß, das Stück hervor-zuziehen. Wir kennen die Farbentöne und Tonfarben, mit denen in der komischen Oper derartige Effekte wirkungsvoll gemacht werden; wir kennen die scharfe Charakterisierung, die dort aufgeboten wird, aber bei all der Künstlichkeit meistens zu einer ewigen Unruhe und Rappellei führt.

Die Aufführung war von Direktor Hans Gregor eigens eingerichtet; worin aber die Veränderungen gegen früher bestehen, ist nicht leicht herauszubekommen, da weder die früheren, noch die neueren Textbücher zu haben waren, und da der gesungene Text auch nicht immer verständlich wurde. Das Orchester leistete unter Giffro Lang o viel Gutes, ging aber an den stärkeren Stellen so rüchrichtlos ins Zeug, daß die Sänger ihr Keufertes für diesen Wertstreit aufbieten mußten und dabei doch nicht voll zur Geltung kamen. Dadurch wurden die von Hans nicht ablen Gelang-leistungen stark beeinträchtigt. Zu all dem kam, daß die Titelpartie einer jüngerer Künstlerin, Henny Linkenbach, anvertraut war, einer inympathischen Sängerin, die für ruhigere Partien wie geschaffen ist, für bewegtere jedoch nicht zureicht. Zahlreiche Sänger und Sängerinnen waren aufgeboten, um die ausgedehnte Gesell-schaft des Stückes vorzuführen. Zeichneten frühere Aufführungen sich durch Entfaltung der Dekorationskunst aus, so war diesmal auch davon nichts Außergewöhnliches zu merken.

Gegen viereinhalf Stunden hielt uns der Abend fest, zumal infolge der schier endlosen Zwischenfälle. Umso süßbarer wurde so das kurzatmige moderner Kompositionswiese. Themen oder Motive kleinsten Umfangs, nur zum Teile plastisch anzuhören, werden durcheinandergeworfen und lassen den Hörer kaum jemals zu den tieferen Atemzügen kommen, ohne die künstlerische Eindrücke schwerlich auf die Dauer nachhalten.

Notizen.

Theater, Musik, Vorträge. Die auf Sonnabend angelegten Premieren sind bis auf die im Neuen Schauspiel-bahse stattfindende Aufführung des Wolfenkräuers sämtlich verschoben worden. — Im Schiller-Theater Charlotten-burg findet am 19. Januar, mittags 12 Uhr, das zweite Sonntagskonzert statt. Im Kammermusikwerken kommen zum Vortrag das Klavierquartett in Es-dur von Mozart und das Klaviertrio in D-moll von Schumann, außerdem Kernersche Lieder in Kompositionen von Schumann. Karten zum Preise von 50 und 75 Pf. — Die Direktion des Schiller-Theaters veranfaßt am Sonntag im Berliner Rathaus einen Fischer-Abend. Im Schilleraal Charlottenburg findet am gleichen Abend ein Schubert-Abend statt. — Ueber „Hamburg und seine Kunst“ spricht auf Veranlassung des Vereins zur Förderung der Kunst im Beschlein-Saal Dr. Scholz. E. Stodhausey wird außer Dichtungen von Dehmel, Falke, Villenron auch weniger bekannte Hamburgische Poeten zum Vortrag bringen. Am Sonntag wird die Veranstaltung in volkstümlicher Weise im Kaiser-Friedrich-Festsaal, Charlottenburg wiederholt.

Theaterchronik. „Erde“, eine Komödie von Karl Schönderr, hatte bei der Uraufführung im Düsseldorf-er Schauspielhaufe wohl wegen des fremden Stoffes und des nicht immer verständlichen Dialekts nur geringen Erfolg. Das wenig handlungsreiche neue Drama des Verfassers, der mit seinem „Sonnenwendtag“ Hoffnungen weckt, gibt kräftige Wirklichkeits-bilder aus dem Familienleben Tiroler Bauern. Die Jungen warten auf den Tod des Alten, der aber wieder gesund wird und ihre Erwartungen gniäht macht.

Der Grillparzerpreis wurde, wie aus Wien gemeldet wird, weder Willenbruch noch Gaushofer verliehen, die die meisten Aufsichten zu haben schienen, sondern an Karl Schnigler. Schnigler hat demnach mit seinem „Zwischen-spiel“, wie die Jury annimmt, das relativ beste und auch auf-geschätzte deutsche dramatische Werk in den letzten drei Jahren ge-schrieben. Denn das machen die Satzungen zur Bedingung der Preisverleihung. Man kann darüber im Zweifel sein, ob der Dichter „Anatols“, der „Siebele“, des „Freiwildes“, des „grünen Kafkas“ und der „lebendigen Stunden“ nicht schon früher einen Preis ver-dienen hätte, im übrigen aber die Wahl billigen. Freilich Schnigler bedarf dieser Aufmunterung, die man's Jüngern besser zugute läme, nicht mehr. Aber das ist ja bei all' unferen Preisen so.

Polen versagen. Oder soll vielleicht Fürst Radziwiłł demnächst von ein paar preussischen Unteroffizieren aufgegriffen und in der Eifel interniert werden, damit er nicht im Falle eines russischen Krieges an der Spitze seiner Freunde mit den Waffen in der Hand gegen Deutschland zu Felde zieht? (Große Heiterkeit.) Den Palastisten kann man freilich alles zutrauen und den Nationalliberalen auch. Den Gedanken der Ermittlung ganzer Völkerteile aus staatsgefährlich durchsuchten Provinzen hat ja schon 1871 der nationalliberale Parteiführer Braun-Biesbaden ausgesprochen, als er vorschlug, die ganze Bevölkerung Elsaß-Lothringens aus Deutschland auszuweisen und deutsche Ansiedler dafür anzusetzen. Der Vater dieses genialen Gedankens ist ja längst gestorben, aber sein Geist lebt noch heute in den Nationalliberalen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese ganzen Versuche entsprechen in keiner Weise dem angeblichen Zweck. Wenn Sie wirklich eine Gefahr für den Staat darin erblicken, daß dreieinhalb oder vier Millionen Polen mit den Verhältnissen in Preußen und Deutschland im höchsten Grade unzufrieden sind, dann erreichen Sie doch nicht, daß die Gefahr, die aus dieser Unzufriedenheit erwächst, beseitigt wird, dadurch, daß diese Leute noch viel unzufriedener werden. Die Erbitterung — darin hat der Abg. Hecker recht — wird dadurch ins Ungemessene gesteigert werden. Es handelt sich nicht nur um das vorliegende Gesetz, es handelt sich auch um

die anderen Ausnahme Gesetze gegen die Polen, um das Ausnahmegesetz, das den polnischen Bauern verbietet, auf ihren Grundstücken Häuser zu bauen, so daß sie Sommer und Winter gezwungen sind, im Planwagen zu hausen. Und selbst dann verbietet die Polizei, angeblich aus hygienischen Gründen, Feuerstellen anzulegen, damit die Leute in die Winterkälte getrieben werden. Der Versuch, die Muttersprache zu extinguieren, gehört auch zu den Ausnahme Gesetzen, die dem Geiste des modernen Staates widersprechen. Selbst das finstere Mittelalter ist in dieser Beziehung viel humaner gewesen. Was erreichen Sie denn mit Ihren Ausnahme Gesetzen? Doch nur, was Sie jetzt beabsichtigen, daß nämlich die Polen geradezu aufgepeitscht werden. Man muß wirklich von allem Rechtsinn, von allem Gemeingefühl gegen andere, von jeder Logik Abstand nehmen, um diese Gesetzgebung zu rechtfertigen oder auch nur zu beschönigen. Das ist aber gerade das Charakteristische, daß die herrschenden Klassen in Preußen durch eine solche Auffassung unter das Niveau der Kulturstaaten sinken. Es ist das eine charakteristische Erscheinung für die Unzivilität, für den Mangel an Noblesse des preussischen Junkertums und der Bourgeoisie, die diesen Handlungsgeboten leitet. Es gehörte zur Ideologie früherer Zeiten, daß der Adel dazu verpflichtet, die Schwachen zu unterstützen und das Unrecht zu bekämpfen. In die Praxis ist diese Ideologie niemals umgeschlagen. Etwas Unzivillicheres als diese länderlichen Verurteile, eine relativ weiche Rinderheit mit draconischen polizeilichen Maßregeln zu bekämpfen, kann ich mir wirklich nicht denken. Es ist das aber eigentlich nicht wunderbar in einem Staate, wo man es erlebt, daß Schulleute mit dem Säbel in der Faust losgelassen werden auf Demonstrationen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun haben sowohl Graf Hompesch wie auch heute der Abg. Hecker geglaubt, gegen uns einen Trumpf auszuspielen zu können, indem sie das Enteignungsgesetz als einen Schritt auf dem Wege zum sozialistischen Staat bezeichnet haben. Graf Hompesch beschränkte sich darauf, dies allgemein auszusprechen, der Abg. Hecker aber in seiner Redewelt (Heiterkeit) knüpfte daran noch die besondere Bemerkung, er müsse sich höchst verwundern, daß wir dieses Enteignungsverfahren nicht billigen, obgleich es doch eine sozialistische Methode sei. (Heiterkeit.) Das zeigt uns, daß beide Herren von den Grundfragen unserer Verfassungen gar kein Verständnis haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was wir erkranken, ist ein Expropriationsverfahren, das mit dem Wesen des Kapitalismus aufträmen soll. Der Abg. Seg hat gestern, wie ein blinder Ochse auch einmal ein Korn findet (Große Heiterkeit), das Richtige getroffen, indem er sagte, unsere ganze Kultur baue sich auf Enteignung auf. Der ganze heutige Kapitalismus beruht auf der jahrhundertlangen Expropriation der Unterdrückten. Die Herren von der Rechten werden jenseitig geschichtliche Kenntnisse haben, um zuzugeben, daß ihr ganzer Grundbesitz das Resultat der Expropriation der Bauern ist. So wie heute die Herren einander einladen, einmal Schwarze zu schicken, so wurden damals Bauern gelegt. Alle Zwangsmassregeln, die der herrschenden Adelsklasse zugänglich waren, wurden benutzt, um die Bauern von Haus und Hof zu treiben. Dies Verfahren kam damals auf, als die Naturalwirtschaft anfangen erlosch zu werden durch die Geldwirtschaft. In derselben Zeit vollzog sich eine andere Expropriation des Grundbesitzes durch die katholische Kirche. Sie hat damals unermessliche Länderstücke in ganz Europa eingekauft. Goethe hat dies ganz treffend gekennzeichnet: „Die Kirche hat einen guten Magen. . .“ Als die Bourgeoisie zur Herrschaft kam, wurde freilich wieder die Kirche expropriert. Das Verfahren fand seinen Abschluß in der französischen Revolution. Es wunderte mich, daß gerade Graf Hompesch eine so merkwürdige Auffassung an den Tag legte. Graf Hompesch ist ein Angehöriger der Aristokratie und wird wahrscheinlich imstande sein, die Tatsache zu bestätigen, daß sehr angesehenen, sehr katholischen Adelsfamilien, Stützen der katholischen Kirche, ihren ganzen Grundbesitz aus billigen Käufen der säkularisierten Kirchengüter zur Zeit der französischen Revolution herleiten. Dieses Expropriationsverfahren wird nun heute auf dem Wege der kapitalistischen Expropriation angewendet, und zwar im Konkurrenzkampf gegen die Polen, die die Regierung selbst mit den 400 Millionen der preussischen Steuerzahler nicht überwinden konnte. Wegen diesen Standpunkt der preussischen Regierung müssen wir uns auf das Entschiedenste verhalten. Wir werden niemals eingreifen können, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht und der wirtschaftlich Stärkere den wirtschaftlich Schwächeren ausbeutet. Das liegt am Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Weil wir überhaupt die Expropriation des einen durch den anderen nicht wollen, weil wir nicht wollen, daß eine kleine Rinderheit allmählich alles in ihre Hände bringt, deshalb wollen wir überhaupt die kapitalistische Wirtschaftsordnung und damit auch das Enteignungsverfahren ein für allemal beseitigen. Wir wollen an Stelle des Expropriationsverfahrens, das zur grausamsten Unterdrückung der Expropriierten führt, die

gemeinsame Wirtschaftsführung des gesamten Volkes bringen. Weil wir dieses Verfahren, dieses Enteignungsverfahren der Schwächeren durch die herrschenden Klassen als eine schreiende Ungerechtigkeit betrachten, die sich in keiner Weise rechtfertigen läßt, weil wir es beurteilen auf Grund unserer demokratischen und sozialistischen Ueberzeugung, bekämpfen wir es, wie wir alle Völkergesetze bekämpfen haben. Wir internationalen Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Mann und jede Frau gleiche Rechte haben. So haben wir auch den Grund, daß jedes Volk für seine Sprache selbst entscheidend sein, daß es seine Geschichte in eigene Hände nehmen soll.

Wie wir die Unterdrückung des Einzelnen im kapitalistischen Staate bekämpfen, so bekämpfen wir auch die Unterdrückung ganzer Völker. Und wenn der von Ihnen so gehobte Zukunftsstaat einmal in Deutschland und Europa zur Herrschaft kommen sollte — ich wünsche Ihnen, daß Sie das alle noch erleben — (Große Heiterkeit), wenn das eintreten sollte, dann können Sie sich darauf verlassen, daß die nationalen Feindschaften vollständig verschwinden würden, weil die

nationale Gleichberechtigung aller Völker

zu den Grundfragen des Sozialismus gehört. Nur in einem Punkte haben die Herren Hompesch und Hecker Recht, darin nämlich, daß das Verfahren gegen die Polen nur von Sozialdemokraten mißbilligt kann. Noch immer hat jede Partei, jeder Feind, jede Brutalität der herrschenden Klassen überall der sozialistischen Bewegung genügt, und zwar deshalb, weil die Sozialdemokratie gegen jede Brutalität auftritt. Wenn wir nach der Methode des Herrn Hecker verfahren wollten, würden wir den St abfagen, auf dem wir sitzen. In den wirtschaftlichen Verhältnissen, in den politischen Machtverhältnissen beruht die Macht der

herrschenden Klassen. Hierzu gehört auch der Nimbus, den die Regierungen aller Länder bemüht sind, sich als strahlende Krone auf Haupt zu setzen. Der Nimbus, daß sie mit ausgleichender Gerechtigkeit über den Volksklassen stehen, daß gleiches Recht für alle gilt. Nun sind die Handlanger des Kapitalismus dabei, diesen Nimbus zu zerstören, weil sie jede Achtung und das Vertrauen zur Gerechtigkeit der preussischen Regierung vollständig vernichten. Dadurch untergraben sie das Fundament des Kapitalismus überhaupt, dadurch untergraben sie auch ihre eigene Macht und bereiten dem Sozialismus nur einen früheren Sieg. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Böhme (wirtsch. Vg.): Herr Ledebour zu antworten, wird sich eine andere Gelegenheit ergeben. Aber wundern muß man sich, wenn man die Sozialdemokratie über brutale Gewalttätigkeit des preussischen Staates reden hört. Was Sie lernen in Ihren sozialistischen Gewerkschaften an Terrorismus (Stürmische Laichen bei den Sozialdemokraten), ist zu bekannt, als daß Sie es durch Schreien aus der Welt schaffen könnten. Haben doch janatische Angehörige der sozialistischen Gewerkschaften ihren eigenen christlichen Vater überfallen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Flüge.) Die Arbeit, die Preußen für ganz Deutschland geleistet hat, hätte nicht geleistet werden können, wenn die Geschichte Preußens nicht so nach Pulver und Waffen gerochen hätte. (Bravol rechts, stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen das Erbe und die Arbeit unserer Väter in Ostpreußen und Polen retten. Die Polen sprechen von ihrer Loyalität im Jahre 1870, aber sie haben nicht dafür gesorgt, daß diese lokale Gefinnung auch jetzt vorhanden ist. Ihre Geschichte (zu den Polen) ist reich an Aufständen, während Sie Grund haben, dem preussischen Staate dankbar zu sein, besonders der polnische Bauer und Arbeiter, der früher recht und schlußlos der polnischen Schlägta gegenüberstand. Was 1793 zugrunde ging, war die unmensliche Herrschaft weniger Edelleute über das polnische Volk. (Lebhafte sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Solange Polen selbständig war, konnte es nicht den Anspruch erheben, ein Kulturstaat zu sein. (Stürmischer Widerspruch bei den Polen.) Wir müssen dafür sorgen, daß altpreussische Teile nicht wieder zu einem selbständigen Polen kommen. Die Enteignung richtet sich nicht gegen den polnischen Bauer, sondern gegen den polnischen Adel, als eine Strafe dafür, daß er sich der radikalen polnischen Bewegung beugelt hat, anstatt ihr zu widerstehen. Der Verstoßung und den Reichsgesetzen widerspricht diese Maßregel in keiner Weise, die notwendig ist im Interesse des Staatswohls, die auch bereits von Deutschlands größtem Staatsmann, vom Fürsten Bismarck, ins Auge gefaßt war. (Lebhafte Bravo! rechts, lebhaftes Zischen bei den Polen und im Zentrum und links.)

Abg. Fürst v. Radziwiłł (P.): Dem Vortredner will ich den Rat geben, seine geschichtlichen Studien zu vertiefen; (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er ist noch sehr jung! Heiterkeit) dann würde er wohl zu einer anderen Auffassung über die Kulturbedeutung Polens kommen.

Das Deutsche Reich hat sich ein einheitliches Bürgerliches Recht gegeben, als Ausdruck eines gemeinsamen Rechtsbewußtseins. Dieses Rechtsbewußtsein wird verletzt, wenn ein Bundesstaat ein Gesetz erläßt, das den rechtlichen Grundbegriffen aller Kulturvölker widerspricht. Deshalb rufen wir im Reichstag dem deutschen Volke zu: tua res agitur! (deine Sache wird verhandelt.) Als diese Politik vor 20 Jahren inaugurirt wurde, bezeichnete ich sie als einen Einbruch des Vandalismus in die politische Kunst, als das Gegenteil der politischen Moral. (Sehr richtig! bei den Polen.) In der Kulturgeschichte aller Völker ist es unerhört, Staatsbürger, die nicht verbrochen haben, unter Strafe zu stellen, ohne Strafgesetzbuch, ohne geordneten Rechtspruch. Die deutsche Verfassung ist entstanden, als das Blut noch nicht getrocknet war, das der polnische Volkstum auf den Feldern Frankreichs vergossen hat, und da wollen Sie uns einreden, der Ausdruck „deutsches Volk“ in der Verfassung schütze nicht auch die Staatsbürger polnischer Sprache ein! Das glauben Sie sicher selbst nicht. (Sehr richtig! b. d. Polen und Soz.) Politisch werden Sie mit diesem Gesetz nichts erreichen, als eine weltgehende Agitation, die die Kunst zwischen Polen und Deutschen noch erweitern wird. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Görde (nat.) sucht aus der politischen Presse nachzuweisen, daß die Polen nach der Herstellung eines selbständigen Polens streben.

Abg. Delfer (U.): Wir Elb-Bothninger haben Sympathie mit den Polen, schon weil wir eine ähnliche Behandlung erfahren haben. Das legitime Streben nach Erhaltung der Sprache und Nationalität ist mit Ausnahme Gesetzen bekämpft worden. Auch die Diktatur war nichts als ein Ausnahme Gesetz gegen die heiligsten, verfassungsmäßig erwirkten Rechte. Fürst Radziwiłł fragte, ob es jemals einen Kulturstaat gab, wo ohne Urteil, ohne Grund, ohne Appellation einfach durch Dekret des Statthalters jemand ausgewiesen werden konnte. Bei uns war das der Fall. Die Diktatur ist abgeschafft worden gegen den Willen der Rechten, und danach ist Verurteilung eingetreten. (Sehr wahr! bei den U.) So würde auch in Polen Verurteilung eintreten, wenn man aufrichtig mit den Palastisten brechen würde. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn übrigens die Flugblätter, die der Vortredner vorgelesen hat, nicht von Polizeibeamten umhergetragen worden sind, warum ist denn dann der Staatsanwalt nicht eingeschritten? Er ist doch sonst überall dabei! (Heiterkeit.) Unser Untertanenverstand versteht auch nicht die Unterscheidung zwischen polnischem und nichtpolnischem Grundgesetz. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich würde das Wort hier nicht noch einmal ergreifen haben, wenn nicht einer von den Herren, die vollständig vorbeigeredet haben an dem, worum es sich handelt, von den Polen abgesehen wäre zu seinem eigentlichen Geschäft: zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Der Abg. Dr. Böhme hat eine Schauer Geschichte erzählt von zwei Schauerleuten, die den eigenen Vater terrorisiert haben. Diese Geschichte ist im Oktober vorigen Jahres aufgetaucht, und sofort ist in Hamburg, wo die Geschichte passiert sein sollte, von dem Verband der Schauerleute eine Nachforschung veranlaßt worden. Diese hat folgendes ergeben, was sofort in unserer Presse publiziert worden ist. Die beiden verurteilten Schauerleute sind gar keine Sozialdemokraten. Sie sind aber auch nicht gewerkschaftlich organisiert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie gehören weder dem Arbeiterverbande noch einer anderen Arbeiterorganisation an. Den ganzen Schwindel haben sich die Erfinder der Schauerleuten aus den Fingern gelogen. Nun behauptet ich natürlich nicht, daß der Abg. Dr. Böhme derjenige gewesen ist, der sich den Schwindel aus den Fingern gelogen hat, aber die Sache ist seit Monaten widerlegt worden, die Widerlegung ist durch die ganze Presse gegangen, und der Herr Abg. Dr. Böhme, der im Reichstagsbandbuch sich selber kennzeichnet als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), hat jedenfalls die berufsmäßige Aufgabe, die sozialdemokratische Presse nach Hüllen zu unteruchen, die seine Auftraggeber als Nachweis für den Terrorismus der Sozialdemokratie ausbeuten können. Er hätte also aus seiner Berufspflicht von dieser Widerlegung erfahren müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich wage nicht zu behaupten, daß er es erfahren hat (Heiterkeit); jedenfalls hat er hier die ursprüngliche Behauptung wiederholt, und da sie vollständig widerlegt ist, hat er sich damit zum Verbreiter einer längst widerlegten Verleumdung gemacht. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So etwas wundert uns nicht bei einem Vertreter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Bei allen Gelegenheiten, auch wo sie vor Gericht als Zeugen auftreten, haben diese Herren ganz ungenehmliche Behauptungen aufgestellt, mit denen sie allerdings nur sich und ihre Sache geschädigt haben.

Noch ein anderer Herr hat sich gegen die Sozialdemokratie gewendet. Herr Dr. Görde. Auch dieser Herr bezeichnet sich als Mitglied des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Aber er tut noch ein anderes. In diesem Vöcklein mit den säuwarweih-roten Farben kommt nach dieser für die Wit- und Nachwelt höchst wichtigen Tatsache zum Schluß noch der Ausruf: „Kamp f

gegen die Sozialdemokratie“. (Schallende Heiterkeit.) Ich nehme zu seiner Ehre an, — ich habe einen gewissen Respekt vor Oberlehrern — (Heiterkeit) daß er das nicht selber geschrieben hat, aber er hat es doch stehen lassen, und daß er duldet, daß das hineingeschrieben wird, zeugt von einem Mangel von Verständnis dafür, was ein Abgeordneter von sich selber in solchen offiziellen Wörtern sagen sollte. Es ist das ein Zeichen von großer Takt- und Weisheitslosigkeit. (Lebhafte Ironie bei den Nationalliberalen, lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und ich lamm die Herren von der polnischen Fraktion nur beglückwünschen, daß sie zwei solche Herren zu Gegnern haben wie die Herren Dr. Böhme und Dr. Görde. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Potthoff (rel. Vg.): (Die ersten Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverstanden, da der Redner nach rechts spricht.): Bei dieser Enteignungsvorlage handelt es sich nicht um eine allgemeine, alle Staatsbürger gleichmäßig treffende Staatsmaßregel, sondern um eine Maßregel zum Gunsten einer Minderheit, der die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte verfassungsmäßig garantiert sind. Wenn die Polen sich gegen den Staat verzeihen, dann hat man ja das Strafgesetzbuch. (Sehr wahr! links.) Ich möchte auf die Vorlage das Wort Macaulays anwenden: sie ist schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit! (Sehr wahr! im Zentrum, bei den Polen, Sozialdemokraten und Freisinnigen.) Eben als mein Freund Hecker heute zu Beginn der Sitzung noch die Hoffnung auf den liberalen Reichstanzler setzte, hat der preussische Ministerpräsident im preussischen Abgeordnetenhause diese Hoffnung enttäuscht. (Lautes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Die Hoffnungen auf die etwas anormale Paarung (Große Heiterkeit) zwischen dem Geist des Reichstanzlers und dem Geist des Ministerpräsidenten sind vergeblich gewesen. (Erneutes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, den Polen und im Zentrum.) Wenn irgendeine Partei Veranlassung hat, dem Reichstanzler mit Mißtrauen zu begegnen, so ist es der entschiedene Liberalismus. (Erneutes Hört! hört! Bewegung.) Ich kann dem Herrn Reichstanzler die Versicherung geben, daß der größte Teil des Unliberalismus seiner Politik ein ausgesprochenes Mißtrauen entgegenbringt. (Erneute Bewegung.)

Abg. Seyda (Pol): Es hat sich gezeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht hinter der Polenpolitik der Regierung steht. (Lärm bei den Konföderativen, Antisemiten und Nationalliberalen.) Lebhaftes Zustimmung bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Nicht das deutsche Volk trägt — wir konstatieren es mit Befriedigung — die Verantwortung für die Enteignungsvorlage, sondern die Regierung und die Landräte. (Lebhafte Beifall bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Wenn ein Konflikt besteht, so ist er auf beiden Seiten vorhanden, und wer angefangen hat, das ist noch lange nicht sicher. Von Undankbarkeit der Polen kann gar nicht geredet werden; die preussische Regierung hat die politischen Untertanen von jeder von Anfang an ungeredet behandelt, und diese Behandlung hat jetzt zu der unerhörten Enteignungsvorlage geführt. Eine solche Maßregel gegen angebliche Befinnungen kann niemals gerechtfertigt werden. Auch wenn der Entwurf Gesetz wird, werden wir bleiben, was wir sind: Polen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Görde (nat.): Was der Abg. Ledebour von mir anführte, beweist nur, daß ich mich nicht verteidigen will; weiter ist es ein Beweis dafür, wie sehr die Sozialdemokratie den Reichsverband und meine Wirksamkeit fürchtet. (Lebhafte Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung.

Abg. Dr. Böhme (wirtsch. Vg.) (persönlich): Die Tatsache der Widerlegung der von mir erzählten Tatsache war mir völlig unbekannt. Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie war ich nur drei Monate; ich bin es nicht mehr seit dem Januar vorigen Jahres. Selbstverständlich nehme ich die Behauptung des Abg. Ledebour zunächst nicht für richtig an; da aber die Sozialdemokratie stets derartige Behauptungen von sich abzuschnitten sucht, werde ich mich danach erkundigen.

Abg. Ledebour (Soz.) (persönlich): Die Ausführungen des Abg. Dr. Böhme sind insofern erfreulich, als er jetzt den vorhin erhobenen Vorwurf zurücknimmt. Wenn er aber daran die Bemerkung knüpft, daß wir stets derartige von uns abzuschnitten suchen und er sich deshalb danach erkundigen sollte, so liegt darin wieder eine indirekte Verdächtigung, und Dr. Böhme zeigt dadurch, obgleich er seine Verbindung mit dem Reichsverbande gelöst hat, daß er aus seiner Haut nicht heraus kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Rufe: Das ist nicht persönlich! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Im übrigen weis ich nicht, ob ich zu der Aufhebung der Verbindung dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie oder Herrn Dr. Böhme gratulieren soll. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Görde hat sein von mir gekennzeichnetes Verfahren damit zu rechtfertigen gesucht, daß er seine Fahne offen aufsteckt. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Der Verlag hat an die einzelnen Abgeordneten die Bitte gerichtet, sie mögen angeben (Zurufe)

Vizepräsident Dr. Baasche: Das ist nicht persönlich. Abg. Ledebour (fortfahrend): Nach meiner Auffassung widerlegt das, was Dr. Görde anführt, nicht meine Behauptung, daß er Mangel an Takt bewiesen hat. (Unterbrechungen.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie haben nicht das Recht, einem Abgeordneten Mangel an Takt vorzuwerfen. Es wird mir mitgeteilt, daß Sie vorhin schon von Taktlosigkeit gesprochen haben. Mein Vorgänger, Herr Kampff, erklärt, er habe das nicht gehört, sonst hätte er Sie zur Ordnung gerufen. Da Sie jetzt den Vorwurf wiederholen, bin ich doppelt verpflichtet, Sie zur Ordnung zu rufen. (Lebhafte Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Dann will ich also sagen, daß Herr Dr. Görde durch seine jetzigen Ausführungen keineswegs Witz bewiesen hat. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind die Interpellationen betreffend reichsgesetzliche Regelung des Anapppschafswesens. Die Interpellation Behrens und Genossen (Wirtsch. Vg.) fragt an, ob dem Reichstanzler die Schwierigkeiten bekannt sind, die sich bei der Durchführung der Anapppschafswesensreform ergeben haben, sowie ob er die ungenügenden Zustände kennt, unter welchen die Anapppschafswesensreform und die Witwen und Waisen der Anapppschafswesensreform; dringend notwendig ist eine reichsgesetzliche Regelung. (Bravo! bei der wirtsch. Vereinigung.)

Zu ihrer Begründung erhält das Wort Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.). Der Redner bemängelt die Verschiedenartigkeit der Regelung des Anapppschafswesens in den verschiedenen Bundesstaaten. Der moderne Vergleich fordert von dem Bergmann eine erhöhte Anspannung aller Kräfte, daher kommen auch auf 1000 Bergleute 600 Anapppschafsfälle pro Jahr. Die Anapppschafswesensrente beträgt nur 9 M. monatlich; sie wird durch die Anapppschafswesensrente auf vielleicht 27 M. erhöht, aber die Reichsrente fällt wieder weg, sobald der Jubalide sich wieder etwas in der frischen Luft erholt hat. Ganz unzureichend sind auch die Witwen- und Waisenrenten der Anapppschafswesensreform; dringend notwendig ist eine reichsgesetzliche Regelung. (Bravo! bei der wirtsch. Vereinigung.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Interpellationen betreffend reichsgesetzliche Regelung des Anapppschafswesens. 2. Viehschuldengesetz. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Januar, 11 Uhr.
Am Ministerische: Fürst Bismarck, von Arnim, von Moltke, Dr. Bessler.
Präsident v. Arndt teilt mit, daß der Präsident des Herrenhauses, Fürst Kniphausen, heute früh gestorben sei, der das

Präsident des Hauses vier Jahre geleitet hat. (Die Mitglieder des Hauses haben sich erhoben.)

Das Haus erteilt dem Präsidenten die Ernennung, dem König zum Geburtstag die Glückwünsche des Hauses zu übermitteln.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

Mahnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Die Kommission, der die Vorlage zur Beratung überwiesen war, hat im Artikel I § 1 die Erhöhung des der Regierung zur Verfügung zu stehenden Fonds um 200 Millionen Mark vorgezogen, während die Regierung 300 Millionen Mark verlangt hatte. Von den 200 Millionen sollen 75 Millionen zur Regulierung dauerlicher Wälder verwendet werden. — Ferner hat die Kommission dem § 1 einen neuen Absatz hinzugefügt, wonach die Ansiedelung von selbstständigen deutschen Arbeitern auf größeren Rentengütern und auf anderen größeren Gütern durch Prämien zu fördern ist. Die Hauptänderung der Kommission bezieht sich auf den § 13, der das Enteignungsrecht festsetzt und folgende Fassung erhalten hat:

„Zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums wird dem Staate behufs Abrundung und Stärkung der betreffenden Ansiedlungsgruppen in den Kreisen Nr. 1, Nr. 2 (je eine Ansiedlungsgruppe in einer Provinz) das Recht zur Enteignung solcher Grundstücke verliehen, die zu diesem Zweck erforderlich sind. Ausgeschlossen ist die Enteignung von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten.“

Von den Abg. v. Heydebrand (kons.), Dr. Friedberg (nl.) und Fehr. v. Jedlig (fr.) liegt ein Antrag vor: Der Bestimmung im § 13 folgende Fassung zu geben:

„Dem Staate wird das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedelungen möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtlösung von nicht mehr als 70 000 Hektar nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben.“

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Kirsch (Z.): Namens meiner politischen Freunde beantrage ich, die Vorlage an die Kommission zurückzugeben und mit Rücksicht auf den Mehrheitsantrag, der eine sehr einschneidende Bedeutung hat. Wir sind seinerzeit mit der Nachricht überrascht worden, daß eine Kommissionsfassung ausfallen würde, weil die Regierung noch Erwägungen anstellen wollte. Dann wurden wir durch die plötzliche Einberufung einer neuen Kommissionsfassung und durch den da eingebrachten Antrag zu § 13 überrascht. Das rechtfertigt unseren Antrag.

Die Abg. Keruth (fr. Sp.), Wolff-Lissa (fr. Sp.) und v. Dziembowski-Pomian (Pole) schließen sich diesem Antrag an, während die Abg. Lufensky (nl.), Biered (fr.) und Dr. v. Heydebrand (fr.) widersprechen.

Der Antrag Kirsch wird abgelehnt. Berichterstatter Abg. Glagel (nl.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Dr. v. Jozdowski (Pole): Die Vorlage widerspricht der Verfassung und den Geboten der Gerechtigkeit. Man will auch hier wieder ein Ausnahmegericht gegen uns errichten, das von anderen Kulturnationen entsprechend charakterisiert ist. Wir müssen die Vorlage ablehnen und überlassen die Verantwortung für sie der Regierung und den Mehrheitsparteien. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Laia (l.): Meine politischen Freunde werden mit ganz wenigen Ausnahmen für die Beschlüsse der Kommission und deren Ergänzung durch den vorliegenden Antrag stimmen. Auch wir haben in der Frage der Stärkung des Deutschtums, soweit es die dazu erforderlichen Maßnahmen angeht, mit der Regierung nicht immer auf gleichem Standpunkt gestanden, und wir verkennen nicht, daß das Resultat der bisherigen Beratungen durchaus einer Kritik unterliegt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn aber auch Meinungsverschiedenheiten über die Maßnahmen zwischen der Regierung und uns bestanden haben, über die Notwendigkeit, das Deutschtum im Osten zu schützen, ist niemals eine Meinungsverschiedenheit vorhanden gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Ansiedlungsarbeit wird seit 20 Jahren betrieben, und die deutsche Ehre ist dabei engagiert. Was erreicht ist, entspricht nicht vollständig unseren Wünschen. Wir waren der Meinung, daß ein so allgemeines Bedürfnis zur Verleihung des Enteignungsrechts nicht vorliege, wie die Regierung es annimmt. Wir sind aber zu der Überzeugung gekommen, daß die Enteignungsbesugnis in dem Umfange, wie sie in unserem Antrag vorgezogen ist, notwendig ist. Eine konservative Partei, die in dieser Beziehung Konzeptionen machen soll, muß sehr genau überlegen, ob sie dies tun kann. Wir glauben durch die Formulierung unseres Antrages die notwendigen Grenzen für die Enteignungsbesugnis gezogen zu haben, und wir haben das Vertrauen zur Staatsregierung, daß sie die Enteignung nur soweit vornehmen wird, wie es zur Sicherung der Ansiedlungsbezirke nötig ist. Wir erwarten von den Polen nicht, daß sie ihre Sprache und religiöse Überzeugung preisgeben. Aber sie sollen lernen, daß der Staat das, was er erworben hat, nicht in Frage stellen lassen kann. Die konservative Partei ist bereit, die äußersten Konsequenzen zu ziehen, wenn die Interessen des Vaterlandes in Gefahr sind. (Lebhafte Beifall rechts, Zischen bei den Polen.)

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Ich will mich darauf beschränken, die Stellung der Staatsregierung gegenüber den Kommissionsbeschlüssen und dem Mehrheitsantrage zu präzisieren. Die Staatsregierung wird diesen Beschlüssen und dem Mehrheitsantrage zustimmen. Was uns zu bewilligen werden soll, entspricht allerdings nicht ganz dem ursprünglichen Vorschlage der Regierung. Die vorgenommenen Einschränkungen sind nicht ganz unethisch und werden es auch nicht sein, das von uns angeordnete Ziel ganz zu erreichen, und diese Vorschläge stellen das Mindestmaß der Mittel dar, mit denen die Regierung glaubt, ihre Ansiedlungspolitik fortsetzen zu können. Wenn die Regierung mit den eingeschränkten Befugnissen auskommen will, so trägt sie damit den Bedenken Rechnung, die ihr entgegengetreten sind, die ich nicht teile, die ich aber nicht gering achten konnte; denn sie wurden von Parteien erhoben, aus deren Unterhütung in der Ostmarkenpolitik die Regierung noch immer hat zahlen können und auch in Zukunft zahlen muß. Ich habe volles Verständnis für die politischen Gründe, die einer so weitgehenden Enteignung entgegengehalten werden können. Der Entschluß, die Enteignung zu fordern, ist auch mir schwer geworden (Lachen im Zentrum und bei den Polen), und ich habe mich dazu erst entschlossen, nachdem ich alle anderen Wege sorgsam geprüft und als ungangbar erkannt habe. Für diesen Entschluß trage ich die Verantwortung. (Beifall rechts.) Ich habe mich bemüht, alles zu vermeiden, was die politischen Leidenschaften erregen könnte. Die Enteignungsbesugnis, die die Ansiedlungskommission nach ihren Vorschlägen erhalten soll, zieht der Ansiedlungskommission ziemlich enge Grenzen. Ich hoffe, daß diese Bestimmung dazu beitragen wird, daß die Ansiedlungskommission die scharfe Waffe der Enteignung mit Besonnenheit handhaben wird. Unter diesen Umständen empfehle ich dem Hause die Annahme der Kommissionsvorschläge und des Mehrheitsantrages. Ich halte mich aber für verpflichtet, den Parteien, die diesen Antrag unterstützt haben, den Dank der Staatsregierung auszusprechen. (Unruhe im Zentrum und bei den Polen.) Ich spreche diesen Parteien den Dank für die Einmütigkeit aus, mit der sie ihre Bedenken zurückgestellt haben, um freie Bahn zu schaffen für die Fortsetzung unserer Ansiedlungspolitik, durch welche unser Ostmarkenwesen leben kann was es ist und bleiben muß: ein nationaler Staat. (Beifall rechts.) Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Mehrheit des Hauses die Regierung niemals im Stiche lassen wird, wenn es gilt, die Widerstände zu überwinden, die der unzerstörbaren Verbindung der Ostmarken mit unserem Staate immer noch entgegengehalten werden. (Lebhafte Beifall rechts, Zischen bei den Polen.)

Abg. Keruth (fr. Sp.): Auch wir wünschen die Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken, wir halten aber die hier vorgeschlagenen Mittel dazu nicht für geeignet. Man sollte vor allem auf dem Gebiet des Schulwesens recht viel tun. Mit Gewaltmaßnahmen wird man nichts erreichen. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich hier um ein Ausnahmegericht. Selbst von einem Vertreter der Mehrheit ist in der Kommission gesagt worden, daß die Enteignung eine drakonische Maßregel sei; allerdings tröstete man sich da mit der „Milde“, mit der diese Maßnahme gehandhabt würde. Durch das Verhalten der Polen läßt sich die Vorlage nicht rechtfertigen. Die Vorlage wird nicht zur Förderung des Friedens beitragen, die Gegenseite werden durch sie nur noch verhärtet werden. Wir lehnen die Vorlage ab. (Beifall links.)

Abg. Biered (fr.): Wir stimmen der Kommissionsfassung und dem Mehrheitsantrage zu. Die immermehr in den Vordergrund tretende Verbindung der Polen mit dem Auslande bedeutet für uns eine große Gefahr, der wir entgegenzutreten müssen. Wir haben die Verpflichtung, an der Ostmarkenpolitik festzuhalten. Berücksichtigt hat und die Zustimmung der Regierung in der Kommission, daß von der Enteignung des Familienbesitzes abgesehen werden soll, und das erleichtert es uns, für die Verleihung der Enteignungsbesugnis zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Praschna (Z.): Wie sind der Meinung, daß die Ansiedlungspolitik nicht zum Wohle des Vaterlandes ausschlagen kann, daß durch solche Vorlagen die Autorität des preussischen Königtums nicht gefährdet wird. (Zustimmung im Zentrum.) Was würde man sagen, wenn man gegen die Deutschen in den baltischen Provinzen oder in Ungarn so vorgehen würde, wie man hier gegen die Polen vorgeht? Der Abg. Webel hat kürzlich gesagt, daß das Enteignungsprinzip der Vorlage vollständig sozial-liberalen Grundgedanken entspricht. Wo will man halt machen auf diesem Wege? (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Ansicht, wonach der absolute König halt gemacht hat vor dem Windmüller in Sanssouci, ist ein Ruhmesblatt unserer Geschichte. Fürst Bismarck ist von seiner Kirchenpolitik zurückgetreten, als er nicht weiter konnte. Hoffentlich wird man auch von dieser Ansiedlungspolitik bald abgehen. (Beifall im Zentrum.)

Justizminister Dr. Weseler führt aus, daß die Vorlage weder im Widerspruch mit dem Enteignungsgesetz noch mit der Verfassung stehe.

Abg. Lufensky (nl.) befürwortet die Vorlage und den Mehrheitsbeschluss und bestreitet, daß die Verleihung der Enteignungsbesugnis an die Ansiedlungskommission dem Freiheitsgesetze oder der Verfassung widerspreche. Es handle sich bei der hier vorgesehene Enteignung lediglich um eine solche aus Gründen des öffentlichen Wohls! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp.): Wir verkennen nicht, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet. Aber der Weg, der hier beschritten werden soll, ist für uns nicht gangbar. Der Minister bedauert, die Enteignung sei zulässig bei einem öffentlichen Ratshande, geschiedlich sei sie auch hier zulässig. Ich habe es anders gelernt: ein Notstand liegt vor, wenn es sich um Gefahr des Lebens oder Lebens handelt. Die Konservativen sind der Meinung, daß die Vorlage über die Grenzen des Rechts nicht hinausgehe. Darum sollte man aber mindestens auch nicht bis an die Grenzen des Rechts herangehen. Ich lasse mir lieber den Vorwurf der Prinzipienlosigkeit machen als den der Prinzipienlosigkeit. (Sehr richtig! links.) In bezug auf die Wahrung der Grundrechte der Verfassung sind wir konservativ, nicht Sie auf der rechten. Die Grundrechte der Verfassung sind der ruhende Pol in der Erscheinung. (Beifall links.)

Abg. Hübner (nl.): Innerhalb der Staatszugehörigkeit und innerhalb der sich daraus ergebenden Konsequenzen muß Raum sein für nationales Leben. Die Polen aber haben diese Konsequenzen nicht beachtet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Chauvinisten gibt es überall, aber wir desavouieren sie. Wollen die Polen die auf die Vorkriegszeit der polnischen Landesteile gerichteten Bestrebungen desavouieren, so können sie es durch eine rückhaltlose Erklärung tun. Die Wiederherstellung des polnischen Reiches ist unmöglich. In den darauf gerichteten Bestrebungen liegt aber eine große Gefahr, der vorzubeugen Pflicht der Regierung ist. Unser Ziel ist nicht, die Polen zu unterdrücken, sondern sie zu aufrichtigen Mitarbeitern im Staatsleben zu machen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit, Zischen bei den Polen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Bestimmung im § 1, durch welche der Regierung 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen.

Es folgt die Bestimmung, nach der die Ansiedelung von selbstständigen deutschen Arbeitern durch Prämien gefördert werden soll.

Abg. v. Bodelschwingh (l.) begründet einen Antrag, aus der freiwilligen Summe 5 Millionen Mark als Prämienfonds für landwirtschaftliche Arbeiter auszuscheiden.

Das Haus nimmt die Kommissionsfassung an, wodurch der Antrag Bodelschwingh erledigt ist.

Auch die folgenden Bestimmungen werden in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 13, der der Ansiedlungskommission die Enteignungsbesugnis verleiht, liegt der oben erwähnte Antrag der Mehrheit vor.

Abg. Kändler (fr. Sp.) erklärt, daß für seine Partei der Mehrheitsantrag ebenso unannehmbar sei wie die Kommissionsfassung. Die große Masse der Bevölkerung im Osten stehe der Enteignung ablehnend gegenüber. Die Enteignung polnischer Grundstücke werde den entgegengekehrten Erfolg haben, den man sich davon verspreche. (Beifall links.)

Abg. Voß (nl.): Wir bewilligen der Regierung das Enteignungsrecht als Waffe gegen den Großpolonismus, gegen den der Kampf und aufgedrungen ist. Notwendig ist aber, diese Maßnahmen auch auf Oberschlesien auszudehnen. (Große Unruhe im Zentrum.)

Präsident v. Kröner macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Frage nicht zur Sache gehöre, worauf Abg. Voß unter der Heiterkeit des Hauses die Tribüne verläßt. Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über den Mehrheitsantrag ist auf Antrag des Abg. Dr. v. Jozdowski (Pole) eine namentliche. Der Kompromissantrag wird mit 198 gegen 119 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Von den Konservativen stimmen mit „Rein“ v. Brandenstein und v. Kröner, von den Freikonservativen Pauli, von den Nationalliberalen Dippe.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr (Dritte Lesung der Polenvorlage; zweite Lesung des Stats, Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Offiziersgehälter und Soldatenlöhning vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 16. Januar.)

Der Aggregiertenfonds kann nicht zur Ruhe kommen; zu Beginn der Sitzung nimmt der Referent v. Elern das Wort, um mitzuteilen, daß die Heeresverwaltung in die größte Verlegenheit komme, wenn der Abbruch bestehen bleibe! Er stelle daher den Antrag, wenigstens 90 000 M. noch zuzulegen. Hinter den Kulissen hat offenbar ein Handel stattgefunden, denn Erzberger weicht zurück; er gibt jetzt zu, daß die Heeresverwaltung zum 1. April in Verlegenheit komme, wenn sie nicht genug Geld habe, die aus dem Aggregiertenfonds bezahlten Offiziere weiter zu halten! Er stelle daher den Antrag, diesen Titel, dessen Betrag sonst nicht überschritten werden darf, für 1908 überschreibbar zu machen! Damit wäre natürlich der gestrige Beschluß hin-

fällig! Koske wendet sich gegen den Antrag Erzberger; derselbe wird aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen!!

Die Beratung wendet sich nunmehr Kap. 24:

Geldverpfligung der Truppen

zu. Es ist dies eines der wichtigsten Kapitel; erfordert es doch nicht weniger als 134 1/2 Millionen, wovon auf die Gehälter der Offiziere vom Obersten bis abwärts zu den Fahnenweibern, Beamten usw. allein rund 55 Millionen Mark, an Löhning für Unteroffiziere und Mannschaften 58 Millionen Mark entfallen. In der Beratung werden die verschiedensten Fragen aufgeworfen und diskutiert. Erzberger regt eine Herabsetzung des Friedensbetrandes an Offizieren an; zirka 1000 etatsmäßige Stellen sind beständig nicht besetzt, da liege sich auch dauernd so auskommen. In Stellvertretung des abwesenden Kriegsministers wendet sich General Sixt von Armin gegen solchen Vorschlag; die Militärverwaltung könne nie in eine solche Maßregel willigen. Koske fragt an, ob es richtig sei, daß die

Erhöhung der Offiziersgehälter

für die Chargen vom Hauptmann abwärts für 1908 noch in Aussicht genommen ist. Ein Regierungsbevollmächtigter gibt zu, daß diese Absicht besteht, aber die Erwägungen seien noch nicht zum Abschluß gekommen.

Abg. Häusler wendet sich gegen die Konkurrenz der Militärhandwerker und verlangt Verbot jeder Privatarbeit. Diese Frage soll später eingehender behandelt werden. Erzberger möchte, daß Disziplinarstrafen nicht immer in den Personalakten fortgeführt werden; nach 4 Jahren könnten sie gelöscht werden. Gröber bringt Beschwerden vor, wonach Mannschaften mit Entziehung aller freien Tage bestraft werden. Er verlangt eventuell Bestrafung oder disziplinarisches Vorgehen gegen dergleichen Kompagniechefs. In einem rheinischen Fußartillerieregiment ist monatlang Entziehung aller freien Tage erfolgt, sogar der Besuch des Gottesdienstes verweigert worden! v. Armin versichert, daß allen solchen Auswüchsen mit Energie entgegengetreten werden soll. Vogt-Hall tritt für Sonntagsruhe der Soldaten ein, und Will tadelt, daß die Soldaten in zu schlechten Anzügen auf Urlaub geschickt werden. Gröber verbreitet sich über das Gebiet der

Soldatenmishandlungen.

Er findet in der Kriminalstatistik insoweit eine Lücke, daß nur Körperverletzungen, nicht aber sonstige Mishandlungen zur Aburteilung kommen. Rekruten bedürfen eines besonderen Schutzes; denn diese jungen Leute wagen nicht, sich zu beklagen. Koske schließt sich diesen Ausführungen an und bringt Fälle von Soldatenschänderei zur Sprache. Auffällig ist, daß die Unteroffiziere, welche der Soldatenschänderei angeklagt sind, immer das beste Zeugnis ihrer Vorgesetzten erhalten, was von großem Einfluß auf das Strafmaß ist. Wiemer verlangt mit anderen Rednern, daß die Soldaten nicht wieder unter die Kommandogewalt des Kommandeurs gestellt werden, der auf ihre Beschwerde hin verurteilt wurde. General v. Armin gibt zu, daß er mit manchem milden Urteil nicht zufrieden sei, aber auf die richterliche Selbständigkeit habe die Heeresverwaltung keinen Einfluß. Koske begründet nunmehr den folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

„Die Löhning für Gemeine, einschließlich der Spielleute, Oekonomiehändler, Sanitätsmannschaften, ist schon für das Rechnungsjahr 1908 zu erhöhen.“

Voriges Jahr ist eine Resolution der sozialdemokratischen Fraktion, die eine Erhöhung der Löhning der Soldaten fordert, angenommen worden, der Kriegsminister hat die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung anerkannt, aber geschwehen ist nichts! Die Offiziersgehälter werden erhöht, auch die Unteroffiziersgehälter sollen aufgebessert werden. Wir sind nicht dagegen, aber wenn irgendwo eine Zulage notwendig ist, dann doch zuerst bei den Soldaten. Seit Jahren werden die 22 Pf. gekürzt, und da sie nicht ausreichen, haben die Eltern die weiteren Löhne zu tragen. Es wäre interessant zu erfahren, wieviel Millionen jährlich von den Eltern in die Kasse geschickt werden. Vogt-Hall tritt sehr lebhaft für den Antrag ein. Wiemer hat finanzielle Bedenken! General Sixt von Armin kann eine Erhöhung der Löhning nicht in Aussicht stellen; den Offizieren und Unteroffizieren soll mit der allgemeinen Beamtenaufbesserung auch zugelegt werden, den Soldaten wolle man dann gleichzeitig das Puzmaterial unentgeltlich liefern. Diese Ausgabe werde zirka drei Millionen jährlich betragen. Die Aufbesserung der Verbehalte der Soldaten erfordert zu große Summen. Paasche tritt sehr entschieden für eine Zulage an die Soldaten ein. Eine Zulage von 10 Pf. erfordert 18 Millionen, eine Summe, die bei der Höhe des Militäretats nicht von so außerordentlichem Belang ist. Wiemer stellt den Antrag, den Reichsanzler um „halbtunlichste“ Erhöhung der Löhning zu ersuchen, ändert aber auf Antrag Paasches diesen Verkleppungsantrag dahin ab, daß statt „halbtunlichst“ „im nächsten Jahre“ gesagt werden soll. Gröber beantragt, daß die Erhöhung der Löhning mit der in Aussicht stehenden Aufbesserung der Beamten- und Offiziersgehälter eintreten soll. Wiemer und General v. Armin wenden sich sehr lebhaft gegen den Antrag Gröber. v. Richtigofen spricht sich für den Antrag Wiemer aus. Unterstaatssekretär Ewele gibt in Vertretung des mit der Steuerliche beauftragten Schatzsekretärs v. Stengel die Erklärung ab, daß die Heeresverwaltung gegen den sozialdemokratischen und gegen den Zentrumsantrag ist. Am annehmbarsten sei noch der Antrag Wiemer, der der Finanzverwaltung wenigstens Zeit gibt! Allerdings wird auch 1908 nicht viel dabei herauskommen; denn auch dies Jahr sei schon so stark leopadt, daß wahrscheinlich auch dann

kein Geld vorhanden

ist! Koske verteidigt nochmals den sozialdemokratischen Antrag und polemisiert gegen Freisinn und Regierung. Im Falle der Ablehnung würden die Sozialdemokraten für den Zentrumsantrag stimmen. Erzberger hält es für das einzige Mittel, die Erhöhung der Soldatenlöhning durchzuführen, daß man das Pferd der Aufbesserung der Offiziersgehälter vorspannt. Liebermann, der anfangs nicht in der Kommission war, hat seinen Parteigenossen Vogt-Hall umgestimmt: sie stimmen jetzt für den Antrag Wiemer, also für Verkleppung. Wiemer rechtfertigt seine Haltung nochmals und deutet sich mit den Regierungsgarantanten. Gröber verweist wiederholt darauf, daß, wenn die Aufbesserung der Offiziere und Unteroffiziere vorweg genommen werde, die Löhningserhöhung ewig liegen bleibe. Welchen Eindruck muß es auf den Soldaten machen, wenn er allein übergeben wird. Will man zulegen, so lange man unten an. General v. Armin sieht es für genügend an, wenn dem Soldaten zunächst die Ablosungszahlung des unentgeltlichen Fuhrzeugs gemacht werde, nicht unten soll man anfangen, sondern da, wo es am notwendigsten erscheine. Nach weiterer kurzer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag gegen 8 und der Antrag Gröber gegen 11 Stimmen abgelehnt und der Antrag Wiemer angenommen.

Die sämtlichen Titel des Kapitels 24 werden schließlich angenommen.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages behandelte am Mittwoch den Protest, der gegen die Wahl des Abg. Veder im Wahlkreise Arnberg-Oppe. Eschade vorliegt. In diesem rein katholischen Kreise fanden sich der offizielle Zentrumslandrat, Arbeitersekretär Veder, und der „Wilde“ gewordene frühere Abg. Fußangel gegenüber. Der Kreis hat der Zentrumsleitung schon viel Herge bereitet. Nach dem bekannnten Votum der Schenkenfelderprozeß im Jahre 1891, der dem Redakteur Fußangel eine schnelle, aber unbediente Popularität gebracht hatte, kam es zu Differenzen. Fußangel wollte Reichstagsabgeordneter werden, auch gegen den Willen der Zentrumsleitung. Bei der Wahl 1893 siegte Fußangel denn auch über den offiziellen Zentrumslandrat. Die Reichstagsfraktion hat dann, um den Druck zu verkleinern, Fußangel

den Beitritt zur Fraktion nicht verweigert. Als vor einigen Jahren Zusangell mit seinen lieben Geschäftsfreunden, die ihm Konfirmanden bereiteten, von neuem in Differenzen geriet, gewannen seine Gegner auch in seinem Wahlkreis Oberwieser, so daß ihm abermals ein offizieller Kandidat gegenüber gestellt wurde. Der Wahlkampf war auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt, und namentlich waren es die Gegner Zusangells, zu denen durchweg die Geistlichen zählten, welche alles daran setzten, um den „Demagogen“ zu Fall zu bringen.

Im Wahlprotokoll befaßt sich die unterlegene Zusangellpartei nun namentlich darüber, daß sie als Abtrünnige bezeichnet worden sei, obgleich sie und ihr Kandidat sich in treuer Anhänglichkeit und kirchlich-lutherischem Sinn nicht übertreffen ließen. Im einzelnen liegen eine Menge Verträge gegen die Wahlvorschriften vor: Beeinflussungen von Geistlichen auf die Wähler von der Kanzel herunter, in einem Falle soll die Wahlkarte in der Hand des Beeinflussten gemacht worden sein, in je einem Falle soll ein Schulrektor und ein Geistlicher die Schüler zur Verbreitung von Flugblättern verwendet haben. In einer großen Anzahl von Orten sind nach dem Protest die Zusangell-Stimmzettel geändert worden und dieser Beeinflussung von Geistlichen auf die Wähler soll sich auch Mitglieder des Wahlvorstandes beteiligt haben! Ein konservatives Kommissionsmitglied aus Redenburg machte nach der Besprechung des Protestes die sehr angebrachte Bemerkung, „daß man — nach diesen Vorgängen zu schließen — in Westfalen noch etwas rückständig zu sein scheint!“ — Ob über die behaupteten Verträge Beweis erhoben werden wird, ist noch sehr zweifelhaft, weil bei dem großen Vorwurf von ca. 1800 Stimmen für Becker auch dann noch eine Majorität verbleiben dürfte, wenn die Protestpunkte als wahr unterstellt und demgemäß das Wahlergebnis geändert würde. In der nächsten, am Freitag stattfindenden Sitzung der Kommission wird diese Frage genau geprüft werden.

Einlauf.

Aus dem Reichstage:
Weiterer Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Schaf. . . .
56., 57. und 58. Bericht der Kommission für die Petitionen.
Nachweisung der durch den Reichshaushaltsetat für 1907 erfolgten und der im Entwurfe zum Reichshaushaltsetat für 1908 vorgeschlagenen Erhöhungen solcher Titel zu fortwährenden Ausgaben, bei denen im Rechnungsjahre 1906 Ueberschreitungen vorgekommen sind.

Aus Industrie und Handel.

Industrieller Erstesegen.

Eine Zusammenstellung von 42 der bedeutendsten Aktiengesellschaften der Metall- und Maschinenindustrie Südwestdeutschlands ergibt, daß bei 41 921 Arbeitern im Geschäftsjahre 1906 ein Reingewinn von 19 510 985 M. herausgewirtschaftet worden ist. Nachstehende Zahlen geben ein Bild über die Rentabilität der einzelnen Industrien:

Art der Unternehmen	Anzahl der Unternehmen	Anzahl der Beschäftigten	Aktienkapital in 1000 M.	Erzielter Reingewinn in M.		Durchschnittliche Dividende in Prozent
				überhaupt	pro Arbeiter	
Maschinenfabrik u. Eisen-gießerei.	25	18749	53448	8760562	467	8 1/2
Nähmach. u. Fahrradfabr.	4	5823	9200	1837840	316	12,8
Metallwar. u. Bijouterie-fabrik	5	5854	7810	8043147	568	16,2
Uhren- u. chirurgische In-strumentenfabriken	6	4150	12812	1211377	292	7,0
Waffen- u. Munitionsfabr.	2	7845	17000	4658059	594	21,0
Zusammen	42	41921	100270	10810088	465	11,3

Auf den einzelnen Arbeiter entfällt im Durchschnitt ein Reingewinn von 465 M. Am besten haben die Waffen- und Munitionsfabriken abgeschnitten, die bei einem Aktienkapital von 17 Millionen Mark einen Reingewinn von 4 658 059 M. verzeichnen und eine Dividende von mehr als 3 1/2 Millionen Mark oder 21 Proz. verteilen konnten. Eine durchschnittliche Dividende von 11,3 Proz. ist zweifellos als sehr günstig zu bezeichnen. Dabei sind von vierzig der beteiligten Aktiengesellschaften — bei zwei sind über Abschreibungen keine Angaben gemacht — mit einem Aktienkapital von 66 Millionen Mark 18 550 326 M. abgeschrieben worden, das sind rund 14 Proz. des Aktienkapitals.

Das glänzendste Geschäftsergebnis hat wohl die Metallwaren-fabrik Geislingen zu verzeichnen. Diese Fabrik beschäftigte 1906/08 durchschnittlich 3325 Arbeiter, das nominelle Aktienkapital beträgt 4 500 000 M. Der Reingewinn betrug 1905: 2 221 844 M. und 1906: 2 088 073 M., in zwei Jahren 4 309 717 M. Als Dividende wurden in jedem der beiden Jahre 900 000 M. = 20 Proz. des Aktienkapitals verteilt und auf neue Rechnung 1 521 639 Mark und 1 074 170 M. vorgezogen. Die Herren Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder erhielten in diesen zwei Jahren die Summe von 628 307 M. als Lohntieme. Und hervorragende Summen wurden für Abschreibungen verwendet: 1905: 5 952 910 M. und 1906: 6 430 629 M., also nahezu 12 1/2 Millionen Mark innerhalb zwei Jahren. Die Geislinger Metallwarenfabrik hat im Durchschnitt in zwei Jahren 1293 M. an Reingewinn und 3724 M. an Abschreibungen pro Arbeiter herausgewirtschaftet; zusammen 4017 M.!

Auch das Geschäftsjahr 1906/07 hat für die Unternehmern gut abgeschlossen, wie die folgende Tabelle über die Ergebnisse von zehn Gesellschaften ausweist.

Unternehmen	Erzielter Reingewinn in Mark	
	1905/1906	1906/1907
Geislingen, Maschinenfabrik	324 917	117 566 887 202
Frankenthal, Albert u. Cie., Schmeltpr. Maschinenf. Klein, Schanzlin u. Beder	506 296	506 533 422 533
Kuttwangen, Babilische Uhrenfabrik	343 395	343 396 722 399
Mannheim, Benz, Gasmotorenfabrik	180 214	520 171 797 657
Worms, Voderer u. Cie.	644 349	784 1 137 698 1338
Wörzheim, Richter, Metallindustrie	457 571	282 486 227 271
Koblenz, Bienenberger	83 463	750 76 925 699
Schramberg, Ver. Uhrenfabriken	114 600	191 126 890 195
Zweibrücken, Dingler, Maschinenf.	428 016	288 663 877 368
Zusammen	3 192 781	297 4 384 474 395

Der Generalsekretär des Verbandes deutscher Papierfabriken, Herr Dittes, schreibt in Nr. 45 seines Wochenblattes: „Selbst wenn ein Nachlassen der zurzeit immer noch hochgepannten Wirtschaftslage eintreten sollte, so werden sich die Betriebe in der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige damit trösten können, daß ihnen die gute Zeit reiche Früchte getragen hat und daß sie selbst ihr Schicksal ins Trockene gebracht haben. Nach den fetten Jahren jetzt die weniger fetten Jahre kommen. Die Fabrikanten sind gerüstet und sehen der minder guten Zeit ohne Sorge entgegen.“

Die Geschäftsergebnisse der angeführten Unternehmungen beweisen die Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Dittes. Leider treffen sie in entgegengesetztem Sinne auf die Arbeiter zu. Soweit in den letzten Jahren irgend welche Verbesserungen von den Arbeitern in bezug auf Lohnerhöhungen erreicht wurden, sind sie aufgehoben worden durch die rapid in die Höhe gegangenen Preise

für Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Von Rücklagen für die ungünstige Zeit war selbstverständlich keine Rede. Deshalb sehen die Arbeiter der Zukunft mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Am härtesten aber wird die kommende und zum Teil schon eingetretene Wirtschaftskrise die unorganisierten Arbeiter treffen. Gar mancher, der immer noch, trotz aller bitteren Erfahrungen, an das gute Herz der Unternehmer glaubte, wird zu spät einsehen, daß er sich in einem großen Irrtum befindet. Die Arbeiter müssen erkennen, daß ihnen nur durch eine gute Organisation ihr Recht und ein menschenwürdiges Dasein wird.

Konkurs Oberbach. Nach dem vom Konkursverwalter in der am Montag stattgefundenen ersten Gläubigerversammlung erstatteten Status sind 9,87 M. Kasse vorhanden. Das Mobilar ist bis auf einen kleineren Teil schon veräußert. Ein Automobil ist da; es können darauf zwar nicht die Schulden abgezahlt werden, aber es sind noch 4000 M. Reparaturkosten zu bedenken. Die guten Weine sind verwahrt und Wertgegenstände konnten nirgends aufgefunden werden. Der Wert der gesamten Altmasse wird auf 60 856 M. geschätzt, 50 000 M. sollen noch von den Außenständen hereinzubringen sein. Für die bisher angemeldeten Forderungen in Höhe von 7 1/2 Millionen Mark ermöglicht sich die Ausschüttung einer Dividende von 1/3 Proz. Es sollen aber noch weitere Forderungen zu erwarten sein.

Neugründungen und Kapitalerhöhungen. Nach der Statistik der „Reichs-Ztg.“ wurden im Jahre 1907 in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. 1311,56 Millionen Mark neu investiert gegen 1520,52 Millionen im Jahre 1906. Die größte Abnahme des neu investierten Kapitals gegenüber dem Vorjahre brachte der Monat Oktober, wo 1907 nur 95,06 Millionen Mark beantragt wurden gegen 285,88 Millionen im Oktober 1906. Auch im April war der Rückgang schon groß gewesen. Die starke Einschränkung ist ausschließlich auf den geringeren Geldbedarf von Aktiengesellschaften zurückzuführen. Während die Summe des in Gesellschaften m. b. H. investierten Kapitals von 285,72 Millionen Mark noch auf 418,00 Millionen Mark hinaufging, sank sie bei den Aktiengesellschaften von 1131,46 auf 803,54 Millionen Mark. Die Zahl der Gesellschaften, die an den Reineinsetzungen beteiligt waren, ist indes bei beiden Gruppen gestiegen.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter-Massenprotest gegen die Zigarren- und Tabaksteuerpläne der Reichsregierung.

„Der Ruin der Tabakindustrie durch die drohende Weiterverpflanzung der Vandalensteuer auf die weiteren Tabakfabrikate, wie Zigarren usw., angesichts der heutigen Lage der Tabakindustrie.“ So lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, die am Mittwoch in Dräsel's Festhallen stattfand und sehr zahlreich besucht war. Man hatte zu dieser Versammlung den Abgeordneten des ersten Berliner Reichstagswahlkreises, den Freisinnigen Kaempf eingeladen, um zu erfahren, welche Stellung er zu den Steuerprojekten einnimmt. Er hatte jedoch abgelehnt. Er sei verhindert zu kommen, schrieb er; bezüglich der Steuerprojekte stehe er ganz auf dem Standpunkt seiner Partei in diesem Punkt.

Reichstagsabgeordneter Mollenhuth, der das Referat hielt, bemerkte zu der Antwort Kaempfs, daß man daraus nicht ersehen könne, wie er sich zu der Sache stelle, denn seine Partei stehe ja nicht, sondern schwanke hin und her. Der Redner kritisierte dann treffend auf Grund beweissträchtiger Tatsachen jene Steuerpläne und zeigte, wie ruinierend sie auf die Tabakindustrie wirken müssen. Wie, als der Tabak nach Europa kam, die Ärzte darin ein wunderbares Heilmittel erblickten, so betrachteten die heutigen Staatsmänner den Tabak als das beste Heilmittel gegen den Reichsdollar. Und seit Bismarck kamen sie immer wieder mit denselben Gründen, die automatisch heruntergeleiert wurden. Weil der Tabak und die Tabakfabrikate in den Ländern wie Frankreich, England usw., pro Kopf der Bevölkerung an Steuern mehr einbringen, könne man ruhig auch in Deutschland stärkere Besteuerung einführen, sagten sie. Man vergesse jedoch, daß die Berechnung pro Kopf zu ganz falschen Schlüssen führt. Ist doch die Kinderzahl, die für den Tabakverbrauch nicht in Betracht kommt, in Frankreich viel geringer als in Deutschland. Dazu kommt die Verschiedenheit der Löhne, dann in England die Steuerfreiheit der Lebensmittel. Ein englischer Arbeiter, der, wie in der Textilindustrie, 2000 M. im Jahre verdient und für Brot und Fleisch keine indirekten Steuern zu tragen hat, kann natürlich weit leichter eine größere Summe für den Tabak zahlen, als sein schlesischer Kollege mit knapp 500 M. Einkommen. Der Redner zeigte ferner, wie verderblich die Einführung neuer Steuern und die Steuererhöhungen allemal auf die Tabakindustrie gewirkt haben, besonders auch auf die Löhne, so daß z. B. 1878 die großen Zigarrenfabrikan von Hamburg ihre Produktion nach kleinen Orten verlegten, wo man, wie im Schwarzwald, das 1000 für 3,50 M. bis 4,25 M. hergestellt bekam, das heißt billiger als in den Gefängnissen, die 5 bis 6 M. verlangten. Bei der sowieso herrschenden Arbeitslosigkeit, der ungeheuren Teuerung aller Lebensmittel, den erbärmlichen Löhnen in der Tabakindustrie müsse jede weitere Belastung des Tabaks um so ruinierender wirken. Ganz besonders verderblich aber sei eine Wertsteuer auf die Tabakfabrikate, die einer Prämie für Lohnabzüge gleichkomme. Der Redner forderte zum Schluß seines inhaltreichen Vortrags die Versammelten auf, alle Kraft einzusetzen, um den Ruin der Tabakindustrie abzuwehren. In der Diskussion machte ein Zigarren- und Tabakhändler die Mitteilung, daß in der nächsten Woche eine Protestversammlung der Ladeninhaber gegen die Steuerpläne stattfinden wird, und daß in den Geschäften Protestlisten zur Unterschrift ausgelegt werden. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolls, sowie die Einführung der Vandalensteuer auf Zigarren und gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate und verurteilt aufs schärfste, daß die Reichsregierung trotz der im Frühjahr 1906 seitens des Reichstages abgelehnten Belastung der Zigarrenindustrie, es wieder wagt, an den Reichstag aufs neue heranzutreten, trotz der zur selben Zeit angenommenen Zigaretten-Vandalensteuer, verbunden mit der Zollerhöhung auf Zigaretten und Zigarettenabake, trotz der hierdurch hervorgerufenen kolossalen Arbeitslosigkeit der Arbeiter dieser Branche, trotz der enormen Steigerung aller Lebensbedürfnisse, als Brot, Fleisch, Kohlen, Wohnungsmieten usw. usw.“

Die Regierung behauptet fortgesetzt, daß der Tabak ein entbehrliches Genussmittel sei; für die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist er der unentbehrliche Nahrung des Lebens. Steuererhöhungen, die eine Vertierung dieses Genussmittels ungewissheit herbeiführen, haben eine Herabdrückung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge. Die

Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Mehrbelastung der Tabakindustrie.

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und verkrüppelter Arbeiter untergebracht gefunden haben, die in keiner anderen Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;
2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wurde;
3. weil die jetzige Steuererhebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1870 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsvereinigungen mit ihrem Jahresverdienst um 404 M. unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Lohn verdienten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1870 erfolgte Erhöhung des Tabakzolls, der Tabaksteuer und der im Juli 1906 eingeführten Mehrbelastung der Zigarettenindustrie durch Zoll und Vandalensteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfang vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land.

Eine Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen. Da die Tabakarbeiter in 300 Arbeitstagen je einen Durchschnittsverdienst von 544 M. laut der unter Nr. 3 erwähnten Lohnstatistik erzielen, würden sie durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Lohnverschlechterungen zum Hungern verurteilt sein.

Indem die heutige Versammlung aus allen diesen Gründen energisch gegen jede weitere Belastung der Tabakindustrie, welche den Ruin derselben zur Folge haben muß, protestiert, fordert sie von dem Reichstagsabgeordneten dieses Kreises, daß derselbe klipp und klar gegen jede weitere Mehrbelastung der Tabakindustrie, gleichviel in welcher Form es auch sei, im Reichstage zu stimmen habe.“

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Eisenerbeiter!

Der Streik in den Norddeutschen Stahlwerken Ober-Schöneweide ist, nachdem Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen stattgefunden haben, zugunsten der Kollegen beendet. Die Kollegen haben am Donnerstag die Arbeit aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Buchstabenkneifer! In der Schleiferei von Krefeld zu Chemnitz bestehen Differenzen. Herr Krefeld mahregelte zwei Kollegen, die übrigen erklärten sich mit den Gemahregelten solidarisch und reichten die Kündigung ein. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Vernichtung der Organisation. Kein Buchstabenkneifer trete bei Herrn Krefeld in Chemnitz in Arbeit.
Zentralverband der Glasarbeiter.

Der „Christ“ im Klassenkampf.

Bech hat der christliche Lederarbeiter Gottfried Joeres aus Widdraf. Er hatte im Mai v. J. als Streikleiter der christlichen Gewerkschaften anlässlich des Streiks von 150 Arbeitern der nieder-rheinischen Aktiengesellschaft für Lederfabrikation in Widdraf Flugblätter verfaßt und verteilt lassen. Vom Schöffengericht war er freigesprochen. Die Strafkammer hielt das Verbrechen des J. für so groß, daß sie ihn zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte.

Gerichts-Zeitung.

Wilde Richter für Roheiten „Gebildeter“.

Der Student der Medizin Körbel hatte sich am Mittwoch vor der 7. Strafkammer wegen eines außerordentlichen Delikts zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 16. Juli in den Zellen mit einem Freund und einer Freundin lebhaft gezecht. Als er das Restaurant verlassen wollte er sich einen Zug machen. Er zog im Tiergarten seinen Rock aus, befehligte erst eine vorüber-kommende Frau und trat dann an eine Frau heran, die mit einem jungen Manne dieselbe Allee entlang ging. Er beherrschte die Frau in unanständiger Weise an der Brust, so daß der Begleiter der Frau energisch gegen dieses Gebahren des sogenannten „gebildeten“ jungen Mannes Einspruch erhob und diesen einen „Räuber“ nannte. Wegen dieses Wortes kam er in Konflikt mit dem Freunde des Angeklagten und es entwickelte sich zwischen beiden ein kleines Handgemenge. Auch in der Brust des Angeklagten übte der Mut seine Spinnkraft: anstatt sich zu entschuldigen, verfechtete er der von ihm belästigten Dame noch eine Ohrfeige. Er wurde von einem Schuttmann festgenommen und mit einer Strafanzzeige bedacht, auf die die so schwergeladene Frau verzichtet haben würde, wenn der Angeklagte den Tatbestand besessen hätte, nachträglich um Verzeihung zu bitten. Das Schöffengericht verurteilte seinerzeit den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. — In der Verurteilungsinstanz, die sich sonst durch Verwerfung von Verurteilungen insbesondere auch in den Fällen auszeichnet, in denen Arbeiter im Lohnkampf sich in der Erregung zu einem großen Wort gegen Streikbrecher hinreißen lassen und zu Gefängnisstrafe verurteilt wurden, hatte der Student mehr Glück. Das Gericht nahm an, der Angeklagte sei nicht sinnlos betrunken, aber schwer angegriffen gewesen, und setzte das Strafmaß auf 300 Mark Geldstrafe herab.

Die vielen Fälle, in denen Roheitsdelikte, wenn sie von „Gebildeten“ begangen werden, der Straftat nach weit milder bestraft werden als Fälle, in denen ein Arbeiter sich zu einem Erzech hat hinreißen lassen, lassen den Rückschluss zu, daß die herrschende Klasse Roheit als ein Privileg der ihr Zugehörigen betrachtet. Dies sicherlich nicht beneidenswerte Privileg kommt ja auch in den Kolonialbestimmungen und den Schwärmerien für dieselben deutlich zum Ausdruck.

Schamlosigkeit.

Unerkämpften Verhaftungen waren Frauen und Mädchen ausgeföhrt gewesen, die in den Monaten Mai bis Juli v. J. den Weg vom Bahnhof Jellendorf nach Schlagenten passierten. Fast alltäglich wurden allein gehende Damen von zwei besser gekleideten Männern in nicht wiederzugebender Weise durch Worte und Taten belästigt. Trotz aller Vermahnungen der zuständigen Polizeibehörden gelang es längere Zeit hindurch nicht, die beiden Attentäter dingfest zu machen. In der letzten Zeit hatte sich außerdem noch ein Dritter zu ihnen gesellt, der sich ebenfalls auf offener Straße in derselben unanständigen Weise bewegte. Endlich gelang es der Polizei, die drei Schweine zu ermitteln. In einer längeren Sitzung hinter verschlossenen Türen verhandelte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II gegen den Ingenieur Hugo Gramayli und den Kaufmann Wilhelm Launiger wegen Erregung öffentlichen Aufruhrs. Zu der Verhandlung war, außer 30 Damen und jungen Mädchen, der Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann als psychiatrischer Sachverständiger geladen worden, da es sich um krankhafte Verirrungen, sogen. exhibitionelle Reigungen, der beiden Angeklagten handelte. Der dritte Attentäter, der Student und Schriftsteller Kela Christof, hatte sich durch die Flucht nach seiner rumänischen Heimat einer Strafverfolgung entzogen. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß es sich um krankhafte Verirrungen zweier sonst unbescholtener Leute handelte, auf eine sehr milde Strafe. Es verurteilte die beiden Angeklagten zu einer Geldstrafe von — je 100 Mark.

Sonntag, den 19. Januar, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen:

Flugblatt-Verbreitung in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Die Parteibibliothek, welche sich in der Buchhandlung Jagowstr. 9 befindet, ist bis auf weiteres wegen Neuorganisation geschlossen. Bücher, welche sich noch in Händen der Genossen befinden, bitten wir sofort an Genossen stopfen abzuliefern.

Die Bibliothekskommission.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Paetsch stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins hingewiesen. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben, Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Das Erscheinen eines jeden Parteigenossen ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend nötig. Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 9 Uhr, findet eine außerordentliche Morgenbesprechung des Wahlvereins im Lokale der Witwe Bergemann zu Stolpe statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag des Genossen Zimmermann-Verein über: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. 2. Gemeindevahlen. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind auch die Funktionäre und Genossen von Birlenwerber eingeladen.

Alt-Hienitz. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn G. Fröhlich statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre; Neuwahl; Verschiedenes. Der Tagesordnung entsprechend ist es Pflicht der Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Karlshorst. Sonntag, den 19. Januar, vormittags 8 Uhr, findet für Nord von Sobrowsky und für Süd von Barthel aus eine Flugblattverbreitung statt. Parteigenossen! Seid pünktlich zur Stelle. Keiner darf fehlen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Da Broschüren und Flugblätter verbreitet werden sollen, ist die Beteiligung aller Genossen notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Unter den Verhandlungsgegenständen der gestrigen Sitzung waren drei von besonderer Wichtigkeit. Den Anfang machte die Beschlußfassung über die Neuregelung der Ruhegeldgewährung und Hinterbliebenenversorgung für Gemeindefunktionäre. Den leidlich guten Willen des Magistrats, auf diesem Gebiet kommunaler Sozialpolitik wieder einmal einen kleinen Schritt vorwärts zu tun, hatte der Ausschuss, dem die Vorlage zur Prüfung überwiesen worden war, noch um einiges zu steigern gesucht. Der Ausschussberichterstatter Stadtv. Goldschmidt hielt den Erfolg dieser Bemühungen für so bedeutend, daß er erklärte, das Statut werde in der vom Ausschuss vorgelegenen Fassung „ein sozialpolitisch muster-gültiges Gesetz“ sein. Das war ja nun eine tüchtige Portion Ubertreibung, wie Herr Goldschmidt sie liebt. Immerhin waren aber vom Ausschuss wertvolle Verbesserungen eingeführt worden, und so konnte auch der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Koblenzer, die Erklärung abgeben, daß die Fraktion sich für jetzt mit den Beschlüssen des Ausschusses begnügen und ihre noch nicht erfüllten Wünsche einstweilen zurückstellen wolle. Doch es zeigte sich, daß die freimütige Mehrheit der Versammlung nicht mal den paar Zugeständnissen ihre Genehmigung zu geben bereit war. Wichtige Verbesserungen wurden kurzer Hand wieder weggestrichen. Herr Mommsen regte diese Umkehr zum Schlechteren an, und im Auftrage des Magistrats wurden Mommsens Vorschläge vom Stadtrat Fischbed mit Eifer beantwortet. Wer wäre auch geeigneter als Herr Fischbed, Sprachrohr der sozial rückständigen im Magistrat zu sein! Seine Ausführungen fanden den Beifall der ihm gefinnungsverwandten Versammlungsmehrheit, und so kam ein Beschluß zustande, der wieder nur dürftiges Stückwerk blieb.

Erfreulicher verlief die Beratung des Magistratsantrages auf Schaffung eines Verkehrsverbandes zwischen Berlin und seinen Vororten. Hier herrschte Einigkeit darüber, daß Berlin trotz aller sonstigen Differenzen mit den Vororten, an die Herr Cassel erinnerte, es doch nicht ablehnen dürfe, sich mit den Vororten zur Wahrung gemeinsamer Interessen zu vereinigen. Genosse Singer hob scharf die Notwendigkeit eines solchen Verkehrsverbandes hervor und begründete diese von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern längst propagierte Forderung mit dem Hinweis auf die wachsende Verkehrszerrüttung, die den Gemeinden Groß-Berlins durch die von der Regierung begünstigte Straßenbahngesellschaft bereitete worden ist. Der Magistratsantrag wurde zunächst noch einem Ausschuss überwiesen.

Es folgte dann die Abwägung des sozialdemokratischen Antrages auf Uebernahme von Gemeindefunktionen in eigene Regie. Der Ausschuss, dessen Bericht von Herrn Jacobi mit schmunzelndem Behagen erstattet wurde, war zu einem glatten „Nein“ gelangt. Gestern sprach nur noch Genosse Pfannkuch, der die Notwendigkeit der Uebernahme noch einmal nachwies. Noch einmal schilderte er die Praktiken der Unternehmerringe, noch einmal die von ihnen geübte Schröpfung der Gemeinden. Aber die Mehrheit hielt es nicht mal mehr für nötig, weiter darüber zu debattieren. Sie stimmte einmütig für Verwerfung des Antrages — und wieder einmal war das private Unternehmertum vor der Gefahr einer Schmälerung seines Profits bewahrt.

Ein Ausbau der Erziehungsveranstaltungen der Stadt Berlin wird gefordert in einem Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung soeben

eingebracht hat. Der Antrag lautet: „Die Versammlung wolle dem Magistrat erlauben, mit ihr in gemischter Deputation über die Einrichtung städtischer Krippen und Kindergärten zu beraten“.

Die Strafgewalt über Fortbildungsschüler wird von manchen der an den Fortbildungsschulen tätigen Pädagogen in einer Weise ausgeübt, die auf einen recht bedenklichen Mangel an Besonnenheit schließen läßt. Ein Vorkommnis, das in dieses Kapitel hineingehört, wird uns berichtet aus der Pflicht-Fortbildungsschule, die im Schutzhause Wartenburg-Strasse 12 untergebracht ist und vom Direktor Dagesförde geleitet wird.

Von dieser Schule aus war an die Inhaber eines Geschäftes per Postkarte die Aufforderung gesandt worden, den bei ihnen beschäftigten L. dem Fortbildungsunterricht zuzuführen. Die Karte war ein gedrucktes Formular, in dem von „Arbeitsburschen“, „Lehrlingen“ usw. geredet wurde. Dem L. hatte man darin die Bezeichnung „Arbeitsbursche“ zugeteilt, er dient aber als Vore, muß eine Livree tragen und wird mit dem Titel „Page“ geschmückt. Der eine der Geschäftsinhaber schickte den L. in seiner Livree mit der Karte zur Schule und beauftragte ihn, dort zu sagen, daß das Geschäft keinen „Arbeitsburschen“ und auch keinen „Lehrling“ habe. Nun war ja diese berichtende Mitteilung, die man dem Bureau der Fortbildungsschule durch den „Page“ überbringen ließ, ganz gewiß sehr überflüssig. Aber L. hatte den ihm gewordenen Auftrag auszuführen. Ueber die Erfahrungen, die er dabei gemacht hat, gibt er selber eine sehr merkwürdige Schilderung. Im Bureau der Schule brachte er seine „Verichtigung“ in vorwurfsvollem Ton bei der Dame an, die die Aufnahme der Schüler bewirkt. Die Dame teilte den kuriosen Fall einem Herrn mit, der eben das Bureau betrat. Sie redete diesen Herrn als „Direktor“ an, aber wir können natürlich nicht wissen, ob's wirklich der Direktor selber war. Der „Herr Direktor“ (so wollen auch wir ihn mit diesem Vorbehalt nennen) scheint die von dem Jungen vorgetragene Beschwerde als „Frechheit“ empfunden zu haben. Er entschied kurz: „Eine Stunde Arrest!“ und ging hinaus. Dem verblüfften L., der noch nicht mal als Schüler dieser Anstalt aufgenommen war, hatte inzwischen die Dame ein paar Zettel überreicht, und sie wies ihn an, seine Personalien aufzuschreiben. Ein Diener trat ein und mahnte den noch schreibenden L., sich zu beeilen. Als L. fertig war, wurde er von dem Diener in einen engen Keller-raum hintergeführt und dort eingeschlossen. Dieser Raum soll völlig dunkel gewesen sein. Es war bereits Abend, als L. eingesperrt wurde. L. versichert aber, er habe in dem Raum überhaupt kein Fenster bemerkt. Diese Versicherung wird unterstützt von dem Vater, der am anderen Tage in der Mittagszeit sich nach der Schule begab, um den eigenartigen Arrestraum für Fortbildungsschüler näher zu betrachten. Die Feste scheint auch ungeheuer gewesen zu sein; L. erzählt, er habe arg gefressen. Nachdem er seine Stunde abgessen hatte, wurde er um 8 Uhr abends herausgelassen und durfte gehen. L. beteuert, daß diese von ihm gegebene Darstellung der Wahrheit entspreche. Sein Vater war empört über die Möglichkeit eines solchen Verfahrens. Als er im Bureau der Schule Auskunft forderte, wurde ihm von der dort regierenden Dame in ziemlich kleinlautem Ton geantwortet, der Junge sei „froh geworden“. Der Schüldner wollte dem Vater die Felle zunächst nicht zeigen; er tat das erst, als der Vater erklärte, er werde zur Polizei gehen.

Wir sind der Meinung, daß die Polizei in der Tat allen Anlaß hätte, sich einmal darum zu kümmern, ob dieser Raum als geeignet zum Aufenthalt für Menschen gelten kann. Vor allem aber richten wir diese Aufforderung an die Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen. Das Deputationsmitglied, das als Hauswart für das Schulhaus in der Wartenburgstraße bestellt ist, gehört selber zu den Pädagogen; es ist der Stadtverordnete Professor Glayel, der Direktor der Realschule in der Velleallianzstraße. Hat dieser Herr schon mal den Raum gesehen, der in dem von uns geschilderten Fall als Arrestzelle gedient hat? Auch die Frage wäre von der Deputation zu prüfen, ob der „Herr Direktor“, der die Arreststrafe diktierte, hierzu schon berechtigt war. Wir verstehen nicht, wie man sofort Arrest über einen Jungen verhängen kann, der noch gar nicht richtig als Schüler aufgenommen ist. Die Aufnahmeformalitäten waren erst erfüllt, als zur Vollstreckung der Strafe geschritten wurde. Unseres Erachtens hat der „Herr Direktor“ von seiner Strafgewalt in höchst unbesonnener Weise einen Gebrauch gemacht, der wohl richtiger ein Mißbrauch genannt werden muß.

Aus dem Berliner Gemeindefschulwesen.

Das neue Verzeichnis der Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen an den Berliner Gemeindefschulen für das Jahr 1908 nebst Mitteilungen aus dem Berliner Schulwesen ist soeben erschienen. Demnach bestanden am 1. November 1907 287 Gemeindefschulen mit 5099 Klassen (einschließlich 149 Nebenklassen) gegen 282 Gemeindefschulen mit 5003 Klassen (einschließlich 138 Nebenklassen) am 1. November 1906. Es hat also eine Vermehrung stattgefunden von 5 Gemeindefschulen mit 96 Klassen.

Die 287 Gemeindefschulen wurden besucht von 112 902 Knaben und 115 492 Mädchen, also von 228 394 Kindern.

Diese verteilten sich auf 2393 Knabenklassen und 2432 Mädchenklassen und 95 gemischte Klassen, sowie 149 Nebenklassen. 70 Klassen sind „fliegende“, 9 Klassen sind in Kulan, Pflanzschulen usw. untergebracht. Die Zahl der katholischen Gemeindefschulen beträgt 23.

Die größte Schule ist die 55. (N. Lüticherstr. 4) mit 26 Klassen und 1250 Kindern. Die kleinste ist die 18. (Mohrenstr. 41) mit 11 Klassen und 450 Kindern.

Aus den Vororten besuchten im Sommer 655, im Winter 688 Kinder gegen Zahlung von 2,50 M. monatliches Schulgeld unsere Gemeindefschulen.

An ihnen unterrichteten 5568 Lehrpersonen: 3081 Lehrer, 1600 Lehrerinnen, 282 Rektoren. 4462 davon sind evangelisch, 491 katholisch, 50 jüdisch. — Dazu kommen 383 Hochlehrerinnen, 55 technische und 148 sonstige wissenschaftliche Hilfskräfte.

Neugierige Lehrer.

Der Lehrer Sering von der 177. Gemeindefschule scheint nicht der einzige zu sein, der so neugierig war, von den Schülern seiner Klasse zu erfahren, wessen Eltern sich an der Sonntagdemonstration beteiligt haben. Eine gleiche Meldung geht uns aus der 222. Ge-

meindefschule in Moabit zu. Dort hat der Lehrer Blanz in der 5M-Klasse an seine Schüler dieselbe Frage gerichtet. Auch der Lehrer Nachtwey an der 243. Gemeindefschule hat sich von seinen Schülern Bericht erstatten lassen, welche Eltern die Versammlung besucht und den Zug mitgemacht hätten. Charakteristisch ist, daß es sich im letzteren Falle um Schüler der 70-Klasse handelt, also um Kinder zwischen 7—8 Jahren.

Wir wiederholen unsere Frage: Was veranlaßt diese Lehrer zu ihrer neugierigen Fragestellung?

Eine offene Anfrage an den Berliner Polizeipräsidenten richtet einer unserer Leser. Er weist zunächst darauf hin, daß der Kaiser in der Stichwahlnacht bekanntlich von einem Fenster des Schlosses eine Ansprache an die damaligen Demonstranten gehalten habe und daß ihm kurz darauf eine Zeitung vorgelegt worden sei, in welcher dieser „weltgeschichtliche Moment“ verewigt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit habe der Kaiser gewünscht, daß „mehr Volk“ auf dem Wlde in Erscheinung träte. Unser Leser richtet nun, hierauf bezugnehmend, folgende Frage an den Polizeipräsidenten:

Warum hat der Polizeipräsident dem deutschen Kaiser die Gelegenheit vorenthalten „mehr Volk“ zu sehen? Der vergangene Sonntag wäre doch so günstig gewesen; es hätten sich doch ganz bestimmt mehr gefunden als in der Wahlnacht.

Auf eine Antwort werden wir wohl lange warten können.

Schmutz und Schmutz vor der Millionärsvilla. Am Weinbergsweg, an der Ecke der Fehrdelinstraße, wohnt auf herrlichem Areal die Witwe des alten Wollant, der durch Häuser- und Grundstückspekulationen es bei seinem Tode auf ein Vermögen von rund 20 Millionen gebracht hatte. Die „arme reiche“ Frau Wollant hat von den Millionen nicht viel zu sehen bekommen, denn sie erhält aus den Zinsen nach Abgabe der Wollantschen Familienstiftung jährlich nur zehntausend Mark. Für eine Millionärswitwe ist das ein Pappenstiel. Immerhin läßt sie sich davon noch ganz hübsch leben. Eingeweihte wollen freilich behaupten, daß selbst Frau Wollant auf dem fürstlichen Sitz ihre nicht geringen Sorgen hat und daß hier sehr genau gerechnet werden muß, um mit besagtem Pappenstiel standesgemäß auszukommen. Man möchte diesen Gerüchten beinahe glauben, wenn man sieht, wie nicht mal soviel Personal da ist, um die Bürgersteige rings um das ausgedehnte Grundstück so in Ordnung zu halten, daß die Passanten nicht gefährdet werden. Ueberall in der Umgegend werden bald nach Schneefall und bei Glätte die Bürgersteige vorchriftsmäßig gereinigt. Bei Wollants läßt man sich Zeit damit. Ueberall ist die Polizei auf dem Posten, um säumige Hauswirte und Hausverwalter an ihre Pflicht zu mahnen. Aber Wollants werden mit anderem Maße gemessen. Und dabei liegt das zuständige Polizeibureau schräg gegenüber in derselben Straße. Täglich stolpern und stürzen jetzt auf dem gefährlichen, stark ansteigenden Bürgersteige vor der Villa zahlreiche Passanten. Soll etwa erst dann Abhilfe geschaffen werden, wenn der Herr Polizeileutnant selber ein Bein bricht? Die Millionärstiftung kann ja zur Kot den Schanden bejahen. Aber dem armen Passanten find seine gesunden Knochen lieber.

Von einer „Revolte“ im städtischen Obdach am „roten“ Sonntag wissen bürgerliche Blätter zu berichten. Der Vorfall ist wieder mal übertrieben und entstellt. Es muß zunächst als ganz selbstverständlich erscheinen, daß auch unter den Deklassierten des Obdaches sich am 12. Januar der Haß gegen die herrschende Gesellschaftsordnung mit Macht regte und unter dem frischen Eindruck der eben mitangesehenen Demonstrationen seinen Ausfluß fand. Sind doch die Heimlosen gerade diejenigen, welche ihr Elend in erster Linie den bestehenden Klassen mit zu danken haben. Hätte man die Leute einfach gewähren lassen, was an diesem abgelegenen Orte niemandem nützen und niemandem schaden konnte, so würden sie sich bald von selbst beruhigt und ihr elendes Lager aufgesucht haben. So aber wollten übereifrige Beamte, deren Intelligenz den Zeitverhältnissen nicht gewachsen ist, genau wie die Berliner Säbelhelden mit der Trabour vorgehen, und das war Zündstoff für die Augenblicks Stimmung. Es ist dann allerdings zu einigen Ausschreitungen gekommen, die aber, da sie zumeist von unreifen Köpfen ausgingen, nicht entfernt die Bedeutung haben, die ihnen von der bürgerlichen Presse beigelegt wird.

Weit bemerkenswerter als der Vorgang selbst ist es, wie die Behörde nunmehr an den Obdachlosen, also an unglücklichen Menschen, ihr Mitleid zu fühlen sucht. Seit langer Zeit ist im städtischen Obdach nicht so scharf kontrolliert worden. Die dort tätigen Kriminalbeamten lassen sich alles vorführen, was sie amtlich nur bewältigen können, und lassen diejenigen, deren Woz voll ist, noch weniger als sonst mit Glacéhandschuhen an. An den Heimlosen und — „Waterlandslosen“ wird die ganze staatliche Autorität ausgelassen.

Erhöhung von Fernspreckgebühren am 1. April 1908. Eine Erhöhung von Fernspreckgebühren tritt am 1. April 1908 in Kraft und zwar auf Grund des jetzt geltenden Tarifes. Die Fernspreckgebührenordnung vom 20. Dezember 1899, die seit 1900 in Kraft ist, schreibt vor, daß die Gebühren, die von der Zahl der Anschlüsse des betreffenden Reyes abhängig sind, alljährlich zu Anfang des Jahres neu festgesetzt und dann am 1. April in Wirkung treten. Da die Zahl der Anschlüsse sich fortgesetzt vermehrt, so ist die Wirkung für manche Orte eine keine Erhöhung. Im Ober-Postdirektionsbezirk Berlin tritt dies jetzt für drei Orte ein. Die jährliche Pauschalgebühr für jeden an die Fernspreckneue in Vichtenberg bei Berlin, Tempelhof und Weihensee bei Berlin geführten Anschluß erhöht sich vom 1. April 1908 an in Vichtenberg von 140 auf 150 M., in Tempelhof von 140 auf 150 M., in Weihensee von 140 auf 150 M. Alle Teilnehmer, die an solche Fernspreckneue gegen Zahlung der Pauschalgebühr angeschlossen sind, haben die Berechtigung, ihre Anschlüsse zum 1. April 1908 einen Monat vorher zu kündigen. Sonst beträgt die Kündigungsfrist ein Vierteljahr. Die neue Festsetzung läßt übrigens keine Schlüsse auf den Zeitpunkt der Einführung eines neuen Tarifes zu. Die jetzige Festsetzung mußte nach Maßgabe des geltenden Gesetzes erfolgen.

Schon wieder ein tödlicher Unglücksfall auf dem Eise. Beim Ueberfahren des Dämerriggs den Tod gefunden hat eine junge unbekante Dame, die gestern vormittag in Begleitung eines Hundes die ausgedehnte Eisfläche in der Richtung nach Erkner passierte. Passanten, die sich am Ufer befanden, bemerkten, wie die Dame plötzlich, etwa 800 Meter vom Ufergelände entfernt, im Eise versank. Der Hund veruchte anscheinend seine Herrin zu retten, sprang ebenfalls in das Wasser, ohne wieder zum Vorschein zu kommen. Eine Hilfeleistung erwies sich als unmöglich. Mehrere Personen, die den Versuch machten, sich der Unfallsstelle zu nähern, hatten anscheinend die Richtung verfehlt, denn sie vermochten keine offene Stelle in dem Eise zu entdecken. Wer die Ertrunkene gewesen

ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es wird vermutet, daß die Dame aus einer der am Dänemärgen liegenden Kolonien stammt und die Absicht hatte, sich nach dem Bahnhof Erkner zu begeben.

Ein schwerer Automobilunfall rief gestern nachmittag an der Ecke der Straße unter den Linden und der Wilhelmstraße unter den Passanten Aufregung hervor. Der Maler Paul Gohemann, Landberger Straße 88 wohnhaft, hatte, vom Promenadenweg der Linden kommend, in die Wilhelmstraße einbiegen wollen. Er überfuhr dabei das Herannahende des Droschkenautomobils Nr. 2008 und wurde unter die Räder gerissen. Der Verunglückte zog sich schwere Verletzungen am rechten Oberschenkel sowie am Arm zu und wurde nach der Rettungswache in der Mauerstraße gebracht, wo er die ersten Notverbände erhielt.

Opfer des Frostes. Erfroren sind in der vergangenen Nacht zwei Personen. Der Arbeiter Hermann Voigt aus der Mühlenstraße hatte sich nach dem benachbarten Schöneiche begeben wollen. Auf dem Wege wurde er von großer Müdigkeit überrascht und er setzte sich auf einen Stein nieder. Er schlief ein und sollte nicht mehr erwachen. Gestern morgen wurde er von Handelsleuten tot aufgefunden. — Ebenso wurde in Heiligensee ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, ein Opfer des Frostes. Zur Leiche erstarrt lag der Fremde am Rande des Tegeler Forstes.

Selbstmord eines Garbikers. In der vergangenen Nacht hat sich der Grenadier Rade von der 1. Kompagnie des Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiments erschossen. R. war bei dem Oberleutnant Graf v. Berg in der Königin-Elisabeth-Straße 51 als Bürste tätig gewesen. In den letzten Tagen fiel er in der Umgebung durch sein schwermütiges Wesen auf. In der vergangenen Nacht wurde der Dienstherr plötzlich durch einen Revolverbeschuss aufgeschreckt. Als er das Zimmer seines Bürschen betrat, fand er diesen tot auf dem Bette vor. Der Lebensmüde hatte sich eine Revolverkugel in die Schläfe gejagt. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist seitens des Kriegsgerichts eine Untersuchung eingeleitet worden. Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit das Ergebnis derselben.

Unter einem Ringbahnzug getötet wurde in der gestrigen Nacht der Ingenieur Artur Wittig aus der Juliusstraße 78 in Rixdorf. Seit längerer Zeit war W. ohne Stellung gewesen und vor wenigen Tagen endlich gelang es ihm, wieder Beschäftigung zu erhalten und für seine Familie zu sorgen. Gestern erhielt nun seine Frau die Schreckensnachricht, daß ihr Mann bei Tempelhof von einem Eisenbahnzuge totgefahren worden sei. W. war auf dem Wege von Tempelhof nach Rixdorf in der Dunkelheit auf die Gleise der Ringbahn geraten und hatte nicht das Herannahen eines Zuges bemerkt. Er wurde von der Lokomotive erfaßt und unter den Zug geschleudert. Als gestern morgen ein Beamter die Strecke abging, fand er den Verunglückten als verblutenden Leichnam zwischen den Schienen auf. Die hinterbliebene Witwe befindet sich mit ihren drei kleinen Kindern in der größten Notlage.

Unter den Nähern eines Rangierzuges den Tod gefunden hat gestern nachmittag der Eisenbahnschaffner Eduard Gollnick aus Kummelsburg. G., der bereits im 61. Lebensjahre stand, hatte einen Güterzug nach Lichtenberg begleitet. Kurz vor der Station sprang er von seinem Sitz des Güterwagens herunter und, über das Nebengleis hinwegtretend, wollte er sich nach dem Stationsgebäude begeben. In diesem Augenblick fuhr aber ein Rangierzug auf dem Nebengleis heran und G., der dies übersehen hatte, wurde von der Lokomotive erfaßt und unter die Räder geschleudert. Der Bedauernswerte wurde demnach zugerufen, daß er auf der Stelle tot war. Seine Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Ein schwerer Raubfall ist in der vergangenen Nacht auf dem Gesundbrunnen verübt worden. Die beiden Dreher Richard Buschke, Kollastrasse 4 und Paul Burgie, Grenzstraße 18 wohnhaft, hatten in der Fabrik Nachtschicht gemacht und als sie gegen 1 Uhr auf dem Heimweg durch die Reute Hochstraße gingen, traten aus einer Kellertaschennahe mehrere verdächtige Burtschen heraus. Sie hielten die beiden Arbeiter und fielen dann über sie her. Mit dem Schlagring und dem Messer bearbeiteten die gefährlichen Gesellen ihre beiden Opfer. Sie schlugen sie zu Boden und durchwühlten ihre Taschen nach Geld. Auch die Taschenuhren verschafften sie ihren Opfern zu entreißen. Inzwischen waren aber mehrere Passanten herangekommen und jetzt zogen es die Täter vor, ihr Heil in der Flucht zu suchen. Sie wurden aber verfolgt und der Haupttäter konnte auch gefaßt und festgenommen werden. Die übrigen Teilnehmer an dem Raubfall wurden gestern morgen in dem Augenblick, als sie die Kaskemne wieder betreten wollten, von Kriminalbeamten abgefaßt und verhaftet. Die beiden Liebesfallenen hatten am Kopf und Gesicht ganz erhebliche Schnitt- und Schlagwunden erhalten. Am ganzen Körper wiesen sie schwere Quetschungen, die ihnen von den Nowidies durch Fußtritte beigebracht worden waren, auf. Sie wurden beide nach der Rettungswache gebracht, wo sie die ersten Notverbände erhielten.

Das Opfer eines schweren Automobilunfalls ist gestern Abend der Kaufmann Richard Zwinger aus der Chausseestraße 100 geworden. An der Kreuzung der Anhalter- und Chausseestraße hatte Z. den Fahrdamm überschreiten wollen. Bei dem kurzen Wagenwechsel, der in den Abendstunden an jener Stelle herrscht, bemerkte er nicht das Herannahen eines Droschkenautomobils zu beobachten und er wurde infolgedessen von dem Kraftwagen angefahren und mit solcher Gewalt auf den Strohdamm geschleudert, daß er sich einen komplizierten Oberschenkelbruch sowie innere Verletzungen zuzog. Der Verunglückte fand in der Charité Aufnahme.

Der Kohlenhändler Neumann in der Angermünderstraße bestreitet aufs entschiedenste, am Sonntag anlässlich der Säbeleier in der Vorbringer Straße sich provokatorisch benommen zu haben; er habe nicht durch die Finger schilke Pflisse erlösen lassen, wie behauptet. Nach Rücksprache mit unserem Gewährsmann können wir demgegenüber nur mitteilen, daß derselbe bei seiner Behauptung bleibt.

Auch der Gastwirt Schmidt, Alte Schönhauser Straße Ecke Vintienstraße wehrt sich dagegen, daß er sein Lokal am Sonntag zeitweise geschlossen habe. Wohl sei er von Gästen hierzu aufgefordert worden, er habe aber diese Aufforderung abgelehnt.

Von dem Inhaber der Wohnung Kochstraße 4, vier Treppen, dem anfänglich der Draufschleierei zu unrecht einer Ausweisung gegen die Demonstranten beschuldigt hatte, indem er aus dem H ein K machte, wird uns noch mitgeteilt, daß er nicht zum Protest gegen aus dem Nebenkauf von einem höheren Polizeibeamten gemachten herabliegenden Anweisungen die Fenster geöffnet und die Marschkolonne geistert habe, sondern zum Protest gegen das Benehmen der Polizei im allgemeinen. Im Aufhebungen habe es sich nicht gehandelt.

Ein Knabe mit der Rettungsmaschine ausgezeichnet. Eine brave Tat hat jetzt ihre Belohnung gefunden. Wie wir im August v. J. berichteten, hatte der 13jährige Sohn der Schriftstellerin v. Frau Maria Diers aus Groß-Lichterfelde während des Aufenthaltes in der Sommerfrische seine 12jährige Schwester mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Donnerstag wurde die 1. Kompagnie nach der Freiwalder Straße 38 auf den Gesundbrunnen gerufen, wo ein Stallgebäude in Flammen stand. Es gelang, die Herde in Sicherheit zu bringen und den Brand auf den Stall zu beschränken. Etwas später wurde die Feuerwehr nach der Vintienstraße 132 alarmiert. Dort brannte die Balkenlage, der Fußboden u. a. Gleichzeitig wurde mit Erfolg in der Reanderstraße 4 ein Sauerstoffapparat bei einem lebensgefährlich Erkrankten benutzt. In einem Waderleier in der Rosenstraße und einem Keller der Mühlenstraße 32 brannten Stühle, Teppiche u. a. In der Blumenstraße 3 kam auf dem Boden Feuer aus, das Teile des Daches, Matten usw. ergriff. Wohnungsbrände wütheten in der Willenowstraße 2, Hasenheide 48, Eßlingerstraße 98, Rauerher Straße 5, Bräufelder Straße 51 u. a. Stellen gelöscht werden. Wegen eines Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach der Schleifchen-

straße 44. Stroh u. a. stand dort in Flammen. Ein Küchenbrand kam abends in der Schönhauser Allee 127 durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch. Auf dem Anhalter Güterbahnhof brannte ein Waggon Prechtlohn.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die kurze Abschüttelung über die perfiden Verleumdungen, denen sich das Charlottenburger Winkelblatt die „Neue Zeit“ über die Demonstration erlaubte, hat das Blatt aus dem Häuschen gebracht. Es betont, daß auch die Berichterstatter nahezu sämtlicher Berliner Blätter die gleiche Beobachtung gemacht hätten, daß große Massen des Janhagels an den Demonstrationen teilgenommen hätten, die die Polizei verhöhten und die Schutzeute mit Steinen bewarfen.

Das „liberale“ Blatt hat sich wahrscheinlich auf die Berichterstatter der „Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Reich“ usw. verlassen, deren Phantasie über Demonstrationen gewöhnlich von wirklichen Vorgängen abweicht. Wer behauptet, daß Schutzeute mit Steinen beworfen worden seien, beweist nur, daß er die Demonstrationen gar nicht gesehen hat.

Aus diesem Unsiand ist daher auch nur zu erklärlich, wenn der „Vorwärts“, um im Jargon der „Neuen Zeit“ zu reden, „über die Vorkommnisse im blutigsten Kolportageromanstil berichtet hat“. Der „Vorwärts“ hatte nicht notwendig über die Demonstration auf Grund des „amtlichen Polizeiberichts“ zu berichten, sondern hat den Verlauf dieser gewaltigen proletarischen Kundgebung in der gewissenhaftesten Weise beobachtet. Daß die Demonstranten die Schutzeute mit Steinen beworfen haben, ist einfach nicht wahr. Ohne daß erst die friedlich Dahingehenden aufgefordert wurden zurückzugehen, ist auf sie mit dem Säbel eingehauen worden und zwar demnach, daß Leute, die nicht im Geruch sozialdemokratischer Gefinnung stehen, in höchste Empörung gerieten.

Wir halten es deshalb unter unserer Würde, auf das öde Geschimpfe des Winkelblattes einzugehen. Wer gewissenlos genug ist, an nachweisbaren Lügen festzuhalten, hat die notwendigsten Bedingungen des publizistischen Anstandes vermisst.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretung. Die rapid zunehmende Schülerzahl macht den Bau der vierten Gemeindegemeinschaft notwendig, nachdem erst die dritte Schule am 1. April v. J. ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Zu diesem Zweck soll gegenüber der ersten Gemeindegemeinschaft ein Terrain zum Preise von 55 000 M. erworben werden. Diese Schule soll neben ihren 12 Klassen noch die 2. Kochschule und 1 Vorklasse erhalten. Die Baukosten sind auf 333 000 M. veranschlagt. Mit dem Bau soll baldmöglichst begonnen werden. — Dem vorgelegten Ortstatut über die Anstellung eines bediensteten Schöpfen stimmte die Vertretung zu. Die Anstellung infolge der verminderten Bautätigkeit, durch Ausbleiben der Baugeschäfte bis dato ein Defizit von 800 M. zu verzeichnen, welches von der Gemeinde zu decken ist. Unseren Genossen gab dies Anlaß, ihre alte Forderung auf Wenderung des Amtsbezirks in Erinnerung zu bringen, deren Erfüllung der Vertretung einen Einfluß auf die Amtsgeschäfte sichert. In der Angelegenheit des Baues der höheren Schule und des Amthaus wurde als Voraussetzung am 15. September 1905 anerkannt. Die seitherzeit beantragte Heizungsanlage ist nach Prüfung durch Sachverständige als zweckmäßig und den Projekten entsprechend anerkannt worden. Die einbehaltenen Restsumme soll dem Bauausführenden ausgezahlt werden. Die Rechnungs-Kommission gab auf Grund ihrer Quartalsrevision bekannt, daß sowohl bei den direkten Steuern, als auch bei der Umsatz- und Viehsteuer Ausfälle von insgesamt 45 000 M. gegen den Etatsanschlag zu erwarten seien. Die Einkommensteuer vollends decke nicht die Erhebungskosten. In Anbetracht dieses und der damit verbundenen schändlichen Bestimmungen erscheine für die Folge ein Falllassen dieser Steuer angebracht. Seitens unserer Genossen wurde als wesentlicher Grund für den Ausfall der direkten Steuern die übermäßig hohe Veranziehung der unteren Klassen angeführt. Erfolgreiche Reklamationen sowie nicht eingetretene Reste ergeben den Ausfall. — Die Kanalisationsarbeiten für den neu eingemeindeten Ortsteil sollen nach näherer Projektierung einer Dresdener Firma zu einem Teil übertragen werden. Die Gesamtkosten werden sich auf 800 000 M. belaufen. — In der Frage des Feuerwehrens wurde mitgeteilt, daß sich die Vorbehörde bereit erklärt hat, gegen geringe Entschädigung ein telephonisches Meldewesen zu vermitteln. — Ferner hat sich der Kurator der katholischen Kirchengemeinde angeboten, für die Zeit von 8—10 Uhr abends durch die große Glocke der katholischen Kirche Alarm läuten zu lassen. Genosse Grunow gab zu bedenken, daß in letzterem Falle aber doch wohl leicht falsche Vorstellungen erweckt werden könnten. In gewissen Zeiten müsse man dann nämlich annehmen, es brenne fortwährend. Dieser Einwand fand volles Verständnis. — Verschiedene Gerüchte von Gemeindevorständen wurden teils erledigt, teils bis zur Staatsberatung zurückgestellt. — Die Gemeindevorstände beantragte zur Erleichterung des Kassengeschäfts Scheckverkehr einzuführen. Diesem Antrage wurde zugestimmt.

Reuthen.

Die Gemeindevorstände ist mangelhaft aufgestellt! Das sieht heute nach kurzer Einsichtnahme schon fest. Bestimmt nicht aufgenommen sind z. B. alle Chambregarnisten, die im Sinne der Landgemeindevorstände als selbständig gelten. Den Parteigenossen erwünscht deshalb die doppelte Pflicht, auf dem Posten zu sein, um durch Einsichtnahme und eventuell Antrag auf Aufnahme in die Liste ihr Wahlrecht für die im März stattfindenden Wahlen zu sichern. Die Liste liegt aus bis zum 30. Januar, täglich von 8—12 Uhr, im Gemeindeamt. Sorge jeder einzelne heiztellen für die Sicherung seines Wahlrechts. Wer an der persönlichen Einsichtnahme absolet verhindert ist, gebe seine Adresse, möglichst mit Legitimation, im Restaurant Raedo ab, damit die Einsichtnahme rechtzeitig bewirkt werden kann.

Reinickendorf.

Der Totschlag, über den wir bereits berichteten, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Wie die Ermittlungen ergeben haben, hat der nach längerem Krankenlager verstorbene Fischhändler Köppen aus der Amendestraße am Freitagabend voriger Woche sich in einer Gastwirtschaft in der Verliner Straße aufgehalten und spielte dort mit einigen Bekannten Skat. Zwischen den Spielern entstand wegen Nichtbedienens einer Karte Streit, in den sich auch verheiratete „Nebige“ hineinmischten. Köppen, ein sehr ruhiger Mann, verließ daraufhin das Restaurant, um sich nach Hause zu begeben. Mehrere der bei dem Streite beteiligten Personen verfolgten ihn, und an der Ecke der Verliner- und Reindenzstraße kam es dann zu einer Schlägerei, bei welcher K. derartig heftig zugerichtet wurde, daß er bestimmungslos liegen blieb. Die Schuldigen ergriffen die Flucht, ohne sich weiter um ihr Opfer zu kümmern, das dann später von Passanten aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht wurde. Wie festgestellt wurde, war auch ein Straßenbahnkassierer bei dem Spiel beteiligt, doch hatte dieser erst längere Zeit nach dem Streit das Lokal verlassen. Weder er, noch andere im Restaurant gefundene Personen vermochten über die an der Prügelei auf der Straße beteiligten Personen irgend welche Auskunft zu geben. Aus den Verhörungen, die der Verstorbenen am Tage vor seinem Tode machte, als er für kurze Zeit wieder das Bewußtsein erlangt hatte, ist zu entnehmen, daß bei der Schlägerei nur zwei Männer beteiligt gewesen sind, die jedoch bisher nicht ermittelt werden konnten.

Pankow.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Röber den Vorstandsbericht. Danach hat der Verein jetzt 651 Mitglieder gegen 675 im Vorjahre. Dieses Rinus an Mitgliedern erklärt sich daraus, daß Franz-Buchholz seit dem Vorjahre ein selbständiger Bezirk geworden ist. Von den 651 Mitgliedern entfallen auf den Ort Pankow 579 (550), Schönwalde 52 (38), Klosterfelde 18 (—), Gr.-Schönebeck 7 (5). Im Bezirk wurden im Jahre 1907 13 öffentliche und 34 Mitgliederversammlungen abgehalten, davon in Pankow 5 bzw. 9. Verbreitet wurden am Orte drei Flugblätter und ein Handzettel, dagegen ein Flugblatt und drei Handzettel im ganzen Bezirk. Außerdem gelangte eine Broschüre (Fischers Rede im Reichstag) in 4500, der Kalender in 4500 und eine Agitationsnummer des „Vorwärts“ in 5000 Exemplaren zur Verbreitung. Insgesamt wurden 65 000 Flugblätter verbreitet. Aus dem Bericht über die Landagitatorik war zu ersehen, daß auch hier die Bewegung von den Behörden peinlich beobachtet wird. So mußte z. B. Beschwerde erhoben werden gegen die Maßnahmen der Amtsdirektor von Schönebeck, Schönwalde und Stolzenhagen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 3129,70 M. und eine Ausgabe von 2005,79 M. auf. In den Kassenbericht knüpfte sich eine Diskussion. Röber empfahl, augenblicklich noch keine Gelder an den Kreisfiskalier abzuführen, da in verschiedenen Orten des Bezirks (Pankow, Klosterfelde, Schönwalde) Gemeindevertreterwahlen bevorstehen, die jedenfalls erhebliche Kosten verursachen werden. Demgegenüber erinnerte Kubig an einen Kreisbeschluss, nach welchem der Kassenbestand eines Bezirks nicht so hoch sein soll. Nachdem die Genossen Pankow, Fenzler, Walter, Spielermann und Hilmann sich hierzu geäußert hatten, wurde diese Angelegenheit dem Vorstand überwiesen. Hierauf gab Freiwald den Bericht über den augenblicklichen Stand der Bibliothek. Er führte aus, daß sich in dieser noch Lücken befinden, welche noch ausgefüllt werden müssen. Weiter beschwerte er sich über die Nachlässigkeit der Genossen beim Ablesen der Bücher und forderte zur regeren Benutzung der Bibliothek auf. Nach einer regen Diskussion hierüber wurde der Vorstand beauftragt, eine Kommission zu wählen, welche sich mit dem Ausbau der Bibliothek beschäftigen soll. Zur Statutenberatung empfahl Genosse Röber die Annahme des Entwurfs mit der darin vorgeschlagenen Reorganisation. Danach wird der Ort Pankow in zwei Abteilungen zerlegt. Als Grenzlinie ist die Stettiner Bahn genommen, welche Pankow in der Mitte durchquert. Durch diese Abänderung sollen die Funktionen entlastet werden, wodurch die Möglichkeit geschaffen ist, eine regere Agitation als bisher im Orte zu entfalten. Nachdem sich Kubig, Schmidt und Richter dagegen, Jützig, Spielermann, Vonziger und Hilmann dafür ausgesprochen hatten, gelangte ein Schlusssatz zur Annahme. Das Statut gelangte gegen zwei Stimmen zur Annahme. Die Wahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Röber, 2. Vorsitzender Korte, Hauptfiskalier Niebe, Schriftführer Hilmann, Agitationskommission Völter, Kochanowski und Schmidt, Abteilungsführer Jützig und Otto, Abteilungsfiskalier Kause und Staub, Lokalkommission Rabenow und Glüh, Revisoren Fenzler, Rühl und Wolf. Hierauf erfolgte die Wahl der Delegierten Groß-Berlins. Bei der Beratung des Kreisstatuts soll den Delegierten freie Hand gelassen werden.

Tegel.

Ein Substanz. Das durch seine Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie fassam bekannte Winkelblättchen der „Tegeler Anzeiger“ (Amtsblatt) bringt über die Demonstration gegen das bestehende Landtagswahlrecht die offiziöse Polizeinotiz mit folgender reaktionärer Schlussbemerkung: „Wie jetzt bekannt wird, hat die Sozialdemokratie u. a. die Parole ausgegeben, Frauen und Kinder mit nach der Reichshauptstadt zu bringen, um sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Das ist die größte Schmach für die deutsche Sozialdemokratie. Es ist feig und niederträchtig Frauen und Kinder als Deckmantel zu benutzen.“

Es ließe sich dem Verfasser der Notiz zu viel Ehre antun, wollten wir sachlich darauf erwidern. Nur feststellen wollen wir, daß der Redakteur des Blattes seinerzeit zu feige war, die gegen unseren Genossen Stadthagen erhobenen perfiden Anschuldigungen trotz ergangener Einladung in öffentlicher Versammlung zu widerlegen und zu beweisen. Unsere Leser werden daher nicht erwarten, daß wir an den oben wieder gegebenen Dreißigwanz irgend welche sachliche Bemerkung knüpfen wollen.

Gerichts-Zeitung.

Zurechtweisung eines Schuttmanns — großer Unfug!

Eine Frau, die vor ihrer Haustür in der Vintienstraße saß, wurde von einem vorübergehenden alten Manne, der dem Alkohol übermäßig zugesprochen hatte, durch sinnlose Redensarten belästigt. Die Frau holte den in der Nähe auf Posten stehenden Schuttmann Treptau herbei, damit er den Betrunkenen entferne. Raum war der Schuttmann hinzugefahren, da lag der alte Mann auf dem Fahrdamm im Schmutz. Leute, die in der Nähe herankamen, wollen gesehen haben, daß der Schuttmann Treptau den alten Mann durch einen kräftigen Stoß zu Boden geworfen hatte. Einer der Umstehenden, der Schraubendreher Paffel, trat an den Schuttmann heran und sagte, es sei doch eine Brutalität, einen alten Mann so hinzustoßen. Als Paffel sein Notizbuch vornahm, um sich die Nummer des Schuttmanns aufzuschreiben, bekam auch er einen Stoß vor die Brust, daß er beinahe hingefallen wäre. Schuttmann Treptau brachte nun den Betrunkenen nach der Wache. Eine große Menschenmenge, die sich während des Vorfalls angesammelt hatte, folgte dem Transport. Aus der Menge wurden Rufe: „Haut doch den Blauen!“ ausgestoßen. — Später ging auch Paffel nach der Polizeiwache, um sich über das Verhalten des Schuttmanns Treptau zu beschweren. Man nahm aber nur die Personalien des Beschwerdeführers an und schickte ihm dann einen Strafbefehl, weil er den Schuttmann Treptau in einer Amtshandlung gehindert und dadurch großen Unfug verübt haben soll. Das Schöffengericht hat den Strafbefehl bestätigt und Paffel zu 80 Mark verurteilt! Dieser Tage hatte sich die Berufungs-Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen. Paffel schilderte den Vorfall in der angegebenen Weise. Mehrere Zeugen bestätigten seine Darstellung. Besonders sagten sie auch, sie hätten bestimmt gesehen, daß der Schuttmann den Betrunkenen auf den Dam geworfen habe. Schuttmann Treptau behauptete dagegen, er habe den Betrunkenen ohne Gewalt zurückgeschoben und dann habe sich derselbe selbst auf den Dam gelegt. Treptau bestritt auch, den Angeklagten gestoßen zu haben und behauptete, dieser sei der ärgste Madamacher in der Menge gewesen und habe auch gerufen: „Haut doch den Blauen!“ Andere Zeugen stellten das in Abrede. Sie haben den Ruf wohl gehört, wissen aber bestimmt, daß Paffel ihn nicht ausgestoßen hat und daß er überhaupt nichts gegen den Schuttmann tat. Da Paffel einige Schritte hinter dem Schuttmann ging, habe dieser gar nicht bemerken können, was Paffel tat. — Am Donnerstag verkündete das Gericht in dieser Sache das Urteil, welches dahinging: Die Verurteilung des Angeklagten wird verworfen. Das Gericht ist zu denselben tatsächlichen Feststellungen gekommen wie die erste Instanz und hält deshalb die Strafe von 80 M. für angemessen.

Die Rechtsprechung ist in Preußen mithin so weit, daß weit über das Militär-Beschwerderecht hinaus ein Bürger zur Verfolgung gezogen wird, weil er sich über dieses Vorgehen eines Schuttmannes beschwert hat. Ein Land mit solcher Judikatur ist kein Rechtsstaat.

sondern rüchständiger als der Polizeistaat des unberühmten absolutistischen Regiments.

Boykott der Restauration der Schmiedeherde ist keineswegs großer Unfug.

Grober Unfug sollte es sein, daß der Verband der Schmiede eine ungeschickte Maßnahme des Vorstandes der Schmiedemeinnung durch den Boykott der Restauration der Schmiedeherde abzuwehren suchte. Der Innungsvorstand hat die Arbeitsnachweisordnung ohne Zustimmung des Gesellenausschusses zuzunehmen durch den Boykott der Restauration der Schmiedeherde abzuwehren gesucht. Der Innungsvorstand hat die Arbeitsnachweisordnung ohne Zustimmung des Gesellenausschusses zuzunehmen durch den Boykott der Restauration der Schmiedeherde abzuwehren gesucht. Der Innungsvorstand hat die Arbeitsnachweisordnung ohne Zustimmung des Gesellenausschusses zuzunehmen durch den Boykott der Restauration der Schmiedeherde abzuwehren gesucht.

§ 153.

Im Sommer v. J. fand bei der Firma Berner u. Menchen zu Kleinisdorf ein Streik der Metallarbeiter statt. Bei Gelegenheit dieses Ausstandes sollte der Dreher Schumm eine Arbeitswillige Frau Marquardt durch Anwendung körperlicher Gewalt und Drohungen zum Einschluß an den Streik zu bestimmen versucht haben. Schumm hatte sich deshalb vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Bedrohung und Vergehens gegen § 153 zu verantworten. Die als einzige Zeugin vernommene Belastungsgewinnin Frau Marquardt vermochte jedoch nicht zu bezeugen, daß Schumm auch nur ein einziges drohendes Wort zu ihr gesprochen habe. Dieser habe sie angefaßt, damit sie auf ihn aufmerksam werde, und gesagt: „Hier wird gestreikt!“ Auf die Antwort der Zeugin: „Das weiß ich!“ habe Schumm sie sofort losgelassen. Trotz dieser Befundung beantragte der Staatsanwalt gegen den unbescholtene Angeklagten eine Strafe von 2 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte in Hebereimerstimmung mit dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt Heinemann, auf Freisprechung.

Der Bauarbeiter Ulrich war im Herbst v. J. wegen des folgenden Vorfalls aus dem letzten Bauarbeiterstreik von dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und Körperverletzung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden: Am 17. Juni 1907, während der Bauarbeiterausperrung, begab sich der Arbeiter Schulz nach dem Arbeitsnachweis für Bauarbeiter, in der Beuthstr. 3, um dort Arbeit zu suchen. Als er herauskam, führte ihn ein Streikposten nach den „Arminhallen“ in der Kommandantenstraße, woselbst das Streikkomitee sein Bureau aufgeschlagen hatte. Dort sollte nun Ulrich den Schulz gefragt haben, ob er nicht wisse, daß gestreikt werde, ihn beschimpft und in den Rücken gestoßen haben. Ulrich legte gegen das ihn verurteilende Erkenntnis Berufung ein. Er bezieht sich auf einige in den „Arminhallen“ gerade anwesende ausgesperrte Bauarbeiter und der ebenfalls zugegen gewesenen Melner dafür, daß auf seine ruhige Frage an Schulz, ob er nicht wisse, daß Streik sei, dieser ihn sofort mit den Worten: „Du Vollgestreifter, gibst mir doch nichts“ beschimpft habe. Angeklagter will darauf den Schulz lediglich zum Verlassen des Lokals aufgefordert haben, ohne diesen förmlich zu berühren. Demgegenüber blieb Schulz ganz und gar bei seinen Behauptungen. Er bestritt unter keinem Erbe, den Angeklagten als Vollgestreiften beschimpft zu haben. Dagegen sei er vom Angeklagten beleidigt und geschlagen worden. Die sämtlichen übrigen Zeugen bestätigten jedoch in allen Punkten die Darstellung des Angeklagten. Insbesondere bezeugte der völlig unbeteiligte Melner in Hebereimerstimmung mit den übrigen Zeugen, daß Schulz den Angeklagten ohne jeden Anlaß als Vollgestreiften bezeichnet habe. Dieser habe den Zeugen lediglich zum Verlassen des Lokals aufgefordert, ihn aber nicht berührt. Der Staatsanwalt, der ebenfalls Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegt hatte, beantragte trotz dieses in der Verhandlung festgestellten Sachverhalts mit der Begründung, daß Arbeitswillige unter allen Umständen eines energischen Schutzes bedürfen, eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, wandte sich scharf gegen diesen Antrag, der wohl noch kein Vorbild habe, selbst wenn man die Stellung der Anklagebehörde gegen die streikenden Arbeiter berücksichtige. Daß Schulz zuerst geschimpft habe, sei mit absoluter Sicherheit erwiesen. Schulz habe dies endlich abgelehnt. Damit sei sein Zeugnis erschüttert. Schlußmitemals habe Angeklagter die ihm von Schulz zugefügte Beleidigung mit einem leichten Stoß erwidert. Dann aber liege höchstens eine einfache leichte Körperverletzung als Erwiderung auf die Beleidigung vor. Ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Schulz, entgegen seiner eidlichen Aussage, den Ulrich zuerst als Vollgestreiften beschimpft, daß dieser darauf aber den Schulz einen Stoß gegeben habe. Den Ulrich wegen der ihm zuerst zugefügten Beleidigung strafflos zu lassen, sei nicht am Platz, ebensowenig, trotzdem der § 153 der Gewerbeordnung keine Anwendung finde, da Ulrich den Schulz nicht zum Anschluß an den Streik habe bestimmen wollen, die Verhängung einer Geldstrafe. Es erscheine eine Gefängnisstrafe angemessen, die aber auf 1 Woche herabgesetzt sei.

Ein Unmenschen

stand am Mittwoch vor dem Erfurter Schwurgericht in der Person des Dienstrechts Rudolf Löffke aus Dannheim bei Arnstadt (Schwarzburg-Sondershausen). Er hatte Anfang November die von ihm geschwängerte 19jährige Dienstmagd Rosa Baumann in Dannheim abends in einen tiefen Brunnen geworfen, nachdem er sie kurz vorher noch geschlechtlich mißbraucht hatte. Nach der Tat ging er ruhig seines Weges nach Haus und legte sich ins Bett. Die Baumann hatte sich aber, als sie wieder an die Oberfläche des Wassers kam, an der Pflanzersöhne kranken und nach vieler Mühe gelang es ihr, aus dem Brunnen heraufzukommen. Sie konnte sich auch nach Hause schleppen und Anzeige gegen ihren früheren Liebhaber machen. Der Angeklagte gab seine Untat ohne jede Erregung zu und nahm auch das auf 10 Jahre Zuchthaus lautende Urteil gefaßt entgegen. Der Staatsanwalt hatte nur 6 Jahre beantragt.

Das Automobil und die Profession.

Am katholischen Fronleichnamstage hatte der Fabrikant M. aus Düren mit zwei verwandten Damen einen Automobilausflug gemacht. Als man bei Ingelbroad einer Fronleichnamspredigt begegnete, verfuhr der Fabrikant langsam vorbeizufahren. In einer engen Stelle der Straße, wo der Schluffweg gegeben werden sollte, wollten mehrere Teilnehmer das Automobil nicht vorbeilassen. Der Fabrikant versuchte deshalb rückwärts zu fahren, wodurch das

bekannte Knattern entstand. Da ergriff der Ackerer Th. ein am Wege liegendes Kammertuch, womit er mehrfach gegen das Automobil schlug. Eine Anzahl Professionsangehöriger saßen das Auto, warfen es mit vereinten Kräften um und durchschnitten sämtliche Gummistreifen. Eine der Damen wurde hinaufgehoben und wurde ohnmächtig. Der Fabrikant kam unter das Auto zu liegen und wurde verletzt.

Infolge des „schlechten Gedächtnisses“ der Professionsangehöriger konnte nur einer der an dem brutalen Exzess beteiligten Fremden ermittelt werden. Dieser erhielt vor der Strafkammer in Aachen — 50 M. Geldstrafe. Der Ackerer Th. wurde freigesprochen, da ihm die Absicht, auf die Insassen des Wagens einzuschlagen, nicht nachgewiesen sei. Der Mann wollte vermutlich mit dem Wüchsten den Staub von dem Auto entfernen.

Aus der Frauenbewegung.

Ein liberales Grüppchen.

Ein Grüppchen Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts, in dem die Ansichten sehr stark variierten, hat sich unter der Firma „Liberales Frauenpartei“ zusammengefunden. Am Mittwoch hielt die Partei eine Versammlung ab, in der Fräulein Lischewitsa über das neue Vereinsgesetz referierte. Zu dieser für die Frauenwelt doch nicht unwichtigen Tagesordnung hatten sich bis gegen 1/2 Uhr schon 30 Personen eingefunden, einschließlich 1/2 Duzend Männer. Gegen Schluß der Versammlung war die Besucherzahl auf circa 40 angewachsen, was die Vorsitzende veranlaßte, ihr Entzücken über die gefüllte Versammlung auszusprechen. Die Bescheidenheit ist aber auch am Plage, denn daß der von der Referentin und von der Vorsitzenden der Versammlung produzierte Liberalismus noch so viele Zuhörerinnen anlocken kann, muß Wunder nehmen. Fräulein Lischewitsa fand z. B. einen Fortschritt darin, daß nach dem Entwürfe der Regierung in Zukunft der überwachende Beamte die Versammlung nicht mehr sofort selbst auflösen darf, sondern zunächst den Vorsitzenden auffordern muß, die Strangulation zu vollziehen und erst dann, wenn ihm der Gehorsam versagt wird, die freien Deutschen nach Hause jagen darf. Aber es kam noch besser. Der Paragraph 7 des neuen Gesetzentwurfes ist nach Fräulein Lischewitsa Ansichten nicht ganz unbedenklich. Den Dänen und Elsh-Lotbringern will sie gnädig die Unterhaltung in der Muttersprache zugelassen wissen, aber, da die Gerichtssprache usw. deutsch ist, auch in diesen Landesteilen, so hält sie es für gefährlich, wenn in Versammlungen in fremder Sprache debattiert wird. Das ist nach ihrer Meinung in den dänisch sprechenden Landesteilen schon bedenklich, in den polnischen Provinzen aber noch weit schlimmer, ja direkt gefährlich und darum sei das Sprachverbot in bezug auf die polnische Sprache berechtigt. Gegen solchen Liberalismus können nicht einmal die Aepfel und Pfirsche konfiszieren, höchstens kann das noch die Vorsitzende der Versammlung, die das Sprachverbot in bezug auf die Dänen verteidigte mit der Erklärung, es sei ganz richtig den Antrieben jener einen Riegel vorzuschieben. Zwei andere Damen vom Vorstande wandten sich gegen die fossilen Ansichten der beiden liberalen Rednerinnen. Fräulein Lischewitsa beendete dann noch eine neue liberale Qualifikation, indem sie mit einem fälschen Salomortale über den springenden Punkt hinwegpolitierte und pathetisch erklärte, sie sei aus nationalen Gründen gegen eine Abreise von deutschen Landesteilen. Die Dame darf sich als Ehrenmitglied im Parlament melden. Gut abgerichtet wurde die Vorsitzende durch einen anwesenden Dänen. Er schilderte die polizeilichen Schikanen, die so weit gehen, daß Hochzeiten polizeilich überwacht werden. Es sei sogar passiert, daß bei solcher Gelegenheit verboten wurde, Volkslieder zu singen, man habe nur Choräle anstimmen dürfen. Auf den Einwand der Vorsitzenden, daß ein solcher Eingriff in die Volkrechte doch wohl nur auf die Dummheit eines einzelnen Beamten zurückzuführen sei, und dieser sicher seine Strafe erhalten habe, antwortete der Herr, der Beamte habe keine Strafe, sondern kurze Zeit darauf einen Orden erhalten. Darauf argumentierte die leitende liberale Dame mit Schlüsselzuden. Die Ausführungen der Referentin sowohl wie auch der liberalen Vorsitzenden zeigen wieder deutlich, welche tiefe Kluft die bürgerlichen Frauen von den sozialdemokratischen trennt. Allen denen, die da glauben, daß in bestimmten Fragen wenigstens ein Zusammengehen beider Richtungen möglich sei, sollte endlich ein Licht aufgehen über die Verschiedenartigkeit beider Anschauungen und Interessen.

Wegen des Liberalismus.

Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht erklärt das Verhalten der Vertreter der freisinnigen Parteien im Abgeordnetenhaus bei der Debatte über die Reform des Landtagswahlrechts für unbillig. Sie spricht den Abgeordneten, die nicht ein energisches Wort der Abgabe an den Fürsten Willow fanden, das Recht ab, sich Volksvertreter zu nennen, da sie durch ihr Verhalten Verrat an dem höchsten Rechte des Volkes geübt haben.

Gleichzeitig erklärt sich die Ortsgruppe gemäß der auf der Frankfurter Tagung des Verbandes angenommenen Resolution bereit, jede energische Agitation zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen zu unterstützen, gleichviel von welchen Parteien oder Personen sie ausgeht.

Der Vorstand der Ortsgruppe Berlin.

Die Frauenwahlrechtsbewegung in Schweden.

Der schwedische Reichstag hat im Frühjahr 1907 den Regierungsentwurf über die Wahlrechts- und Verfassungsreform angenommen. Diese Reform kann erst Gesetzeskraft erlangen, wenn sie von dem im Jahre 1909 zusammentretenden neuen Reichstag endgültig beschlossen wird. Sie entspricht nicht dem Ideal des allgemeinen gleichen Wahlrechts, besonders was die kommunalen Wahlen anbelangt, die auch für die Zusammensetzung der ersten Kammer des Reichstags maßgebend sind. Das ungeheure System, das dem großen Steuerzahler in den Städten bis zu 100, auf dem Lande gar bis 6000 Stimmen gibt, wird zwar stark abgeschwächt, indem nun 40 Stimmen das Maximum sein soll, jedoch nicht beseitigt. Der größte Mangel der Reform ist jedoch, daß die Frauen bei der Reform gänzlich unberücksichtigt bleiben. Für sie kam bei der Sache nichts anderes heraus, als daß der Reichstag die Regierung auf-forderte, bis zum nächsten Jahre eine Untersuchung über die Frauenwahlrechtsfrage zu veranstalten.

Innerhalb der Landesvereinigung für das politische Frauenwahlrecht, die jetzt über 10 000 Mitglieder zählt und sich über ganz Schweden erstreckt, hatte man sich offener Hoffnung gemacht, daß die schwedische Regierung dem Reichstag in diesem Jahre zwecks Einführung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts einen Ergänzungsvorschlag zu der allgemeinen Wahlrechtsreform vorlegen werde. Jene Landesvereinigung hielt am 8. und 9. Januar in Götting ihre Jahresversammlung ab, die zuguterletzt auch über die Frage beraten sollte, was aus der Vereinigung für das politische Frauenwahlrecht werden solle, wenn sie ihr Ziel erreicht habe. Man erlaubte jedoch, daß dieser Punkt der Tagesordnung nicht so dringend war. Wie die Vorsitzende Fräulein Anna W. Hiltel mitteilte, hat nämlich die Regierung beschlossen, dem diesjährigen Reichstage keinen Vorschlag über das Frauenwahlrecht vorzulegen. Als Grund dafür gab der Ministerpräsident Vinman unter anderem an, daß die Regierung es nicht wagen wolle, eine so starke Vermehrung der Wählerscharen vorzuschlagen, bevor man Erfahrungen über die Wirkung der nun räumenden großen Wahlrechtsreform gesammelt habe. Wie lange es dauern wird, bis der Ministerpräsident die nötigen Erfahrungen mit dem neuen Wahlrechtssystem der Männer gesammelt hat, kann man schwer voraussagen. Jedenfalls wird es wohl eine

Reihe von Jahren dauern. Die Landesvereinigung berief eine Professionsversammlung gegen das Verhalten des Ministeriums.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Tempelhof. Freitag, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof, Berliner Straße 9: Vortrag, Herr Kurt Feinig: „Einiges aus der Geschichte der Ede“.
Spandau. Freitag, den 17. Januar, 8 Uhr, im Restaurant Julius Feuerherdt, Kurstr. 21: Vortrag, Genossin Plum.
Rummelsburg. Sonntag, den 19. Januar, 5 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Vorhagen 56: Rezitation. Schriftsteller Hugo Feind.
Berlin. Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Zweiter Vortrag aus dem Zyklus: „Zur Geschichte der Frau“.
Charlottenburg. Mittwoch, den 23. Januar, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kofenstr. 3: Vortrag, Genossin Philipp Wulfe: „Naturheilkunde führt zur Gesundheit; Medizinheilkunde führt zu Krankheit und dauerndem Siechtum“.

Vermischtes.

Beim Rodeln verunglückt. Einer Meldung aus Tübingen zufolge verunglückten vorgestern abend in Gabelbach beim Rodeln der Bädermeister Finke und dessen Ehefrau. Finke ist schwer verletzt, seine Frau war infolge von Genickbruch sofort tot.

Drei Bergleute getötet. Aus Oberhausen wird von gestern gemeldet: Auf Schacht 2 der hiesigen Zeche „Concordia“ wurden gestern abend durch eine Explosion schlagender Wetter drei Bergleute getötet.

Erdbeben. Die Instrumente der Hamburger Hauptstation für Erdbebenforschung registrierten gestern nachmittags um 2 Uhr 10 Min. ein Erdbeben mittlerer Stärke in einer Entfernung von ungefähr 9000 Kilometer. Die Aufzeichnungsdauer betrug etwa 1 1/2 Stunden.

Ein Miesbrand. In Renora ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Winnepes meldet, Kanadas größte neueste Getreidemühle in der letzten Nacht durch ein Feuer gänzlich zerstört worden.

Häuserentwurf durch eine Bodensenkung. Wie aus Madrid gemeldet wird, sind in Rio Tinto infolge einer Bodensenkung mehrere Häuser eingestürzt, doch sind Menschen nicht verunglückt, da niemand in den Häusern war. Ungefähr 20 Häuser wurden geräumt. Die Bodensenkung wurde dadurch veranlaßt, daß die Stützpfeiler in den Grubengängen durch steinerner Pfeiler ersetzt wurden. Tausende von Bergarbeitern sind drohlos.

Eingegangene Druckschriften.

Zur Italienerfrage in der Schweiz von Val Lorenz. 25 Bf. Drud von D. Börsig, Jülich V.
„Praxis“ Schloßes Sprechsystem. Englisch, 10 Bänder a 50 Pf., Komplet in 10 Bänden 6.—. Verlag A. Singer u. Co., Berlin O. 2.
Die kapitalistische Mausefalle von A. Gemoll. 33 Seiten. Verlag A. Owen u. Co. in Leipzig.
Die Waffen der Wehrlosen. Raimundwissenschaftliche Blaudezel. Von H. Weiten. Oct. 250 M. Verlag J. Schöber, Berlin N. 4.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstags abends 8 Uhr, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fabrikgebäude, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Westfäl. 2 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.
H. S. 52. Ja. — H. S. 100. Senden Sie sich direkt an das Präsidium oder an die Direktion der Feuerwehr. — H. S. 77. 1. und 2. Reim. 3. und 4. Ja. — Streiffrage. Reim. — H. S. 1. und 2. Ein Kind kann nicht verschluckt werden. Es kann nur adoptiert werden. Hierzu ist Einwilligung der Mutter und Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich. Der Adoptionsvertrag ist notariell oder gerichtl. zu schließen und kostet 50 M. 3. Reim, erst für reiferes Alter. — H. S. 13. Eine bestimmte Größe ist nicht vorgeschrieben. — H. S. 100. Senden Sie sich an die Oberpostdirektion. Sie erhalten von derselben die Bezeichnung. — H. S. 10. Leider nein. — H. S. Frankfurter. 38. Der Vertrag läuft weiter: die angezogenen Paragraphen nehmen Ihnen das Kündigungsrecht. — H. S. 10. In beiden Fällen haben Sie sich an das Gericht unter Vorlegung des Sachverhalts und Mitteilung Ihres Interesses zur Sache mit dem Antrage auf Abschl. zu wenden. — H. S. Reuendorf. 1. Wegen der fehlenden Sagen können Sie einen entsprechenden Abtrag machen. 2. Wenn die Beschaffenheit der Wohnung mit erheblicher Gefährdung der Gesundheit verbunden ist, so kann der Mieter den Vertrag aufheben und Schadenersatz verlangen. Geden Sie ausdrücklich vermerken, daß Sie die Sachen aufbewahren wollten, so sind Sie für dieselben verantwortlich, sonst nicht. — H. S. 444. Festen Sie die Abtretung an, wenn Sie nachweisen können, daß der neue Hypothekenshahler die Hypothek nur zum Schein oder in der Kenntnis gekauft hat, daß dadurch die Gläubiger benachteiligt werden würden. Wenn ein Erbschaftsgegenstand von Ihnen kann außerhalb der Schuldner und sein Nachfolger befreit werden. — H. S. 29. Leider hat die Frau kein Recht auf das Geld, das gemeinlich erworben ist. Auch die Erziehung der Kinder steht dem Vater zu. Die Ehefrau kann in Ihrem Falle sich nur an das Gericht wenden, barlegen, welche Gründe das Zusammenleben unmöglich machen und beantragen, das Getrennleben zu gestatten und die Erziehung der Kinder ihr zu übertragen. Falls dies genehmigt wird, hat der Mann in vollem Umfange zu haften. — Großbeerstraße 100. Sind Sie im Januar zugezogen, so steht der Dienstlohn nicht das Recht zu, Weihnachtsgeld entgegenzunehmen. — H. S. 100. Sie haben nur bis zum 1. Januar 1908 die Kirchensteuer zu zahlen. — Haus. Der Verband der Steinarbeiter befindet sich Oleimstraße 38 II. E. Winter, Vorsitzender. — Krankenversicherungsgesetz. 1. Der Patient entspricht dem Gesetz. 2. Wenn Ihre Frau beweisen kann, daß sie am 18. Dezember für zwei Wochen das Geld angeboten hat, so wird sie voraussichtlich gewinnen. Sie möchte bei der Gemeindeabteilung, Stralauer Straße 1—3, zunächst fragen, die Fälle zu beurteilen, die Mitglieder Ihrer Frau anzuerkennen. — Arb.-L. Schwaberg. Senden Sie zur Prüfung ein. — 999. Reim, da Sie im Jahre 1905 aus der Kirche ausgetreten sind, haben Sie nur bis zum Schluß des Jahres 1906 Kirchensteuer zu zahlen. — J. S. 30. 1. Da Ihre Tochter Gewerbebetriebl. ist, so hat sie das Weibnachtsgeld nicht abzugeben, wäre sie Dienstlohn. Sie möchte sich das Weihnachtsgeld, falls es noch vorhanden ist, zurückgeben, oder eine Aufrechnung sich gefallen lassen müssen, wenn durch Ihre Schuld vorzeitig das Dienstverhältnis gelöst ist. Auch das ist nach Ihrer Schilderung nicht der Fall. Ihre Tochter soll es auf eine Klage ankommen lassen. — J. S. 98. 1. Sehr wohl. Die Versammlungen können auf und fördern die Organisation. 2. Wenn es sich um dieselbe Krankheit dreht, so wird die Dauer der zweiten Krankheit den zwölf Monaten zugerechnet. — Sp. 600. Ihre Großmutter wird von ihren Kindern beerbt. Sind die Kinder verstorben, so treten an deren Stelle deren Kinder. War Ihre Mutter die einzige Tochter Ihrer Großmutter, so erben Sie und Ihr Neffe. — H. S. 100. Leider hat die Kasse recht. — Fr. S. 1903. 1. Reim. 2. Das kommt auf den Wortlaut des Erkenntnisses an. 3. An die Berufungskommission, event. an das Reichsversicherungsamt. — W. M. 1000. Sie sind entschieden im Unrecht.

Wasserstands-Notizen
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. I.	seit 14. I.	Wasserstand	am 15. I.	seit 14. I.
	em	cm		em	cm
Remel, Müst	284	-9	Saale, Großh.	131	-12
Bregel, Jüterburg	87	+7	Havel, Spanbau	100	0
Wesche, Thorn	216	-6	„ „ „ „	144	+8
Oder, Ratibor	138	-2	Spree, Waldenow	100	0
„ „ „ „	138	+4	„ „ „ „	156	0
„ „ „ „	270	+9	„ „ „ „	59	+1
„ „ „ „	173	+4	„ „ „ „	2	-14
„ „ „ „	114	+9	Rhein, Magmillandau	250	0
„ „ „ „	109	-17	„ „ „ „	89	-12
„ „ „ „	33	-2	„ „ „ „	100	-18
„ „ „ „	176	-8	„ „ „ „	14	-5
„ „ „ „	91	-8	„ „ „ „	100	0
„ „ „ „	83	-5	„ „ „ „	53	-1

+) + bedeutet Hoch, — Fall — *) Unterpegel. — *) Zustand — *) Trübs. — *) Grundfels. — *) Grundelstreiben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 17. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lohengrin.
(Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. König Heinrich V.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerstücke. Agnes und sein Ring. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia. Er und seine Schwester.
Anfang 8 Uhr.
Lesing. Die Stützen der Gesellschaft.
Loring. Die Entführung aus dem Serail.
Führerhaus. Panna.
Neues Schauspielhaus. Jüdischer. Blaubart.
Neues. Helmat.
Kleines. Mandragola.
Schauspielhaus. (Schauspielhaus-Theater.)
Die Hermannschlacht.
Schiller-Charlottenburg. Philister.
Die Lore.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. König Heinrich.
Wehen. Ein Bolsertraum.
Theater an der Spree. Hofmusik.
Komische Oper. Louise. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Weidens. Ganz der Papa.
Luisen. Das Heiratsnest.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Die arme Miese.
Bürgerl. Schauspielhaus. Mutter und Sohn.
Carl-Ludwig-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Hippolyt. Omas. La belle Alexia.
Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Jolles Caprice. Mal was anders.
Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Japantreich. Tannhäuser.
Monna Vanna.
Kafino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die Jüngsten Engländer.
Spezialitäten.
Borussia-Variété. Kärzer. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal 8 Uhr:
Ingenieur Kellner: Die Stahlwerk-Industrie.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Privatdozent Dr. Ristenpart: Die Chemie der Sonne.

JOSETTI VERA

Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem

10 St. nur 30 Pfg.

Josetti

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Hörsaal 8 Uhr:
Ingenieur Kellner: Die Stahlwerk-Industrie.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Privatdozent Dr. Ristenpart: Die Chemie der Sonne.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erste Klasse 15.
Sonntag, den 18. Januar:
Erstes großes schwarz-weiß-rotes **Karnevals-Fest**
Einheitspreis 3 M.
Gültig f. alle vereinig. Etablissements.

Residenz-Theater.
— DIRECTION: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Marx und Desvallières. Deutsch v. R. Schönhan.
Baron des Andrats: Rich. Alexander.
Sonntag, den 18. Januar zum erstenmal: „Gibt.“
Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr: **Geben Sie nichts zu ver-sollen?**

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Ruth St. Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere **erstklassige Spezialitäten.**

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch kunstvollgestalt. **Nestrum, Komiker.**
Prolongiert 1 Prolongiert 1
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Variétékünstler.
Tumel: **Sockbierfest, Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.**
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Fern. Scham.
Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Das Heiratsnest.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Wag und König.** Abends: **Krieg im Frieden.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Krieg im Frieden.** Abends zum erstenmal: **Wallensteins Tod.**
Dienstag: **Wallensteins Tod.**

Gebr. Herrfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
•• Der Gipfel ••
Herrfeld'schen Humors
Papa und Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und **Der Fall Blumentopf!**

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Zum 76. Male:
Letzte Aufführungen
Zapfenstreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.
Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„Hokuspokus“
Neue Berliner Posse in Gesang u. Tanz von Louis Herrmann.
BERNHARD ROSE THEATER
Hr. Frankfurterstr. 132
Die arme Miese.
Anfang 8 Uhr. — Hochentagspreise.
Sonntag nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: **Frau Holle.** Abends **Die arme Miese** von R. Rataul.
Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La helle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Harquard.
Siegwart Gentes in seiner **Opernprobe.**
Hymack,
der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr (keine Preise) Familienvorstellung.
Brunnen-Theater
Badstraße 88. Direkt.: Bernh. Rase.
Freitag, den 17. Januar 1908:
Die goldene Spinne.
Schwank in 4 Aufzügen von Fr. v. Schönhan.
Voranzeige. Montag, den 20. Jan.: Gr. Benefizvorstellung für den Dargestigter Karl Friedau: **Der Fechter von Ravenna.**

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Der
Januar-Spielplan.
Les 4 Orans.
Paul Richard.
Manöverliebe.
Burlatte.
Trianon-Theater.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm.: **Gastons Frauen.**

Sanssouci
Kottbuser Straße 6
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonntag, Montag, 8 U.
Dienstag, den 21. Jan.: **3. große Spezialitäten-Vorstellung.**
Nur erste Klasse Künstler.
Buggenhagen
Montzplatz
im Ingoltersaal täglich:
Albert Böhme
und das **großartige Januar-Programm.**
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militärkapellen:** Beder, Bergmann, Götsch, Neumann, Offene, Vöttig.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Schauspielhaus).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Philister.
Lustspiel in 3 Aufz. v. Joh. Wiegand.
Dienstag: **Die Lore.**
Romödie in 1 Akt v. D. G. Hartleben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosmersholm.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Freitag abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Burckhardt: **Felix Weingartner.** Eröffnet durch Instrumentalmusik.
Sonntag nachm. 6 Uhr: Erster Vortrag von Prof. Dr. Paul Schubring. Anleitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums. Mit Lichtbildern.
Sonntag abends 9 Uhr: Erste Vorlesung von Dr. Max Burckhardt: **Das deutsche Lied.**

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Biogr.-Theater „Westend“
Auen! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntag von 3-11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Steiliger Eingang von Reubellen.

Zirkus Schumann
Freitag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
— um 9 1/2 Uhr zum 26. Male —
Ende gegen 11 Uhr:
Amerika
zur Zeit des Bürgerkrieges.
Eklaverei u. Trachten 1861-1863
Cowboyexerziten
auf importierten Mustangen.
Festtag auf dem **Broadway in New York.**
Feuerwehr aller Nationen.
Eine **Dampffenerpipe in Tätigkeit.**
Glänzende Licht- und Wassereffekte.
Vorher: **Das Riesen-Programm** und die **Klein-Family.**

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Freitag, den 17. Januar 1908, abends 7 1/2 Uhr: **Kom. Galasabend.**
The Kromo Family, 10 Pers. Bros. Clarkoniaks aus Amerika. Das Wägenmenneke a. d. Wägen d. Luft-gunnalt. Dr. Kommissionsr. Gustav Stensbock, Direktor des Berliner Lattenfalls als Gast. Außerdem: **Fr. Estelle Preval, Schachmeisterin** Herr Ernst Schumann, Reubel, um ca. 10 Uhr: **Auf der Galla!** Dr. Ranego-Rüstl. Band d. Zirkus Busch in 4 Bildern. Sturm und Schiffsuntergang. Die Wunder der Tiefsee. — Sonntag, den 19. Januar: **2 Galasabende.**

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 8.
Das glänz. Januar-Programm. Die berühmte **Jahnke-Compagnie.** **3 a b a t b l e t e n** ohne Konkurrenz. **Vater und Sohn.** **Wolfsblut mit Gelang.**
Außerdem: **16 Spezialitäten.** Jeden Abend: **Duskens Kinematograph.** Jeden Sonnabendnachmittag 3 1/2 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung.**
10, 20 und 30 Pf.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.

Kafino-Theater.
Potsdamerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. W. Heunquin.
Sonntag 4 Uhr: **Siedertente.**

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
In der Irre.
Schauspiel nach d. Roman d. „Verflucht Morgenpost“.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag: **Geschlossen.**
Sonntag: **Sonnenbadhof.**

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten
Vorstellung.
Auftr. v. 15 Künstler-Spezialit.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang: **Hochentags** 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Happoldts
Neuer Konzertsaal.
Sonntag:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr.

Inh. Adolf
Kohl !!! Ev. Ohne Anzahlung!!! 1568 L.
50 Pf. wöchentlich an.
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken, Portieren, Spiegel, Bettwäsche, Betten, Herrengarderobe.
Kf. Anzahlung, 1 M. wöchentlich.
Kohl & Reimann, Treseckowstr. 14 II. Direkt am Wörther Platz.
!! Bitte genau auf Hausnummer 14 zu achten !!

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenheide No. 108-114.
Großartige, vollständig neue
Riesen-Festsaal-Dekoration
aus der Theatermalerei **Franz Schulz, Papper-Allee.**
Täglich! Täglich! Täglich!
Großes Bayerisches Bockbier-Fest.
Baron Muckls Bauernkapelle.
Tirolertruppe Max vom Heede. — 30 bayrische Madl.
Sonntags drei Kapellen.
Anfang: **Hochentags** 7 Uhr. Entree 30 Pf. Anfang: **Sonntags** 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Blaubart

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Casa Paterna (Heimat)
Sonntag: **Baccarat.** Hierauf: **Gastspiel Roud Allan:** **Hilfen der Salome.**

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Mandragola.
Sonntag: **Mandragola.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Ein Puppenheim (Kava).** Abends: **Mandragola.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal:
König Heinrich.
Tragödie in 1 Vorpiel und 4 Akten von E. v. Wildenbruch.
Sonntag: **Kabarett Sans Gêne.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Kochtopf.**
Abends 8 Uhr: **König Heinrich.**

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: **Kumpelchen.** Abends 8 Uhr: **Das Mädchen des Eremiten.**

Rixdorfer Theater
Bürgeräle, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 19. Januar 1908:
Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens).
Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von Verdi.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Soziales.

Lohn für den Bußtag.

Es gibt keine Firma in der ganzen Branche, die ihre Leute so anständig bezahlt, wie wir. So behauptet Herr Ruben jun., der Inhaber der Grammophonfirma Ruben u. Sohn; also muß es wohl wahr sein.

Zur ländlichen Armenpflege in Bayern.

Das Unterstützungswohlfahrtsgesetz findet auf Bayern keine Anwendung. Die Heimatgemeinde, nicht der Staat oder größere

Unterstützungsverbände, ist verpflichtet, Hülftlofer sich anzunehmen. Die zum Himmel schreienden Mißstände der bayerischen Armenfürsorge auf dem Lande überragen fast das Schmachliche der ostelbischen „Fürsorge“ oder richtiger Drückerbergerei vor einer geistlich den Unterstützungsgemeinden obliegenden Fürsorgepflicht.

Ein sachverständiger Urteil aber auf die Frage, ob ein kranker hülftlofer Mensch mit 40 Pf. pro Tag leben kann, war trotz Wissenschaft und Humanität unserer Zeit nicht zu erreichen, sondern auf amtlichem Wege nur so viel, daß die Armenpflege pro Tag 50 Pf. d. i. pro Jahr 180 M. bezahlen müsse, falls die Frau in einer Pfunde Aufnahme finde.

Die Frau ist nun auf Veranlassung des Pfarrers nach Würzburg gekommen. Die Minimalgebühr für die Pfunde beträgt jedoch 250 M., jedoch, da die Gemeinde nur 180 M. zahlt, noch 70 M. fehlen, die der Pfarrer durch Inanspruchnahme der Privatwohlthätig-

keit aufzubringen sucht. Der Fall spricht Bände und ist ein neuer Beweis dafür, wie berechtigt die sozialdemokratische Forderung ist, daß die Armenlast vom Staate oder zum mindesten von größeren Zwangsverbänden übernommen und die Fürsorge human ausgeübt wird.

Künstlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise unverändert.

Witterungsbericht vom 16. Januar 1908.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 17. Januar 1908. Etwas wärmer, vielfach wolfig mit geringen Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Schmargendorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer Gustav Janetzke durch Unfall aus dem Leben geschieden ist.

Am Mittwoch, den 16. d. M., früh 1 Uhr, verließ nach kurzem Weiden mein lieber Mann, der Maurer August König.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. - Bezirk Norden. Am 15. Januar starb unser Kollege August König im Alter von 47 Jahren an Herzlähmung.

Gestern entließ sanft nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere Tochter und Mutter Margarethe Melcher geb. Leuschner.

Orts-Frankenkasse für das Goldschmiede- u. Gewerbe zu Berlin. Die ordentliche Generalversammlung sämtlicher Herren Delegierten findet am Sonnabend, den 25. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3) statt.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein. Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“. Touren Sonntag, den 19. Januar: 2. Abt. 1 Uhr: Hasenheide. Start: Fontane-Bromenade.

Tilsiterkäse! Molkereigenossenschaft Weissenburg W.-Pr. offeriert: Hochfeinen vollreifen Tilsiterkäse. Nur für Damen! Haararbeiten, volligste Dauer, ohne Konfurrenz Zöpfe ohne Kordel modern.

Dr. med. W. Fackelmanns Spezial-Institut für Beinleiden Auguststr. 93, Ecke Oranienburgerstraße.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bolero ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette. Garantiert Handarbeit!

Gesundheit ist Reichtum! Bade Berlin-Ost im „Bad Frankfurt“ Große Frankfurterstr. 136. Medizinische Bäder aller Art in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

Inventur-Ausverkauf Restbestände u. vorjähr. Muster in Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Steppdecken, echten Perser, Tischdecken, Läuferstoffen, Divandecken und Fellen.

Wahlrechts-Demonstrationen Infolge der Wahlrechts-Demonstrationen war es am vorigen Sonntag vielen Interessenten nicht möglich, unsere Eröffnungsvorstellung zu besuchen.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend. Sonntag, den 19. d. M., vormittags pünktlich 10 Uhr, in den „Industriesälen“, Beuthstraße 20: General-Versammlung.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Berlin und Schöneberg. (E. H. K. 115.) Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 9 Uhr: General-Versammlung im Lokal von Obst, Weiningerstr. 8, Tunnel.

Beste Bettenfüllung sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, sehr dauerhaften Monopoldaunen. (gerüst gefüllt) Pfund Mk. 2,50.

